

Stenographischer Bericht

über die

20. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

im großen Saale des Rathauses zu Koblenz

am 22. Januar 1948

Tagesordnung

Fortsetzung der Tagesordnung vom 21. Januar 1948

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Altmeier, die Staatsminister Bökenkrüger, Feller, Dr. Hoffmann, Junglas,
Neumayer, Steffan, Stübinger, Dr. Süsterhenn

Es fehlten:

die Abgeordneten Baumann, Beckenbach, Brenner, Diel, Dörr, Franke, Dr. Gantenberg, Hartard, Lichter,
Wetzel (entschuldigt), die Abgeordneten Baumgärtner, Gibbert (unentschuldigt)

Rednerverzeichnis:

1. Vizepräsident Röhle 416, 418, 420, 421, 423, 426, 428 430, 438, 441, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450 452, 453, 455, 456, 462, 463, 464, 466	Dr. Neubronner (DP.)	438, 462
2. Vizepräsident Weber 431, 433, 435, 439, 442	Schieder (KPD.)	439, 449
Hartmann (CDU.) 416, 433, 448	Dr. Boden (CDU.)	441
Dr. Dr. Christoffel (CDU.) 418	Staatsminister Dr. Hoffmann	442
Dr. Führer (CDU.) 420	Dr. Bieroth (CDU.)	444
Bettgenhäuser (SPD.) 421	Dr. Nowack (DP.)	446
Steger (DP.) 423, 426, 430	Betz (KPD.)	446
Müller (KPD.) 426, 462	Dauber (CDU.)	446, 450
Staatsminister Steffan 428	Wohlleben (DP.)	449
Dr. Zimmer (CDU.) 430, 452	Ziegler (CDU.)	453
Heep (SPD.) 431, 443	Wolters (CDU.)	455
Rörig (SPD.) 435, 445, 447	Wagner (SPD.)	456
	Ministerialdirigent Dr. Lichter	463
	Staatsminister Junglas	464

**20. Plenarsitzung des Landtages Rheinland-Pfalz
am 22. Januar 1948.**

Eröffnung 9.15 Uhr.

1. Vizepräsident Röhle:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 20. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Wir setzen die Tagesordnung von gestern fort und kommen zum **Haushaltsplan des Ministeriums des Innern.**

Das Wort hat der Berichterstatter, Abgeordneter Hartmann (CDU).

Abg. Hartmann:

Meine Damen und Herren! Als Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses habe ich Ihnen den Haushaltsplan des Ministeriums des Innern des Landes Rheinland-Pfalz für das Rechnungsjahr 1947 vorzutragen. Das Innenministerium sieht in seinem organisatorischen Aufbau wie folgt aus:

Die Leitung an sich ist selbstverständlich diese hat der Herr Innenminister; es besteht die Zentralabteilung, die Personalabteilung, die Kommunalabteilung, die Polizeiabteilung und die Veterinärverwaltung sowie die Hauptvermessungsabteilung. Der Haushaltsplan des Ministeriums selbst sieht in Einnahme und Ausgabe vor:

An Verwaltungseinnahmen 10 700 RM., allgemeine Haushaltseinnahmen 791 000 RM., zusammen 801 700 Reichsmark. An Gesamtausgaben des Ministeriums: 2 342 100 RM.

Als wichtigste Glieder bzw. Mittelinstanzen sind die fünf Regierungen Neustadt, Koblenz, Trier, Mainz und Montabaur als Landesmittelbehörden dem Innenministerium unterstellt, die gleichwohl Durchführungsorgane aller Ministerien sind. Der vorliegende Haushalt sieht für die drei Regierungen von Rheinland einen Sonderplan und für die Regierungen in Mainz und Neustadt je einen getrennten Haushalt vor. Seitens des Haushalts- und Finanzausschusses ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Haushalte aller 5 Regierungen in zukünftigen Haushaltsplänen als Einheit aufgestellt werden, um damit eine einheitliche Geschäftsführung herbeizuführen. Zu beachten bleibt, daß die derzeitigen drei Pläne nicht in allen Teilen übereinstimmen, weil bei den Regierungen Neustadt und Mainz zum größten Teil auch die technischen Verwaltungsdienste aufgenommen sind, während dies bei den rheinischen Regierungen nicht der Fall ist. Auch nach dieser Richtung soll der zukünftige Haushalt eine Vereinheitlichung erfahren, um damit bessere Vergleichsmöglichkeiten zu bieten. Im einzelnen sehen die Haushaltspläne für die drei rheinischen Regierungen wie folgt die Einnahmen und Ausgaben vor:

An Verwaltungseinnahmen 1 505 080 RM., Gesamtausgaben für die drei Regierungen Koblenz, Trier und Montabaur 3 505 450 RM. Der Haushaltsplan der Regierung in Mainz weist folgende Einnahmen und Ausgaben nach: An Verwaltungseinnahmen 160 000 RM., allgemeine Haushaltseinnahmen - 50 000 RM. Gesamtausgaben - 1 081 350 RM. Der Haushaltsplan des Oberregierungspräsidiums in Neustadt weist in Einnahmen und Ausgaben folgende Beträge auf: Verwaltungseinnahmen 1 048 000 RM., allgemeine Haushaltseinnahmen 61 000 RM., Gesamtausgaben 3 880 950 RM. Dabei weise ich ausdrücklich darauf hin, daß seitens des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung noch besondere Dienststel-

len in der Pfalz unterhalten werden, deren Haushalte bei Beratung der Haushaltspläne dieser Ministerien vorgelegt werden.

Kapitel 3 des Haushalts bezieht sich auf die Landratsämter, von denen 13 auf die Pfalz, 11 auf den Regierungsbezirk Koblenz, 7 auf Trier, 4 auf den Regierungsbezirk Mainz und 4 auf den Regierungsbezirk Montabaur entfallen. Dazu kommen 11 Stadtkreise, die ebenfalls zum Aufsichtsbezirk des Innenministeriums gehören. Bei Beurteilung dieses Haushalts sind auch die Verschiedenartigkeiten in dem Aufbau der Landratsämter in den verschiedenen Regierungsbezirken zu beachten. Es ist so, daß in den einen Bezirken die Landkreise mehr kommunale Beamte und Angestellte unterhalten, die teilweise staatliche Aufgaben mit erledigen, während das Verhältnis in anderen umgekehrt ist. Im Zuge der Verwaltungsorganisation und der allmählichen Einspielung aller Dienststellen auf die Verhältnisse im Lande Rheinland-Pfalz muß hier eine einheitliche Regelung angestrebt werden. Im einzelnen sieht der Haushalt für die Landratsämter folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

Verwaltungseinnahmen 785 000 RM., allgemeine Haushaltseinnahmen 12 600 RM., Gesamtausgaben 3 618 000 RM. Interessant ist dabei die Feststellung, daß für Reisekosten für die Landratsämter 35 600 RM. und beim Haushalt des Kultusministeriums für die Schullehrer des Landes 75 000 RM. vorgesehen sind. Wenn auch dabei berücksichtigt werden muß, daß den Landratsämtern auch noch Reisekosten aus kommunalen Mitteln zur Verfügung stehen, so scheint dennoch ein Mißverhältnis in den Ansätzen hier vorzuliegen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat in seinen vorbereitenden Sitzungen zum Haushaltsplan 1947 am 1., 2. und 3. Oktober 1947 eine Anzahl von Beschlüssen gefaßt, die ich hiermit zur Kenntnis des Hohen Hauses bringen möchte:

1. Bezüglich der Regierungsamtshäuser soll die Landesregierung ersucht werden zu prüfen, ob diese wegfallen können oder ob sie beibehalten werden sollen.

2. Die Vereinheitlichung innerhalb der fünf Regierungen so durchzuführen, daß die Haushaltspläne bezüglich der Personalansätze vergleichbar sind.

3. Eine Zahlenübersicht sämtlicher Behördenbeamten der Regierungen einschl. der technischen, getrennt nach den Verwaltungszweigen, vorzulegen.

4. Die Landesregierung soll eine Übersicht liefern, aus welcher die Personalersparnis durch die Bildung der Bezirkswirtschaftsämter ersichtlich ist.

5. Für die kommende Verwaltungsreform soll von jedem Landratsamt eine Aufstellung vorgelegt werden, aus der die Zahl der staatlichen Beamten und Angestellten und die Zahl der kommunalen Beamten und Angestellten ersichtlich ist.

6. In gleicher Weise soll eine Übersicht über die entstandenen Umzugskosten und Trennungsschädigungen der Beamten, die im Wege der politischen Säuberung versetzt worden sind, durch die Landesregierung vorgelegt werden.

Den größten Umfang im Haushalt des Ministeriums des Innern hat die Polizeiverwaltung. Zur Ausbildung der gesamten Polizei unterhält das Land eine Landespolizeischule in Bad Ems, deren Haushaltsplan wie folgt die Einnahmen und Ausgaben vorstelt: Gesamteinnahmen 27 350 RM.; Gesamtausgaben 309 900 RM.

Für die Überwachung des Grenzverkehrs zwischen der französischen und amerikanischen Zone auf dem Rhein mußte auf Grund einer Auflage der Militär-

regierung durch das Land Rheinland-Pfalz eine besondere Strompolizei eingerichtet werden. Die Einnahmen und Ausgaben ergeben sich aus nachfolgenden Zahlen. Gesamteinnahmen 13 000 RM., Ausgaben 617 150 RM. Ebenfalls durch die Zonenverhältnisse bedingt mußte das Land eine Grenzpolizei aufstellen, die gemäß dem vorgelegten Stellenplan wie folgt auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt ist: Koblenz 282, Montabaur 210, Trier 86, Pfalz 60 und Rheinhessen 57. Der Haushaltsplan der Grenzpolizei sieht in Einnahmen 990 000 RM. und in Ausgaben 3 593 150 RM. vor.

Die Gendarmerie als nächste Abteilung steht in ihrem Haushaltsplan an Einnahmen 173 600 RM. und an Ausgaben 6 554 600 RM. vor. Die Ordnungspolizei in den Städten ist in ihrem vorläufigen Aufbau in elf Polizeidirektionen und elf Polizeiamter über das ganze Land verteilt, organisiert. Diese Dienststellen insgesamt ergeben sich aus dem vorgelegten Stellenplan.

Der Haushaltsplan der Ordnungspolizei weist im einzelnen aus: an Einnahmen 1 586 100 RM. und an Ausgaben 8 445 750 RM. Zu dieser Ordnungspolizei kommt ebenfalls über das Land entsprechend den Zusammenballungen der Bevölkerung verteilt die einheitlich geführte Kriminalpolizei, deren Haushaltsplan in Einnahmen nichts und in Ausgaben 1 914 700 RM. vor sieht.

Nach dem organisatorischen Aufbau der Ordnungs- und Kriminalpolizei haben diese durchweg nur ihren Außendienst zu leisten, während die Verwaltungstätigkeit durch die besonders im Haushalt ausgewiesene Verwaltungspolizei aufgeführt wird. Durch das Zusammenfassen beider Sparten bei der Auswertung aller Polizeiberichte, welche einlaufen, erwartet die Verwaltung eine erhebliche Ersparnis. Der Haushaltsplan der Verwaltungspolizei sieht im einzelnen vor: an Einnahmen 1 200 000 RM., Ausgaben 4 025 550 RM. Hierbei ist besonders darauf zu achten, daß bei Titel 86 die Geschäftsbedürfnisse mit 620 000 RM. diese gleichzeitig für die Ordnungs- und Kriminalpolizei in einer Summe ausweisen. Ob der organisatorische Aufbau der letztgenannten drei Polizeiarten in der im diesjährigen Haushaltsentwurf vorgesehenen Form bestehen bleibt, wird sich erst nach endgültiger Beratung des von der CDU-Fraktion vorgelegten Gesetzentwurfes über die Organisation der Polizei im Lande Rheinland-Pfalz und seiner Entscheidung durch das Hohe Haus ergeben. Weil im Rahmen des diesjährigen Haushaltsentwurfs der Finanzausgleich die am 1. April 1947 verstaatlichte Polizei zur Grundlage hat, muß es bezüglich der Haushaltsansätze für dieses Rechnungsjahr bei der Vorlage verbleiben. Der Hauptausschuß des Landtages hat sich in seiner Sitzung vom 19. Januar 1948 mit dem Antrag der CDU. betreffend das Gesetz über die Organisation der Polizei in Rheinland-Pfalz und dem Antrag der SPD. betreffend Vorlage eines Landespolizeiverwaltungsgesetzes befaßt und hat in folgenden Punkten Einstimmigkeit erzielt:

1. An dem staatlichen Charakter der Polizeidirektionen soll auch nach dem Antrag der CDU. nichts geändert werden.

2. Hinsichtlich der Polizeiverwaltungen (in Gemeinden unter 10 000 Einwohner) gab der Herr Innenminister die Zusage, die Rückübertragung der Polizeiverwaltungen auf die Gemeinden anzutordnen. Auch das liegt im Sinne des CDU-Antrages. Das Ministerium verzichtet daher auf die Durchführung der Verstaatlichung in den in Betracht kommenden 34 Gemeinden.

3. Die Frage der Verstaatlichung der Polizei in den kreisangehörigen Gemeinden über 10 000 Einwohner, in denen Polizeiamter eingerichtet sind, soll erst durch das in Vorbereitung befindliche Polizeiverwaltungsgesetz geregelt und bis zu dieser Regelung offen bleiben.

4. Der Hauptausschuß beschließt auf Anregung des Innenministers die weitere Beratung dieser Frage im Hauptausschuß bis Ende Februar 1948 zu vertagen. Der Minister hofft, bis dahin den fertigen Entwurf eines Polizeiverwaltungsgesetzes dem Landtag vorlegen zu können.

5. Der Minister gab die Zusage, zur Überführung der Kommunalpolizeibeamten bei den Polizeiamtern in das Staatsbeamtenverhältnis, vorbehaltlich der Regelung durch das Polizeiverwaltungsgesetz vorzunehmen. Im übrigen ist der Personalbestand bei den Polizeiamtern bis zu diesem Zeitpunkt unverändert zu belassen.

6. Bezüglich der Personalausgaben für Polizeibeamte wurde mit Zustimmung des Innenministers und des Finanzministers festgestellt, daß die persönlichen Kosten für 1947/48 bis zum 31. März 1948 nicht nur bei den Polizeidirektionen und Polizeiamtern, sondern auch bei den bisherigen Polizeiverwaltungen entsprechend den Etatsansätzen zu Lasten des Landes gehen soll. Im übrigen soll diese Frage im Rahmen des Finanzausgleichs geregelt werden.

Bezüglich des gesamten Polizeihaushalts wurden vom Haushalts- und Finanzausschuß im einzelnen folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Bezüglich der Strompolizei soll die Landesregierung mit der Militärregierung über die Herabsetzung der Stärke verhandeln, da die hohen Personalbestände nicht gerechtfertigt erscheinen. Außerdem muß eine sofortige Einstellungs- und Beförderungssperre angeordnet werden.

2. Der Rechnungshof wird gebeten zu prüfen, ob es notwendig ist, der Strompolizei Kraftfahrzeuge zuzuteilen.

3. Die Gebühren und Strafen, die die Grenzpolizei verhängt, sollen im ordentlichen Haushaltsplan erscheinen und bei Kapitel 13 Titel 3 der Einnahmen nachgewiesen werden.

4. Der Ausschuß vertritt die Ansicht, daß die Ausgaben für die Grenzpolizei Besatzungskosten sind, und ersucht deswegen die Landesregierung, mit der Militärregierung zu verhandeln, damit diese Kosten baldmöglichst auf das unbedingt Notwendige herabgesetzt werden können.

Kapitel 18 des Haushalts weist die Kosten für die Internierungslager im Lande Rheinland-Pfalz nach. Dieselben sehen im einzelnen vor: Einnahmen nichts, Ausgaben 2 811 500 RM.

Der Ausschuß hat die Landesregierung ersucht, den Rechnungshof zu beauftragen, sofort eine Nachprüfung vorzunehmen, welche Stellen die Einnahmen für die Arbeiten der Internierten in den Lagern einzieht und an welcher Stelle sie im deutschen Haushalt verrechnet werden bzw. wurden. Gleichzeitig soll er mitteilen, welche Stelle die Lager verwaltet und welche Stelle über die Ausgabeposten verfügt und abrechnet. Der Bericht des Rechnungshofes liegt hierüber noch nicht vor. Des weiteren wurde folgender Beschluß gefaßt: „Einrichtung und Unterhaltung der Internierungslager kostet dem Lande jährlich den Betrag von 2,8 Millionen RM. Es ist dringend notwendig, diesen Betrag baldmöglichst dadurch zu verringern.

daß über die Insassen und ihr weiteres Verbleiben in einem ordentlichen Verfahren baldmöglichst entschieden wird und die Insassen im übrigen einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden.“

Die Regierungsveterinärämter verteilen sich entsprechend den Stadt- und Landkreisen über das gesamte Land. An Einnahmen und Ausgaben sieht Kapitel 21 folgende Beträge vor: Einnahmen 128 350 RM., Ausgaben 769 350 RM. Bezüglich der Gebühren hat der Ausschuß einen Beschluß gefaßt, die Landesregierung zu ersuchen, den Rechnungshof zu beauftragen, baldmöglichst eine Überprüfung der Gebührensätze der einzelnen Verwaltungszweige vorzunehmen und Vorschläge für eine Änderung einzubringen, damit erreicht wird, daß die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. In einem umfangreichen Gutachten hat der Präsident des Rechnungshofes in Speyer am 25. November 1947 zur Frage der staatlichen Gebühren eingehend Stellung genommen, und es ist jetzt Sache der Landesregierung bzw. des Landtages, entsprechende Beschlüsse über die Änderung der staatlichen Gebühren vorzunehmen. Der Haushalt des Landesveterinäruntersuchungsamtes weist im einzelnen die Einnahmen von 22 400 RM., und Ausgaben von 209 200 RM. auf. Bezüglich des Gebührenansatzes für den Zuchtfortpflanzungsüberwachungsdienst hat der Ausschuß den Beschluß gefaßt, diese auf 3 RM. festzusetzen, damit die in diesem Zusammenhang entstehenden Unkosten gedeckt werden.

Durch die Kriegsverhältnisse sind auch in manchen Katasterämtern schwere Beschädigungen und teilweise völlige Vernichtungen des vorhandenen Archivmaterials eingetreten. Der Ausschuß war sich darüber einstimmig klar, daß zur ordnungsmäßigen Verwaltung eines Landes eine gute Katasterverwaltung unbedingt notwendig ist. Bei diesem Haushalt wurden aus diesem Grunde nur die unbedingt notwendigen Abstriche vorgenommen und im übrigen alle Wünsche der Landesregierung genehmigt. Der Haushalt der Katasterverwaltung weist im einzelnen an Einnahmen und an Ausgaben auf: Einnahmen 489 050 RM., Ausgaben 3 054 150 RM. Hier hat der Ausschuß einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Landesregierung wird ersucht, die unterstellten Katasterverwaltungen anzuweisen, die Vermessungsanträge für kriegszerstörte Grundstücke vorrangig zu erledigen.“ Es soll also nicht vorkommen, daß staatliche Vermessungsbeamte Vermessungen anderer Grundstücke vornehmen, solange noch unerledigte Vermessungsanträge auf Vermessung kriegszerstörter Grundstücke vorliegen.

Das letzte Kapitel im Haushaltsplan des Innenministeriums ist die Landesvermessungsabteilung in Rolandseck. Der Ausschuß hatte die Abgeordneten Dr. Wurmeling und Schieder beauftragt, eine Nachprüfung des Haushaltsvorentwurfs an Ort und Stelle vorzunehmen, worüber diese den Bericht vom 11. November 1947 dem Ausschuß vorlegten. Die Einnahmen wurden hiernach um 40 000 RM. erhöht und die Ausgaben um 349 000 RM. vermindert.

Der Haushalt weist jetzt in Einnahmen 50 700 RM., und in Ausgaben 276 950 RM. aus.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat die heutige Vorlage in seiner Sitzung vom 8. Januar 1948 mit den von mir bei den einzelnen Kapiteln erwähnten Änderungen, die aus der Drucksache II/213, die Ihnen vorliegt, ersichtlich sind, einer erneuten Durcharbeitung und Beschlußfassung unterzogen und empfiehlt dem Hohen Hause die Annahme des Haushalts. Hierbei

möchte ich es im Namen des Ausschusses nicht unterlassen, sowohl dem Herrn Innenminister als auch seinen sämtlichen an den Beratungen im Ausschuß beteiligten Beamten den Dank für ihre Mitarbeit auszusprechen und dabei dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, daß diese wirklich ersprießliche Zusammenarbeit auch fürderhin in derselben Weise erhalten bleibt. (Beifall.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Dr. Christoffel (CDU).

Abg. Dr. Dr. Christoffel:

Meine Damen und Herren! Dem Innenminister obliegen der Schutz und die Aufsicht der Beamten. Das bedeutet auch, daß er für eine ausreichende Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Beamten einzutreten hat. Die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes machen heute ja fast die einzige Berufsgruppe aus, die ohne Schwerarbeiterzulage und ohne jede Möglichkeit der Kompensation nur für Geld arbeitet. (Sehr richtig!) Was das bedeutet, wird jeder aus eigener, nächstliegender Erfahrung verstehen. Daher ist die Lage der Beamten und Angestellten mit ihren Familien heute vielfach als geradezu katastrophal zu bezeichnen. Die körperliche Verfassung und damit auch die Arbeitsfähigkeit der Beamten und Angestellten sind, man muß schon sagen, besorgniserregend. Zudem genießen die Beamten und Angestellten auch nur selten den Vorzug der Werksküchen, wie sie ja fast überall in der Industrie bestehen. Wir haben daher den dringenden Wunsch, die Staatsregierung möge es dahin bringen, daß auch für die Beamten und Angestellten Gemeinschaftsküchen in gleicher Weise geschaffen werden, wie sie für die Industriearbeiterschaft bestehen. Was unsere Stellung zum Beamtentum angeht, so fordert meine Fraktion das Berufsbeamtentum, das ohne Rücksicht auf soziale Herkunft lediglich nach fachlicher Tüchtigkeit und charakterlicher Eignung sich in den öffentlichen Dienst eingliedert. Ein überzeugtes Bekenntnis zur Demokratie und zum Geiste der Verfassung muß Voraussetzung für die Einstellung des Beamten sein, nicht hingegen die Mitgliedschaft zu irgendeiner Partei (Sehr richtig!), ganz gleich, welche es sei. (Sehr gut, bravo!) Ausgenommen sind naturgemäß die politischen Ämter im Staatsdienst. Die Beamtschaft muß durchdrungen sein vom Grundsatz des Artikels 125 unserer Verfassung: „Alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind Diener des Volkes und nicht einer Partei.“ Es wird die Aufgabe aller Behördenleiter sein müssen, insbesondere auch des Innenministeriums, darüber zu wachen, daß fachlich und charakterlich ungeeignete Leute und Persönlichkeiten in Beamtenstellen eindringen. Daß in dieser Hinsicht in den letzten Jahren Mißgriffe vorgekommen sind, kann nicht bestritten werden, ist aber zum Teil aus den Schwierigkeiten unseres gesamten Staatsneubaues verständlich. Wir halten es für erforderlich, daß bei allen Staats- und Kommunalbehörden ein pflichttreues, dem Volke verbundenes demokratisches Berufsbeamtentum am Ende unserer Bemühungen stehen muß.

Wir müssen die Lücken, die als notwendige Folge des faschistischen Wirrwesens und der politischen Säuberung in die Reihen des Berufsbeamtentums gerissen wurden, allmählich mit fachlich und charakterlich vollwertigen Kräften wieder auffüllen. Für Postenjäger aber und Konjunkturritter, die sich in die

noch nicht besetzten Posten hineinzudrängen versuchen, ist in unserem Beamtentum kein Raum. Wir müssen aber auch über die Entnazifizierung diese - man muß schon sagen - düstere Wegstrecke unserer Geschichte, endlich einmal hinwegkommen. (Sehr gut!) Wir erwarten von dem Herrn Innenminister, er möge sich dafür einsetzen, daß die völlig bereinigten Beamten nun auch wirklich als solche angesehen und behandelt werden. Schon um der Gesundheit, der inneren Verschmelzung und Befestigung des Beamtentums und um seiner Leistungsfähigkeit willen muß endlich einmal ein Schlußstrich gezogen werden. Wir glauben, daß dabei immer noch für fachlich geeignete Antifaschisten, die aus der Gefangenschaft noch zurück erwartet werden, genügend Berufsraum übrig bleiben wird. Wir richten an die Landesregierung die dringende Bitte, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß auch seitens der Militärregierung die rechtlichen Auswirkungen des Bereinigungsgesetzes beachtet werden. Wir verlangen des weiteren vorsorgliche Ersparnis bei der Besetzung von Beamtenstellen, denn als ein bitter arm gewordenes Land und Volk können wir uns den Aufwand und Luxus einer Aufblähung des Beamtenkörpers nicht leisten. (Sehr gut!) Wir müssen auch daran denken, daß bei dem zu erwartenden Ende der Zwangswirtschaft auf weiten Strecken eine behördliche Tätigkeit, die heute höchst unproduktiv in Papier und Formularkram aufgeht und sich in der Berechnung und Verteilung des unendlich Kleinen erschöpft, ganz von selber ihr Ende finden und zahlreiche Kräfte freisetzen wird. (Sehr richtig!) Eine oft und mit tiefem Recht gestellte, aber auch bei uns heute noch nicht überall erfüllte Forderung sei hier erneuert, nämlich, daß unsere Beamten höflicher, ja, wenn möglich, sogar höflich werden möchten. (Gelächter.) Warum durch Grobheit, Barschheit und aus einer vielleicht heute verständlichen Verdrossenheit heraus den geplagten Mitmenschen ihre Mühsal noch verschärfen? Wenn man sich mit Recht über die noch bestehende Unvolkstümlichkeit unserer neuen staatlichen Behörden und Einrichtungen beklagt, hier wäre meines Erachtens ein billiges Mittel, das gegenseitige Verständnis und gute Einvernehmen zwischen den Regierenden und den Regierten fördern zu helfen. Bitte, Herr Innenminister, schenken Sie auch dieser nicht unwichtigen Aufgabe Ihres Amtes Ihre Aufmerksamkeit. Im übrigen möchten wir hier Veranlassung nehmen, der gesamten Beamtenschaft unseren Dank und unsere Anerkennung auszusprechen (Sehr gut!) für das pflichtgetreue Aushalten in schwerster Zeit. Sie darf versichert sein, daß wir es ihr nicht vergessen, wie sie unter widrigen Umständen, umdrängt von physischer Not, seelischem Druck und dazu Unverständnis von vielen Seiten pflichtgetreu auf ihrem Posten bei oft übersteigerten Arbeitsanforderungen und unter Hinnahme von mit größten Schwierigkeiten verbundenen Versetzungen und dergleichen ausgehalten hat. Eine Währungsreform wird, wie wir zuversichtlich hoffen, ihr in absehbarer Zeit eine fühlbare Erleichterung ihrer Lebenslage und vielleicht auch einen gewissen Ausgleich für geleistete Opfer bringen. Lassen Sie mich nur noch ein Wort sagen über die Kommunalpolitik in unserem Lande. Verantwortlich für das Wohlergehen und eine gesunde Entwicklung des vielgestaltigen Lebens unserer Gemeinden ist ja auch dem Innenministerium, und es betrachtet sich in dieser Domäne in hohem Maße als Ministerium der Betreuung und Beschützung. Die CDU geht in ihrer Staats- und Volksauffassung von dem Gedanken aus, daß eine echte Demokratie sich von unten her aufbauen muß, nach dem Bilde der Pyramide: Einzelperson,

Familie, Gemeinde, Kreis, Staat, durchflossen von einem Kreis lebendiger Kräfte spendender Wechselströme. Wir vertreten bei diesem In- und Miteinanderwirken der Kräfte den Grundsatz, daß die höhere Gemeinschaft immer nur diejenigen Aufgaben erfüllen soll, die von der unteren nicht zum Gedeihen des Ganzen erfüllt werden kann. In diesem Sinne sehen wir den Artikel 49 der Verfassung in seinen Kernsätzen: „Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung die ausschließlichen Träger der gesamten örtlichen öffentlichen Verwaltung. Sie können jede öffentliche Aufgabe übernehmen, soweit sie nicht durch ausdrückliche gesetzliche Vorschrift anderen Stellen im dringenden öffentlichen Interesse zugewiesen werden. Das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten ist den Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährleistet. Die Aufsicht des Staates beschränkt sich darauf, daß ihre Verwaltung im Einklang mit den Gesetzen geführt wird.“ Um diese Grundgedanken für die Ausgestaltung des Lebens der Gemeinden lebendige Wirklichkeit werden zu lassen, erwarten wir vom Innenministerium alsbald die Vorlage eines neuen Gemeindeverfassungsgesetzes. Dieses Gesetz muß sich aufbauen auf dem Grundsatz stärkster Dezentralisation der Aufgaben und Zuständigkeiten und es muß abgestellt sein auf das Ziel einer einfachen, Kosten sparenden Verwaltung. Den Selbstverwaltungsgedanken wollen wir mit äußerster Konsequenz durchgeführt wissen in diesem Gesetz. Wir haben genug, übergenug von dem Leben und Schaffensfreude in öder Mechanisierung zerstörenden Zentralismus, mit dem uns der autoritäre, zentralisierte Hitlerstaat beglückt hatte. Wir wissen aber auch, daß trotz aller Klarstellung der Lebensfeindlichkeit dieses Prinzips es dennoch manche Vorteile gebracht hat und daß es daher praktisch noch keineswegs völlig ausgerottet ist, sondern unbewußt vielleicht, hier und da noch neue Blüten zu treiben in der Lage ist. Wir stemmen uns mit aller Macht dem entgegen, denn wir wollen nicht in Bälde schon an das Grab unserer erst in ihren zarten Kindesalter stehenden Demokratie pilgern. Wir haben mit Befriedigung von der Zusage des Herrn Innenministers Kenntnis genommen, daß er einwilligt, daß von den 56 in Betracht kommenden Gemeinden bei 34 die Polizeiverwaltungen in die Hand der Gemeinden zurückgeführt werden sollen. Was die vom Innenministerium geplante Verstaatlichung der Polizeiamter in den kreisangehörigen Gemeinden über 10 000 Einwohner angeht, so werden wir hierzu unsere Auffassung zur Geltung bringen. Des ferneren bitten wir den Herrn Innenminister, seinen maßgeblichen Einfluß als Schutzpatron der Gemeinden dahin geltend zu machen, daß die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden wiederhergestellt, daß insbesondere die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden wieder eingeführt werden. Sie wurden ja durch den von zwei Ministerialräten unterzeichneten Erlaß vom 19. August 1947 praktisch wieder aufgehoben. Die CDU geht unter keinen Umständen von ihrer Forderung ab, daß dieser Erlaß auch für das Jahr 1947 noch eine Abänderung erfährt, die dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden entspricht. Wir erwarten, daß der Finanzausschuß des Landtags in seiner für den 28. Januar vorgesehenen Sitzung die erforderlichen Beschlüsse fassen wird. Wir begrüßen es, daß zu dieser Sitzung auch die kommunalen Spitzenverbände herangezogen werden, damit sich der Finanzausschuß auf Grund der Stellungnahme der berufenen Vertretungen der Gemeinden ein klares Bild über die Lebensbedürfnisse der Gemeinden machen kann. Eine endgültige Regelung des Finanzausgleiches, der vom

1. April 1948 an wirksam werden soll, erwarten wir durch das Finanzausgleichsgesetz, das durch das Finanzministerium angekündigt wird und dessen Vorlage, wie wir hoffen, noch im Februar erfolgen wird. Wir verlangen auch die Wiederherstellung der Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden in bezug auf die Einstellung der Volksschullehrer und -lehrerinnen. Die Städte hatten ja früher das Recht, durch die Schuldeputationen ihre Lehrer selbst zu wählen oder doch wenigstens Einfluß auf diese Dinge zu nehmen. Dieses Recht hat das Naziregime mit einem Federstrich beseitigt. Inzwischen ist auch über die Zeit des Umbruchs hinweg ein Dauerzustand aus dieser Tatsache geworden. Wir fordern die rechtliche Grundlage und die Wiederherstellung der Schuldeputationen und Kommissionen. Von einer Behördenreform erhoffen wir, daß möglichst keine Sonderbehörden bestehen bleiben oder neu geschaffen werden. Selbständige Kommunalbehörden haben unter der letzten Aufsicht des Innenministeriums zu stehen. Das ist notwendig, zuvorderst aus Ersparnisgründen, aber auch, damit eine einheitliche Führung der Staatspolitik gesichert ist. Nicht jede Sonderbehörde darf Wirtschafts- und Sozialpolitik nach eigenem Geschmack und auf eigene Faust treiben. Auch eine Reihe von Kommunalverwaltungen scheint von der Mißwirtschaft angefressen zu sein. Da soll es leider beispielsweise von Wirtschaftsämtern oder Straßenverkehrsämtern solche geben, die einfach machen, was ihnen beliebt. Hier muß energisch durchgegriffen werden, und zwar dadurch, daß die Regierung einen Experten zu dem betreffenden Landrat oder Dienststellenleiter entsendet, um das Amt zu überprüfen. Unser Volk hat ein feines Gefühl und Gespür dafür und weiß ganz genau, wo sich Unfähigkeit, moralische Unzulänglichkeit oder Korruption eingenistet haben und erwartet Abhilfe solcher Mißstände. Die Kommunalbehörden bedürfen einer grundsätzlichen Überprüfung nach dem Gesichtspunkt, wie ihre technische Arbeitsweise vor sich geht, wie sie mit dem Publikum verkehren, wie sie die Stellenbesetzung handhaben, wie es mit der Wirtschaftlichkeit in der Behörde bestellt ist usw. Einer Aufblähung des Beamtenapparates auch in den Gemeindeverwaltungen muß genau so entgegengetreten werden wie bei den staatlichen Behörden. Und nun noch ein Wort zum Polizeiproblem. Wir alle wissen, wie schwer es war und noch ist, unter den gegebenen widrigen Verhältnissen eine tüchtige, zuverlässige Polizei aus wilder Wurzel, möchte ich sagen, auf die Beine zu stellen. Wir möchten aber doch wünschen, daß offensichtliche Fehler und Fehlgriffe, die in den letzten Jahren gemacht worden sind, erkannt und für die Zukunft vermieden werden. Ich erspare es mir, Einzelfälle dieser Art - und es gibt leider sehr krasse darunter - im einzelnen hier darzulegen.

Das Innenministerium wird sie wohl selber genauestens kennen und seine praktischen Folgerungen für die Zukunft daraus gezogen haben oder noch ziehen. Wir bitten den Herrn Innenminister, auch auf die Kriminalpolizei sein Augenmerk zu richten, denn man kann wohl sagen, daß dem großen Eifer der Polizei auf dem Gebiete der Wirtschaft manchmal ein mangelnder Eifer auf dem Gebiet der Kapitalverbrechen gegenüberzustehen scheint. Wir wissen, daß die Aufdeckung gerade der schwersten Verbrechen, der Kapitalverbrechen, äußerst schwierig ist. Das aber darf uns nicht hindern, auf die Mängel bei der Kriminalpolizei hinzuweisen, denn es muß darauf hingewirkt werden, daß möglichst alle schweren Verbrechen aufgeklärt werden und ihre Sühne finden. Eine Kritik

an der Arbeit der Staatsanwälte muß dabei berechtigterweise auch berücksichtigen, daß der Staatsanwalt bei seiner Tätigkeit auf die Mitwirkung einer berufstüchtigen Polizei angewiesen ist. Die Aufstellung der Grenzpolizei ist ein sehr schwieriges und heikles Kapitel gewesen. Sie mußte ja zur Überwachung der Zonengrenzen auf Anordnung der Militärregierung schleunigst ins Leben gerufen werden. Wir hoffen aber, daß die Zonengrenzen fallen werden und daß damit diese Erscheinung unserer tiefen Not mitsamt ihrem Kostenaufwand von weit über 2 Millionen RM. bald der Geschichte angehören wird. Wir möchten aber den Herrn Minister bitten, seine Polizei dahin anzuweisen, daß es wichtiger ist, Großschiebern und Schwarzhändlern ihr volksfeindliches Handwerk zu legen, als einer armen Hausmutter oder einem Schwerkriegsbeschädigten etwa ein mühsam errungenes Pfund Butter oder ein paar Flaschen Wein wegzunehmen. Es kommt dabei mehr heraus, und entspricht mehr dem Rechtsempfinden des Volkes als die Praxis der gehängten kleinen Diebe. (Siehe Ramershoven!) Das hat wohl mit Ramershoven weniger zu tun. (Großschieber!) Das muß die Gerichtsverhandlung feststellen.

Wir verkennen nicht, wie schwierig in dieser Notzeit die Ausübung des Polizeiberufes ist, und wir sollen den vielen pflichttreuen Polizisten gerne unsere Anerkennung. Es liegt auch in deren eigenem Interesse so gut wie im Interesse des ganzen Volkes, daß schlechte Elemente in ihren Reihen schleunigst und unattraktiv ausgemerzt werden.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion gibt dem Etat des Innenministeriums ihre Zustimmung. Sie geht dabei von der Erwartung aus, daß den dargelegten Bedenken, Anregungen und Forderungen Rechnung getragen wird. (Bravo und Beifall.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Fuehrer (CDU).

Abg. Fri. Dr. Fuehrer:

Meine Damen und Herren! Bei der Besprechung über den Etat der Polizei muß hier etwas gesagt werden über einen bestimmten Sektor ihrer Aufgaben: über die Razzien auf Personen weiblichen Geschlechts. Von vornherein muß zugegeben werden, daß eine polizeiliche Überwachung und Festnahme einer bestimmten Kategorie von Mädchen und Frauen zu Recht bestünde und Sinn hätte, wenn die gleiche Maßnahme auch auf die Gruppe von Männern angewandt würde, die diesen Frauen gleichzustellen sind. Die Maßnahmen werden jedoch einseitig bei Frauen vorgenommen. Dies und die Art und Weise, wie solche Razzien in letzter Zeit in der Pfalz durchgeführt worden sind, haben eine tiefe Beunruhigung und Empörung in der gesamten Bevölkerung, vor allem jedoch beim weiblichen Geschlecht hervorgeufen. In Neustadt a. d. Haardt zum Beispiel sind am Samstag, dem 25. Oktober 1947, abends, der Bahnhofplatz und die angrenzenden Straßen durch ein Aufgebot von 40 bis 50 Polizisten abgesperrt und sämtliche Frauen und Mädchen festgenommen worden. Es befanden sich darunter Ehefrauen, die mit ihren Ehemännern bei Freunden zu Besuch waren. Sie wurden von dem Ehemanne weg verhaftet. Andere Frauen kamen von Einkäufen, wieder andere aus der Beichte. Manche hatten auf dem Bahnhof Fahrkarten gelöst, um nach Hause zu fahren, andere um das Wochenende bei Freunden zu verleben. Auch befanden sich Studentinnen unter ihnen, die gerade von

der Universität Mainz zum Sonntag nach Hause kamen. Unterschiedslos wurden 156 Personen weiblichen Geschlechts in ein Polizeilokal gebracht, wo sie ohne Heizung, ohne die Möglichkeit, sich auch nur hinsetzen zu können, die ganze Nacht zubringen mußten. (Hört, hört!) Am Sonntagvormittag wurden sie in einem Lastauto öffentlich durch die Stadt gefahren zur Abteilung für Geschlechtskranke (Zurufe: Unerhört!), wo sie sich einer Untersuchung unterziehen mußten, die, wie man hört, auch nicht gerade auf sehr verständnisvolle Weise durchgeführt worden sein soll. Das Ergebnis zeltigte insgesamt vier geschlechtskranke Personen, also 2,5 v. H., die als solche den Überwachungsstellen längst bekannt waren. Die übrigen waren alle gesund. Zum Teil handelt es sich um Ehefrauen und Töchter aus unbescholtenen Familien. Studentinnen, weiterhin unverheiratete, berufstätige Frauen, die hier von der deutschen Polizei wahllos aufgegriffen und sistiert worden sind. Eine andere Art der Razzia wird aus Pirmasens berichtet. Dort wurden, wie man hört, im Kino Walhalla sämtlichen weiblichen Besuchern die Pässe und Kennkarten von der deutschen Polizei abgenommen mit dem Hinweis, ihre Ausweise am nächsten Tage zu einer bestimmten Zeit im Krankenhaus abzuholen. Als die Frauen erschienen, mußten sie sich einer Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten unterziehen. Aus Ludwigs-hafen hörten wir jetzt erzählen, daß in den Lokalen, vor allem in Tanzlokalen sowie auf Straßen und Plätzen regelmäßig abends solche Aktionen durchgeführt werden sollen. Es fragt sich, ob der Aufwand von 40 bis 50 Polizisten, die Untersuchung und was damit zusammenhängt, sich lohnt, wenn, wie in Neustadt, von 156 festgenommenen weiblichen Personen nur vier als geschlechtskrank befunden werden, und diese vier ohnehin schon der Überwachungsstelle bekannt sind. Die Kehrseite der Maßnahme. Das, was um dieser bereits erfaßten vier Frauen wegen den übrigen, wohl wertvolleren 152 Frauen angeht, wurde, will ich hier nicht aufzuzeigen versuchen. (Sehr richtig!) Sind aber nicht auch diese vier zu Recht Betroffenen das Opfer einer gemeinsamen doppelten Schuld, zu der der Partner fehlt? In aller Klarheit muß hier ausgesprochen werden, daß wir den weitverbreiteten Standpunkt der doppelten Moral ablehnen. Es ist nicht möglich, daß auf diesem Gebiet die Frauen anders behandelt werden als die Männer, wo doch die Verfassung beiden gleiches Recht zusichert. (Sehr richtig!) Wohl finden diese Razzien auf Anordnung der Militärregierung statt. Sie werden aber von deutscher Polizei durchgeführt. Die französischen Offiziere spielen dabei mehr die Rolle von Zuschauern. Es bedarf wohl keines Wortes, daß die hier geschilderte Art der Sache mehr schadet als nützt. Die Polizei soll der Freund und Helfer des Volkes sein, an die sich jeder, der ihrer Hilfe bedarf, ganz gleich ob Mann, Frau oder Kind in vollem Vertrauen wenden kann. Diese Art hingegen läßt kein Vertrauen zur Polizei aufkommen, sondern erzielt nur Schockwirkung für das ganze Leben, verletzt aufs tiefste das Schamgefühl von Frauen und Mädchen und ruft mit Recht die Empörung der Eltern hervor. Auch erschwert sie dem einzelnen Polizisten den Zugang zur Bevölkerung. Obendrein werden diese Methoden dann noch der Demokratie in die Schuhe geschoben und dienen wirklich nicht dazu, das Ansehen und die Beliebtheit des neuen Staates zu fördern. Aus Hamburg hört man folgendes: Englische Polizisten, die gut deutsch sprechen, halten mit den deutschen Polizisten Kurse über den Umgang mit dem Publikum ab. Dabei wird vorgeführt, wie der englische Polizist mit den Engländern und der

deutsche Polizist mit seinen deutschen Volksgenossen umgeht. Nun brauchen wir nicht englische Vorbilder in die französische Zone zu rufen, aber wir möchten doch den Herrn Innenminister bitten, auch für unsere Polizei solche Kurse einzurichten. Darüber hinaus ist es dringend notwendig, daß die Polizisten, die mit solchen Razzien beauftragt werden, hierüber in gründlicherer Weise geschult werden als bisher. Es gehören dazu ein ganz bestimmter Blick und ausgeprägtes Fingerspitzengefühl, das nur in jahrelangem Umgang mit Menschen erworben werden kann. Ja, diese Razzien sollten überhaupt nicht das Befätigungsfeld männlicher Polizisten sein (Sehr gut!), sondern hier sollte die weibliche Polizei eingesetzt werden (Sehr gut!), wie das auch bereits in Köln wieder der Fall ist. Es darf nicht verschwiegen werden, daß auch das Feingefühl des weiblichen Geschlechts in den letzten 20 bis 30 Jahren vielfach gelitten hat, und es muß alles getan werden, um diesem Schwund entgegenzuarbeiten. Denn von dem Feingefühl der Frau hängt die sittliche Höhe einer Nation ab. (Bravo! Sehr gut!) Es muß die Polizei auch zu ihrem Teile bei der Art und Weise, wie die Razzien durchgeführt werden, nicht niederreißen, sondern am Aufbau mithelfen. (Bravo!)

In diesem Zusammenhang stellt meine Fraktion den Antrag auf Einführung weiblicher Polizei im Lande Rheinland-Pfalz. (Bravo und Beifall.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Bettgenhäuser (SPD.).

Abg. Bettgenhäuser:

Meine Damen und Herren! Wenn wir die bisherige Etatsberatung einmal überblicken, gelangen wir zu der Feststellung, daß das ureigenste Element einer jeden Etatsberatung, nämlich der Kampf um die einzelnen Positionen, der Kampf um die einzelnen Kapitel völlig gefehlt hat. Die Etatsberatungen früherer deutscher Parlamente zeichneten sich gerade durch dieses positive Element aus. Ich glaube auch nicht, daß die entsprechenden Stellen, die für die Vorlage verantwortlich zeichnen, den Anspruch erheben, nun in dieser Vorlage der Weisheit letzten Schluß gefunden zu haben. Ich glaube auch nicht, daß es mangelnde Erkenntnis der Abgeordneten war, an dieser Vorlage nichts mehr zu ändern, denn das Niveau der Etatsberatungen gibt uns schon das Recht zu glauben, daß das Haus durchaus in der Lage wäre, auch auf diesem Gebiete seinen Mann zu stehen. Die Ursache dieser meiner Feststellung, meine Damen und Herren, liegt vielmehr in zwei anderen Gründen, einmal in den ungeheuer schwierigen Verhältnissen, bedingt durch die allgemeine Not, die uns bestimmte Grenzen in der Prüfung und Beurteilung stellt. Grenzen, die wir nicht sprengen können, weder mit dem guten Willen noch mit tönenden Worten. Aber der wichtigste Grund, meine Damen und Herren, ist nach meiner Auffassung die mangelnde Kompetenz dieses Hauses. (Zurufe: Sehr richtig!) Das Recht, das unveräußerliche Recht eines souveränen Parlaments, nämlich über die Ausgaben und Einnahmen eines Staates zu bestimmen, fehlt uns völlig. Ich brauche Sie nicht darauf hinzuweisen, daß es sich um eine große Gefahr für die demokratische Entwicklung überhaupt handelt. Das erweckt falsche Vorstellungen in der Öffentlichkeit, wenn wir so tun als ob. Wir befinden uns in einer staatsrechtlichen Zwitterstellung, die, auf die Dauer gesehen, untragbar ist: entweder man gewährt uns die notwendigen Befugnisse oder überhaupt

keine, aber beides zusammen ist eine Unmöglichkeit. (Zurufe: Sehr gut!) Demokratisierung unter undemokratischen Bedingungen ist praktisch unmöglich. (Zurufe: Sehr richtig!) Der Begriff und der Gedanke der Demokratie ist in der Vergangenheit in Deutschland derart strapaziert worden, daß wir gegenüber dem Ausgang dieser Entwicklung die allergrößten Bedenken haben. Man steht anscheinend noch zu sehr unter dem Eindruck, als ob das heutige Deutschland das zusammengebrochene Dritte Reich wäre und dadurch kommt man nicht zu der Beurteilung, die die demokratischen Kräfte in Deutschland verdienen. In diesem Hause wurden einmal die Worte geprägt: „Die politische Arbeit gleicht einem Sacklaufen über Hürden.“ Ich möchte es noch dahin erweitern, daß sich zwischen diesen Hürden auch noch Gestrüpp befindet, so daß unsere Anstrengungen auf dem Gebiet der politischen Arbeit zu einer Sisyphusarbeit wird. Man wird mir entgegenhalten, wir haben eine Verfassung, die der Abg. Wolters als die beste und sozialste bezeichnet hat. Ich glaube, man soll vorsichtig gerade in Superlativen sein. Aber diese Verfassung, meine Damen und Herren, steht doch zu einem sehr großen und wichtigen Teil nur auf dem Papier.

Ich glaube, diese Ausführungen an den Beginn meiner Ausführungen stellen zu müssen.

1. Um Ihnen zu zeigen, daß unserer sachlichen Würdigung und Kritik natürliche Grenzen gezogen sind und zum ändern, weil das zur Debatte stehende Ministerium, das für die Innenpolitik zuständig ist, ja doch das Gesicht, das Fenster, ja die Tür zu einem demokratischen Gemeinwesen darstellt. Der kleine Mann draußen, der irgendwo an irgendeiner Amtsstube anklopft, klopft an die Tür seines Staates, und wie er dort empfangen, beraten, behandelt oder wie ihm dort geholfen wird, danach bildet er sich sein Urteil über diesen Staat. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um das Wirtschaftsamt, Ernährungsamt oder Kreisstraßenverkehrsamt usw. handelt. Überall tritt er seinem Staat gegenüber. Und ich glaube, hier setzt auch in der Öffentlichkeit die allerschärfste Kritik ein. Zunächst glaube ich, im ganzen gesehen, dem Innenministerium wie auch der Regierung unseren Dank dafür aussprechen zu müssen, daß sie es in so relativ kurzer Zeit verstanden haben, einen einigermaßen normal funktionierenden Verwaltungsapparat aufzubauen (Zurufe: Sehr richtig!) Es darf nicht vergessen werden, daß es durchaus chaotische Zustände waren, als die Behörden im Jahre 1945 ihre Arbeit begannen. Wir dürfen uns aber auch nicht über die Mängel hinwegsetzen, die auch heute noch bestehen. In persönlicher Unzulänglichkeit, Mängel, die durch die allgemeinen Verhältnisse hervorgerufen sind, nun noch tatsächlich bestehen. Ein Beamter oder Angestellter kann mehr kaputt machen als hundert andere wiedergutmachen können. Es gibt leider noch zu viele, die davon überzeugt sind, das Publikum wäre für sie da und nicht umgekehrt. Der Herr Innenminister hat in dieser Beziehung einen Erlaß herausgegeben, der gegen diese Auswüchse Stellung nimmt!

Kurz ein Wort zur Entnazifizierung der Verwaltung. Ich glaube, wir alle haben in der Vergangenheit zu sehr unter dem Eindruck gelebt, daß der Nationalsozialismus und die Beamtenschaft zu einem Begriff verkoppelt wurden. Ich glaube, daß das Gros der Beamten und Angestellten in der Zeit, als dieser Rattenfänger auszug, das deutsche Volk zu erobern, gerade in dieser Frage seinen Mann gestanden hat. Es war in den Jahren 1930-1933, es war die Zeit der Wirtschaftskrise, als gerade die aus ihrer Bahn geschleu-

derten Menschen, die Lebensuntüchtigen, es waren, die diesen Rattenfänger nachgelaufen sind und ihm auch zur Macht verholfen haben. Das Gros der Beamten war im Jahre 1933 in dieser Beziehung noch nicht angeschlagen. Wenn man heute über Entnazifizierung spricht, glaube ich, dann darf man weniger sprechen von den Menschen, die wirklich unter einem gewissen staatlichen, familiären und seelischen Druck gestanden haben und dort hincingeschlittert sind, als von denen, die mit wehender Fahne aus freien Stücken dort nun das Reservoir gebildet haben und nachher an den Früchten partizipiert haben. Und ich glaube, daß wir, wenn wir heute beobachten, daß ehemalige Nazisten sich in höchsten Verwaltungsstellen befinden, - der Herr Justizminister sagte vorige Woche, daß habe niemand in seinem Ministerium, der nicht entnazifiziert sei, ich unterstelle, daß das auch in den anderen Ministerien der Fall ist - dringend bitten müssen, daß den kleinen Schluckern dieselbe Loyalität entgegengebracht wird, wie diesen höheren Verwaltungsbeamten.

Nun noch ein Wort zur allgemeinen Moral. Es ist in diesen Tagen mit Recht Kritik geübt worden an den Korruptionserscheinungen im öffentlichen Leben. Kritik an der Wirtschaft, hinsichtlich der Warenhortung. Es ist Kritik geübt worden an den nichtabliefernden Bauern. Lassen Sie mich dazu eine Feststellung machen. Man muß sich wundern, daß trotz des zwölfjährigen Nazismus, trotz dieser Demoralisation, trotz der verheerenden Folgen, die der staatliche und gesellschaftliche Zusammenbruch mit sich brachte, trotz der ungeheuren wirtschaftlichen und Ernährungsnot noch so viele Menschen anständig geblieben sind. Und dafür glaube ich, müssen wir auch diesen Menschen, die durch ihre tapfere Haltung bewiesen haben, daß sie gewillt sind, auch im neuen Staat ihre Pflicht zu tun, diesen Menschen Dank und Anerkennung aussprechen.

Wir wünschen, daß die Verpolitisierung der unteren Beamtenstellen nicht in dem Maße durchgeführt wird, wie dies zum Teil heute noch der Fall ist. Es ist draußen nicht alles Gold, was glänzt. Wir Sozialdemokraten stellen fest, daß es heute noch Ämter gibt, wo Menschen, die entweder eingestellt werden oder befördert werden wollen, deshalb nicht zum Zuge kommen weil sie sich Sozialdemokraten nennen.

(Zwischenruf: Wo?) (Weiterer Zwischenruf: Überall.) Nicht nur in der Trierer Gegend; in dieser Gegend kann ich Ihnen sehr viele Fälle nennen, wo das der Fall ist.

(Zwischenruf: Umgekehrt ist auch gefährlich!)

Aber darüber hinaus haben wir gerade auf dem Gebiet des politischen Beamten unseren Anspruch anzumelden. Man kann nicht eine Partei, die verantwortlich in der Politik führend ist, aus maßgeblichen Funktionen einfach ausschalten. Im übrigen wünschen wir aber, daß der Aus- und Aufbau der Verwaltung nach den Grundsätzen der Sparsamkeit erfolgt. Wir werden nach der bald zu erwartenden Wegnahme des Geldüberhangs nicht mit einem aufgeblähten Beamtenüberhang die Reise in die Zukunft antreten können. Ich treue mich, deshalb feststellen zu können, daß der Herr Innenminister ein neues Beamtengesetz angekündigt hat, dies um so mehr, weil in der Vergangenheit, besonders als es noch keine parlamentarische Vertretung gab, durch eine Flut von Ernennungen und Beförderungen Tatsachen geschaffen wurden, die uns bedenklich erscheinen. Ich glaube nicht, daß wir verpflichtet sind, Verbindlichkeiten zu übernehmen, die von einer dazu nichtqualifizierten

Regierung eingegangen wurden. Neben dem Beamtengesetz wünschen wir die Verwaltungsreform, damit einmal Zuständigkeiten in den Verwaltungszweigen hergestellt werden. Es ist schwer für den kleinen Mann draußen, sich in dem Labyrinth der Verwaltungsverschachtelungen überhaupt heute noch zurechtzufinden. Auch das Selbstverwaltungsgesetz, meine Damen und Herren, ist eine Notwendigkeit. Dabei bin ich der Auffassung, daß es sehr wohl möglich ist, die verschiedensten Prinzipien, wie sie sich in unserem Land herausgebildet haben, in dieses Gesetz einzubauen. Sowohl den Amtsbürgermeister, wie er sich in den Bezirken Koblenz und Trier herausgebildet hat, als auch den ehrenamtlichen Bürgermeister in anderen Gebieten. Man kann die Vorzüge der Amtsbürgermeister wie auch die Vorteile der hessen-nassauisch-pfälzischen Gemeindevertretung einbauen. Aber, was wir nicht wünschen, ist der ehrenamtliche Bürgermeister und Oberbürgermeister in den großen Städten. Wir glauben nicht, daß es zweckmäßig ist, fremde Vorbilder zu kopieren oder aufzuoktroieren. Wir wünschen vielmehr die Grundsätze unserer alten rheinischen Städteordnung verankert, und gerade ihre vorbildlichen Eigenschaften haben doch deutsche Oberbürgermeister hervorgebracht, die Weltruf genossen haben.

Ein Kapitel in unserem Etat, meine Damen und Herren, hat unsere besondere Aufmerksamkeit erregt. Das ist das Kapitel Internierungslager. Wir stellen fest, daß hier Ausgaben von über 2 800 000 RM. vorgesehen sind, und auf der anderen Seite keine Einnahmen stehen. Uns wird berichtet, daß in einem Lager täglich 1500 bis 1800 Internierte zur Arbeitsleistung kommandiert wurden (Zuruf: Heute noch!), daß diese Arbeitsleistungen mit einem Stundenlohn von 50-70 Pfg. bezahlt wurden und diese Löhne an die Lagerverwaltungen zu überweisen sind. Nach einer Schätzung sind in diesem einen Lager 2 000 000 RM. aufgekommene. Ich glaube, daß wir es dem rheinisch-pfälzischen Steuerzahler nicht zumuten können, diese notwendige Internierung auch auf seine Kosten durchzuführen, zumal diese Leute durchaus in der Lage sind, durch ihre Arbeitsleistung selbst diese Finanzierung durchzuführen, und wir beantragen, diese Einnahmen restlos zur Finanzierung dieser Lager zu verwenden und den Überschuß einem Wiedergutmachungsfonds zuzuführen.

Meine Damen und Herren! Es ist an der Polizei Kritik geübt worden. Wenn Sie einmal in den Kalorienzügen hören und der Flüsterpropaganda nachgehen, werden Sie feststellen, daß diese Gerüchte über die Polizei aus den Kreisen kommen, die die Tätigkeit der Polizei am meisten zu fürchten haben. Ich hatte vor ein paar Tagen Gelegenheit, in einem Eisenbahnabteil der Unterhaltung beizuwohnen, einer Unterhaltung, die durch das Geklirr der Flaschen in den aufgestapelten Koffern begleitet wurde, einer Unterhaltung, die sich nur darauf erstreckte, wie der Polizei ein Schnippchen geschlagen werden könne.

Verehrte Anwesende! Abgeordneter Demmerle sagte einmal: „Wo hats, ka Lumpen!“ Daß es nicht überall so aussieht, wie wir es wünschen, wissen wir, aber man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, und wir wollen uns daran erinnern, daß Abgeordnete Pflichten haben und wollen, wo uns Fälle des Übergriffes bekannt werden, besonders, wenn wir an verantwortlicher Stelle stehen, für Abhilfe sorgen. (Sehr gut!)

Erst, wenn dann nicht eingegriffen wird, haben wir die Pflicht, am Podium die Kritik so zu gestalten, wie

es notwendig ist. Die Menschen draußen, die diese Verhältnisse kennen, sind weniger verärgert über diese Dinge, als darüber, daß nichts für die Abhilfe getan wird. Ich muß sagen, daß in allen Fällen, die ich dem Herrn Innenminister vorgetragen habe, Abhilfe geschaffen wurde.

Die Grenzpolizei dürfte gerade im Hinblick auf ihre Tätigkeit einer besonderen Kritik draußen unterstehen. Wir wünschen, daß sie recht bald einer besseren Verwendung zugeführt wird, damit einmal ein Zustand, der, man kann sagen, uns 300 Jahre zurückversetzt hat und der im Zeitalter des paneuropäischen Gedankens ein politischer und wirtschaftlicher Unsinn ist, einmal beseitigt wird. Wir hoffen, daß beim Etat des Jahres 1948 die Bezeichnung „k. w.“ (künftig wegfallend) vorzufinden ist. (Zuruf: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Indem wir dem Etat zustimmen, möchte ich zum Schluß noch einmal die bereits ausgesprochene Bitte an den Herrn Innenminister richten, recht bald das Selbstverwaltungsgesetz und das Beamtengesetz auf den Tisch des Hauses zu legen. Wir wünschen, daß es den Geist atmen möge, der für eine Durchdringung des öffentlichen Lebens mit den alten demokratischen Tugenden eine unbedingte Notwendigkeit ist. (Bravo!)

1. Vizepräsident Röhler:

Das Wort hat der Abgeordnete Steger (DP).

Abg. Steger:

Meine Damen und Herren! Es ist bereits in der Vorwoche durch meinen Fraktionskollegen Dr. Nowack zum Ausdruck gebracht worden, daß der Landtag bei Beratung des Etats gewissermaßen nur noch dem zuzustimmen hat, was in der abgelaufenen Zeit geschehen ist, wenigstens was das vorgelegte Zahlenmaterial angeht, und wir stimmen insoweit dem Haushalt zu, allerdings unter Berücksichtigung der vom Berichterstatter bekannt gegebenen Änderung. Das alles ist durch die Verhältnisse bedingt und wir sind davon überzeugt, daß schon der nächste Etat ein ganz anderes Gesicht haben wird, daß insbesondere die zu erwartende Währungsreform rücksichts- und erbarmungslos den Rotstift gebrauchen und vorschreiben wird, was wir zu tun und zu lassen haben. Wir können nur wünschen, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr allzu fern ist. Deshalb erübrigen sich auch viele Worte über die Aufblähung des Beamtenapparates, auch des Apparates der inneren Verwaltung, zumal meine Vorredner zu diesen Dingen bereits Stellung genommen haben. Ich möchte unterstreichen, was Dr. Christoffel zur Entnazifizierung gesagt hat und möchte ebenfalls wünschen, daß diese Menschen bald wieder eingefügt werden als gleichberechtigte Glieder in unseren Volkskörper. Wir unterstreichen ferner, daß der Aufbau des Staates von unten zu erfolgen hat, daß sich der Staat auf die Aufsicht beschränken soll. Wir sind gegen den Zentralismus, der immer wieder in Erscheinung tritt. Wir fordern aber ebenfalls, was mein Herr Vorredner von der SPD gefordert hat, die Verwaltungsreform und die Finanzierung der Kosten der Entnazifizierungslager in der angedeuteten Weise.

Meine Damen und Herren! Man spricht heute viel davon, daß die im Entstehen begriffene Demokratie in vielen Dingen nur ein Abklatsch dessen zu werden schein, was wir mit dem bekannten Ausgang von 1918 bis 1933 exerziert haben. Und diese Hinweise bestehen zu Recht. Mancherlei Erscheinungen geben

uns Anlaß zur Kritik. So beobachtet man tatsächlich mit wachsendem Befremden, daß das Parteibuch nun doch wieder eine Rolle spielt, oft sogar eine ausschlaggebende Rolle bei der Besetzung von Stellen aller Art, daß nicht, wie es in der Demokratie sein soll, fachliche Eignung und berufliche Erfahrung neben der selbstverständlich politischen Zuverlässigkeit entscheiden, sondern eben mehr und mehr die Mitgliedschaft bei einer Partei. Meine Damen und Herren! Gegen diese Entwicklung wenden wir uns. Das Parteibuch darf nicht „Zulassungskarte“ für irgendein Amt sein. Wir wenden uns gegen die Entwicklung, daß die Beziehungen den Vorrang vor der Leistung haben sollen, denn wir wollen einen sauberen, arbeitsfrohen Beamtenstand in Staat, Gemeinde und öffentlicher Verwaltung, ein fachlich geschultes Personal, das mehr auf seine Pflichten als auf seine Rechte sieht. Wir sind fest überzeugt, daß dies notwendig ist und daß gerade die kleinen Leute nichts zu erwarten haben von dem kleinen Parteimann, sobald er nur sein kleinstes Pöstchen hat, denn der Dienst, den die Beamten zu tun haben, ist am Volke zu tun, nicht für die eigene Partei.

Auch wir fordern ein Berufsbeamtengesetz, das ausführlich die Rechtsstellung der Beamten und Dauerangestellten im öffentlichen Dienst regelt, während die Regelung der Rechtsverhältnisse der übrigen Angestellten und Arbeiter dem Tarifvertrag überlassen bleiben muß. Das Beamtenverhältnis soll als ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis angesehen und entsprechend gestaltet werden. Die Bestätigung muß durch einen Staatshoheitsakt vorgenommen werden. Alle Stellen, die die Wahrnehmung von Obrigkeitsbefugnissen in sich schließen, sollen mit Beamten besetzt werden.

Was wir für den Richter fordern, der eine ganz besondere Stellung im Staate hat, wurde bereits in der Debatte zum Justizministerium gesagt. Wir nehmen darauf ausführlich Bezug. Ganz allgemein, meine Damen und Herren, wünschen wir keine Dilettanten auf diesen einzelnen Posten, vor allen Dingen nicht auf den Posten, deren Inhaber irgendwie den Staat repräsentieren. Wir wünschen das schon deshalb nicht, weil aus der Unkenntnis die Willkür, die Diktatur, entsteht. Es ist wohl unbestritten, daß der Anstreicher Adolf Hitler gezeigt hat, wohin es führt, wenn begrenzte Köpfe unbegrenzte Macht in die Hände bekommen. Es ist richtig, was Goethe sagt, nämlich: „Nichts ist schrecklicher als tätige Unwissenheit!“

Es liegt, meine Damen und Herren, im Sinne dieser meiner Ausführungen, daß wir den Antrag stellen, neue Bewerber für die öffentlichen Dienste vor der Einstellung und bereits eingestellte Personen ebenfalls zu überprüfen, indem Strafregisterauszüge angefordert werden, und ich spreche namens meiner Fraktion das Ersuchen aus, dem Landtag schon in Kürze das Ergebnis der Prüfung mitzuteilen, eventuell durch einen Zwischenbescheid. Wenn in der schriftlichen Begründung dieses Antrages die Polizei erwähnt wurde, in der mündlichen Begründung am Beispiel eines Polizeibeamten die Notwendigkeit des Antrages begründet worden ist, so hat das seine Gründe. Ehe ich jedoch auf diese Gründe komme, habe ich noch auf folgendes hinzuweisen:

Der Herr Innenminister hat mich in der ersten Dezembersitzung angegriffen und mir vorgeworfen, bei meiner Begründung zum Antrag „Strafregisterauszüge“ leichtfertig und verantwortungslos die Polizei angegriffen zu haben. In der daraufhin von mir

abgegebenen Erklärung habe ich bereits gesagt, daß ich meine Kenntnis bzw. meine Angaben durch den Richter, im Anschluß an eine öffentliche Verhandlung hätte. Darin liegt bereits ein Protest gegen den Vorwurf. Denn wenn man sich die Besätigung eines Richters geben läßt, nicht einmal, sondern zweimal, dann kann doch kaum von Verantwortungslosigkeit und Leichtfertigkeit gesprochen werden. Trotzdem, meine Damen und Herren, habe ich die Möglichkeit offen gelassen, einer falschen Information zum Opfer gefallen zu sein, denn ich halte das für klug. Kein Gewährsmann ist so sicher wie der Tod, und ich halte das auch für anständig, weil ich ein Schriftstück, das auf den Tisch des Hauses gelegt wird, nicht ohne weiteres in bezug auf seine Echtheit anzweifeln will. Ich behaupte aber jetzt noch einmal, daß meine Angaben stimmen, und ich habe mir vom Justizministerium den Auszug aus den Akten des Amtsgerichts Oppenheim geben lassen, aus den Akten der damaligen Verhandlung. Es geht daraus hervor, daß dieser Polizeidiener im Jahre 1932 drei Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls und im Jahre 1933 drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust wegen schweren Bandendiebstahls bekommen hat. Ich habe das hier nur festzustellen. Wie es kommt, daß der Herr Innenminister einen anderen Auszug auf den Tisch des Hauses legt, weiß ich nicht. Ich bin nur der Auffassung (Zuruf: Daran sind Sie wahrscheinlich auch wieder schuldig), ich weiß nur, daß meine Angaben richtig sind. Das habe ich festzustellen.

Ich komme jetzt auf die Gründe: Die Polizei repräsentiert in den Augen des Volkes den Staat. Und deshalb nimmt sie einen ganz besonderen Platz ein. Das verpflichtet auch zu einer ganz besonderen Auslese. Es ist aber nicht Aufgabe in dem Sinne zu üben, daß man es ablehnt, andere als politisch oder rassisch verfolgte auf die Polizeischule nach Bad Ems zu nehmen. Diese Beschwerde ist eingelaufen und ich bitte den Herrn Innenminister um Stellungnahme dazu. Wir glauben im übrigen durchaus, daß die Schwierigkeiten beim Aufbau einer neuen Polizei groß waren. Aber wir glauben ebenfalls, daß in keinem Verwaltungszweig so viele Parteigänger aller Richtungen stecken, wie in diesem, und daß es gerade die Polizei ist, die bis jetzt am wenigsten den Forderungen genügt, die ich vorhin aufgestellt habe. Meine Damen und Herren! Schon die Polizei im kaiserlichen Deutschland war keine Wonne für das Herz. Und in Deutschland hat die Polizei noch nie zu ihrem Volke gestanden, wie beispielsweise die englische, welche Gestalten wir in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg hatten, ist wohl noch in jedermanns Erinnerung, und als man dann im Laufe der Jahre mehr und mehr Vertrauen zur Polizei der Weimarer Republik gewinnen konnte, machte Hitler dieser Entwicklung ein Ende. Jetzt, drei Jahre nach seinem Verschwinden, steht eine Polizei vor uns, die nach unserer Auffassung besser parteipolitisch abgerichtet als charakterlich und fachlich ausgerüstet ist. Dazu steht diese Polizei vor den schwierigsten Aufgaben, vor Aufgaben, die ihr durch vollkommen anormale Verhältnisse gestellt werden. Diese Aufgaben sind nur zu lösen: 1. durch persönliche Qualifikation und absolut demokratische Einstellung der einzelnen Leute; 2. auf zu lösen, wenn der verantwortliche Minister eine ganz neutrale, überparteiliche Haltung einnimmt und allen nachgeordneten Stellen vorschreibt; 3. wenn keine Verordnungen durch ihn und, meine Damen und Herren, keine Gesetze durch uns, dem Landtag, ergehen, die das Volk vor die Frage stellen: entweder du erfüllst sie und ruinierst dich

oder du erhältst dich notdürftig am Leben und machst dich strafbar. Und die Polizei: Entweder du tust deinen Dienst treu und gewissenhaft, oder du verstößt gegen deine dienstlichen Obliegenheiten.

Meine Damen und Herrn! Für ein Volk, das Radio gehört hat, obgleich das mit der Todesstrafe bedroht war, haben die schärfsten Strafandrohungen keinen Schrecken mehr, wenn der Hunger es zu Gesetzesübertretungen zwingt. Das mögen Landtag und Regierung niemals aus den Augen verlieren. Was sie auch verordnen mögen, in jedem Fall haben wir alle gewissenhaft zu überlegen, ob jeder von uns in der Lage ist, selbst diese Verordnungen und Gesetze einzuhalten und danach zu leben. Nur wenn diese Frage zu bejahen ist, dürfen wir verordnen. Sonst handeln wir aus der gleichen Unmoral heraus, die das Dritte Reich beherrschte. Der Deutsche hat kein rechtes Verhältnis mehr zu Gesetzgebung, er ist abgebrüht, denn seit 15 Jahren hat er allen Grund anzunehmen, daß Gesetze, die organisierte Willkür einer willkürlichen Organisation sind. Im Sinne dieser Ausführungen wollen wir „volksnahe“ bleiben, um mich dieses Ausdrucks einmal zu bedienen. Wir, Landtag und Regierung, und wenn wir es sind, dann ist es zwangsläufig auch der Richter, dann ist es zwangsläufig auch die Polizei, wobei Ausnahmen auch hier die Regel bestätigen. Dann kommen die Richter auch nicht in Gewissenskonflikte, indem sie einen Menschen für etwas verurteilen müssen, was sie selbst tun, und der einfache Polizist sieht ebenfalls seinen Weg klarer und besser, als er ihn heute zu sehen vermag. Wie sich dieses Auge des Gesetzes, meine Damen und Herren, heute präsentiert, kann es gar nicht ruhig und klar auf seinen Gegenstand gerichtet sein, muß es in Anbetracht der Verhältnisse ja naturnotwendigerweise einmal offen, ein anderes Mal blitzelnd, ein drittes Mal geschlossen sein. Auch der Mann der Polizei ist seinen kreatürlichen Bedürfnissen unterworfen und ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Witzeleien, die über die Polizei im Umlauf sind. Bei allem Sinn des rheinischen Menschen für Humor bitte ich Sie, über diese Dinge nicht einfach hinwegzugehen und der Humor hört überhaupt auf, wenn man an die Hunderttausende denkt, die täglich und stündlich in Gewissensnöten sind, weil sie gerade und ehrlich ihren Weg gehen möchten, heute aber wie im Dritten Reich immer noch unter brutalem Zwang stehen. Oder wenn man an die Tausende denkt, denen das Wort „Seid untertan der Obrigkeit“ kein leeres Geschwätz, sondern eine sittliche Verpflichtung ist. Überlegen Sie, meine Damen und Herren, ob wir hier für diese wertvollen Staatsbürger eine Obrigkeit sind, die sich, wie es in der letzten Morgenfeier des Frankfurter Senders hieß, ständig bemüht, „nach christlicher Auffassung die Stimme Gottes zu sein“. Und wer von Ihnen diese Formulierung nicht gelten läßt, möge sich wenigstens fragen, ob er und seine Freunde auch nur die Stimme des Volkes sind, des ganzen Volkes, nicht einer Partei, die Teil des Volkes ist und bleibt.

Ich habe Auslese gefordert und infolgedessen fordere ich auch die Schulung. Wir müssen alles daran setzen, vor allen Dingen die Polizei mehr mit demokratischen Auffassungen bekannt zu machen, näher an den demokratischen Gedanken heranzubringen. Diese Aufgabe ist bestimmt, Herr Innenminister, dankbarer, als die einmal von Ihnen gewählte, und wenn der Abgeordnete Gänger gestern gesagt hat, der Wirtschaftsminister sei unter Umständen eine Gefahr für die Wirtschaft der Pfalz, dann bin ich nur sehr mäßig und schränke mich außerordentlich ein, wenn ich sage,

daß der Herr Innenminister die selbstgestellte Aufgabe, in höchsteigener Person den Schutzmann zu spielen, dazu auch noch, wie sich inzwischen herausgestellt hat, den unnötigen Schutzmann, besser wergläßt und sich der Aufgabe widmet, seine Polizei zu schulen. Es kann bei dieser Schulung nicht genug auf die Pflicht zu absoluter Neutralität und auf die verfassungsmäßigen Rechte hingewiesen werden. Ich habe darüber mit Polizeibeamten gesprochen. Mit Absicht! Freiheit der Person, Achtung und Duldung, gleiches Recht für alle, ausgenommen für die Feinde der Freiheit, der Duldung, der Gleichberechtigung, Unverletzlichkeit der Wohnung, die Max Christian Feiler als die letzte Zitadelle der persönlichen Freiheit ansieht, alle diese Dinge sind noch lange nicht genug in das Bewußtsein dieser Beamten eingedrungen, und wenn der Herr Innenminister in diesem Sinne „Polizeiminister“ sein will, soll selbst über diese nicht besonders nette und besonders rühmliche Bezeichnung hinweggeschen werden, zumal der Kollege Wagner erklärt hat, auch die SPD. wünsche keinen Polizeistaat. Es ist aber nicht zu verkennen, daß mit der Bezeichnung „Polizeiminister“ der Begriff des Polizeistaates ideenmäßig verbunden ist. Wenn man dem Innenminister eine Bezeichnung geben will, sollte man ihn den „Minister zur Wahrung und Sicherung der Selbstverwaltung“, die eines der wesentlichsten Elemente der Demokratie ist, nennen.

Es ist von meiner Fraktion unangenehm empfunden worden, daß der Innenminister mit der Landesverordnung über die Verstaatlichung der Polizei einen Weg eingeschlagen hat, der von der Selbstverwaltung wegführt und wir hören mit Befriedigung, daß da radikale Änderungen eintreten, daß das wieder auf ein normales Maß zurückgeführt werden soll. Wir haben das um so unangenehmer empfunden, meine Damen und Herren, weil im vorigen Jahr bei Bildung der Regierung das Wort gefallen ist, „es gehe bei der Besetzung des Innenministeriums um die Macht im Staat“.

Meine Damen und Herren! Die Macht im Staat, das möchte ich ausdrücklich erwähnen, wird vom Volk getragen, vom ganzen Volk, und untersteht der Kontrolle dieses Hauses. Bei dieser Gelegenheit reklamieren wir dieses Recht gegenüber allen Mitgliedern der Landesregierung. Wir möchten bitten, derartige wichtige Entscheidungen, wie Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Polizei, wie Betriebsrätegesetz, wie Organisation der Wirtschaft, Zwangsmitgliedschaft und dgl. vom Landtag, und nur vom Landtag treffen zu lassen.

Dem Antrag der CDU, Drucksache II/99, stimmen wir im großen und ganzen zu. In der Angelegenheit wird ja noch einmal verhandelt werden.

Auch wir hoffen, daß die Grenzpolizei bald zu einem fühlbaren Prozentsatz für andere Aufgaben verwandt werden kann, weil wir hoffen, daß die Zonengrenzen bald fallen.

In der Gendarmerie möchten wir eine Elitetruppe sehen, die gut bezahlt wird und gute Aufstiegsmöglichkeiten hat.

Nun noch ein Wort zu denen, meine Damen und Herren, die in Stadt und Land, nicht-uniformiert polizeiliche Funktionen ausüben. Der Umstand, daß alles bewirtschaftet ist und deshalb alles kontrolliert werden muß, hat eine Unmasse von Menschen auf die Beine gebracht, die sich irgendwie zur Polizei zählen oder als Polizei gebärden. Wir fordern die zuständigen Minister auf, ein Auge auf diese Leute zu haben. Auf

welche gesetzlichen Bestimmungen stützt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, ein Bürgermeister, wenn er oder sein Beauftragter im Keller Kontrollen vornehmen und Fässer zumachen läßt, ohne irgendeine Legitimation in der Hand zu haben? Selbst wenn die Bewirtschaftung des Weins dem Landrat untersteht und der Landrat seine Befugnisse dem Bürgermeister übertragen kann, ist es immer noch notwendig, den Mann zu legitimieren. Es muß einmal aufhören, daß immer wieder der eine in des anderen Haus eindringt, Aufschlüsse verlangt und herum-schnüffelt. Wir wünschen die Bestimmungen der Verfassung verwirklicht zu sehen. Man hat den Eindruck, daß es Behörden gibt, die den Leuten Wein abnehmen, weil sie vermuten, daß diese etwas taten oder tun wollen, was alle Welt tat oder tun muß, aber nicht tun soll, und daß diese Stellen dann ihrerseits das tun, was die anderen ebenfalls tun wollten, was aber auch die Behörde nicht tun sollte. So sonderbar, wie dieser Satz, ist die ganze Affäre, aber sie ist in keiner Weise spaßhaft.

1. Vizepräsident Röhle (unterbrechend):

Die Redezeit ist abgelaufen. Wollen Sie sich bitte kurz fassen.

Abg. Steger fortfahrend:

In diesem Sinne appelliere ich an den Herrn Innenminister. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß ich einiges nicht mehr vorbringen kann, was Requisitionen und dergleichen anbelangt. Aber es ist daran nichts zu ändern. Meine Damen und Herren...

1. Vizepräsident Röhle:

Ja, Herr Abgeordneter, ich muß Ihnen das Wort entziehen.

Das Wort hat der Abgeordnete Müller von der KPD.

Abg. Müller:

Meine Damen und Herren! Bei der Beratung des Haushaltes des Ministers des Innern ist es dringend notwendig, an die Spitze aller meiner Ausführungen die Forderung auf Selbstverwaltung der Gemeinden und der demokratischen Gestaltung der kommunalen und staatlichen Verwaltung zu stellen. Des weiteren muß an die Spitze gestellt werden die Heranziehung und Schulung demokratischer Kräfte für die Verwaltungen. Der Mangel an demokratischen Kräften für die Verwaltungen kann nicht dadurch gelöst werden, daß einfach aus Bequemlichkeit jeder Schuldige zum absolut Unschuldigen gemacht wird. Wir können dem Volk nicht genug Brot und Kleidung geben, deshalb muß der Staatsbeamte stets ein guter Vertreter unserer jungen Demokratie sein. Aus dem Verhalten der Beamten entsteht auch im Volk gegebenenfalls Mißmut sowie eine Stimmung, die zur Gefahr für die junge Republik werden kann. Bedenken Sie das!

Es geht bei der Beratung des Etats um eine Reihe von wichtigen Fragen, ich kann sie nicht alle aufzählen.

Wir sind erfreut, meine Damen und Herren, daß man der Frage der Feuerlöschgeräte gerade in den Gemeinden eine große Beachtung geschenkt hat, da besonders stark geklagt wird über den Mangel an Schlauchmaterial. Es fehlt in den Gemeinden und besonders in den Städten, an jeder Möglichkeit, einen größeren Brand zu bekämpfen. Jeder Brand kann zu einer Brandkatastrophe werden. In Anbetracht der ungeheuren Verluste an Werten, die wir schon erlitten haben, darf es nicht mehr sein, daß durch Brand noch mehr verloren geht, und wir bitten die Regierung,

alle Maßnahmen zu treffen, die die Möglichkeit bieten, die Gemeinden und Städte mit dem nötigen Feuerlöschgerät, Material und Mannschaften auszurüsten.

Eine weitere Frage im Etat sind die Kosten für die Säuberungsbehörden. Wir wollen dazu bemerken: Es ist notwendig, die Säuberungsmaßnahmen rasch durchzuführen bzw. rasch abzuschließen, nicht nur aus rein finanziellen, sondern auch aus politischen Gründen. Wir müssen von den Familien die Ungewißheit nehmen, es muß den nominellen Mitgliedern der NSDAP die Möglichkeit gegeben werden, sich dem Wiederaufbau unseres Landes zur Verfügung stellen zu können.

Wir müssen als verantwortlich die Kriegs-Interessenten und -Verbrecher, die Militaristen und Konzernherren unnachsichtlich treffen. Sie müssen für all' das Leid und all' das Unglück, das über die Menschen und unsere Heimat gebracht wurde, mit ihrer Freiheit und ihrem Vermögen büßen. Die Kosten des Säuberungsverfahrens müssen von denen getragen werden, die durch eigene Schuld über sich und das deutsche Volk Unglück gebracht haben. (Sehr richtig!) Das Vermögen derer muß restlos zur Kostendeckung herangezogen werden. Die Sühne-Festsetzung muß gleichfalls entsprechend sein. Bezüglich der jetzt noch Internierten muß die Überprüfung rasch durchgeführt werden. Die Gemeinden haben starke soziale Belastungen für die Familien zu tragen. Die Internierten sollen die Möglichkeit haben, zur finanziellen Unterhaltung ihrer Familien selbst beizutragen. Es ist aus einer Anzahl von Gründen notwendig, daß die Internierten zu einer praktischen Arbeit herangezogen werden. Die Bezahlung für diese Arbeit müßte demgemäß so sein, daß die Familie einen gewissen Betrag für ihren Unterhalt erhält, zugleich ein Teil für die Verwaltung des Lagers verwendet wird.

Es ist notwendig, noch einmal bei der Beratung des Etats darauf hinzuweisen, daß eine Verringerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, da insbesondere infolge ernährungsmäßig bedingter Schwierigkeiten die Leistungen der Beamten stark zurückgehen, eintreten muß. Wenn es nicht möglich ist, im Moment die Ernährung zu bessern, muß ein Ausgleich insofern geschaffen werden, daß wir die 40-Stunden-Woche einführen. Wir müssen unter der Bevölkerung Verständnis für die staatlichen und kommunalen Beamten, Angestellten und Arbeiter schaffen. Bei dieser Gelegenheit will ich nochmals auf die Bedeutung hinweisen - ja es ist eine Lebensfrage für die sich entwickelnde Demokratie - die der Verwaltungsreform zukommt. Außerdem ist die Heranziehung und Bildung geeigneter Kräfte in den Verwaltungsschulen für den höheren Staatsdienst nötig.

Zu dem Kapitel Oberregierungspräsidium Pfalz und den übrigen Regierungsbezirken sprechen wir unser Bedauern und Befremden aus, daß man bisher die Präsidien noch nicht umgebildet und dem Anspruch unserer Partei auf Beteiligung nicht Rechnung getragen hat. (Zuruf: Montabaur!)

Beim Kapitel Landratsamt fühlen wir uns verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ein großer Teil der Landräte in dieser schweren Zeit weder den schwierigen Aufgaben gewachsen, noch gewillt war, der Regierung die Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen, um den Aufgaben der Regierung im Sinne der Wirtschaft gerecht zu werden. Der Landrat muß von größter Pflichterfüllung und von größtem Verantwortungsbewußtsein erfüllt, der erste Diener der Regierung sein. Ich frage, wird man der Notwendigkeit der Auswahl der Landräte gerecht? Dann darf man keinen Teil der demokratischen Kräfte von diesen Aufgaben

ausschließen. Erst durch die Presse mußte man erfahren, daß zwischen CDU und SPD eine Vereinbarung über die Besetzung der Landräte getroffen wurde. Eine solche Verhandlung zwischen zwei Fraktionen dieses Hauses in einer staatspolitischen Aufgabe ist eine Mißachtung des Toleranzabkommens (Sehr richtig!), da die vier Parteien dieses Hauses das Abkommen unterzeichnet haben. Solche Abmachungen dürfen nur von sämtlichen Parteien getroffen werden. Wenn 39 Landratsämter neu besetzt werden müssen, hat die Kommunistische Partei, da sie 10 v. H. Stimmenanteil hat, mindestens drei Landratsämter zu beanspruchen. (Zwischenruf: Und die Selbstverwaltung?)

Herr Ministerpräsident! Weisen Sie keine arbeitsfreudigen und verantwortungsbewußten Kräfte zurück. Die Landräte, die die Kommunistische Partei stellt, wären Ihre stärkste Hilfe. Sie würden nicht ruhen und rasten, alle Quellen des Landes zu erschließen, um die Ernährung für die Werktätigen in Stadt und Land zu sichern und die Belange der städtischen und bäuerlichen Bevölkerung zu wahren und zu schützen und sie wären Ihnen Hilfe in ihrer größten Sorge.

Zu dem Kapitel Polizeiwesen stelle ich an die Spitze die Forderung: Die Polizei muß eine Volkspolizei sein, eng verbunden mit den Nöten des Volkes. Im Polizeidienst müssen anständige Menschen von sittlich und moralisch höchster Qualität stehen. Der Polizeibeamte muß Demokrat sein, der mit dem Einsatz seiner Persönlichkeit die Demokratie schützt und verteidigt. (Sehr gut!) Wo nehmen wir diese Kräfte her? Sie sind zu finden in dem Kreis der Menschen, die den Mut hatten, während des Naziregimes demselben Widerstand zu leisten. Diese sind auch zahlreich 1945 in den Polizeidienst geströmt. Nach Natur der Sache konnten das nur Männer gereifteren Alters sein. Zwar fehlte diesen Menschen eine gewisse polizeiliche und fachliche Ausbildung, aber der Mangel wurde ausgeglichen durch die Eigenschaften, die ein Volkspolizist haben muß: Treue zur Demokratie, Achtung der Gewissens- und Glaubensfreiheit und Verbundenheit mit den Sorgen und Nöten des Volkes.

In den letzten Monaten wurde eine Reihe von Polizeibeamten aus dem Polizeidienst ausgeschieden. Die Gründe waren, daß sie erstens das 45. Lebensjahr vollendet oder auf den Polizeischulen nicht günstig abgeschlossen hatten. Von den Kurssteilnehmern wurde erklärt, daß die Kursusthemen reichlich schwer waren. Ausgeschieden sind oft vom Standpunkt der Demokratie wertvolle Kräfte. Der Verdacht wurde in einzelnen Fällen geäußert, daß politische Motive entscheidend waren. Wir würden bedauern, wenn solche Motive ausschlaggebend gewesen wären. Wir weisen darauf hin, daß die Lehrer an den Polizeischulen objektiv und politisch zuverlässig sein müssen.

Zum Kapitel Kriminalpolizei fühlen wir uns verpflichtet, eine Angelegenheit vorzutragen. Der Leiter der Kriminalpolizei von Ludwigshafen war bisher ein gewisser Paul Friebis, der während der Nazizeit der Kriminalpolizei Ludwigshafen angehörte. Der Betreffende hat nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft die Führung der Kriminalpolizei Ludwigshafen übernommen. Was war der Betreffende während der Nazizeit? Ich habe hier das Dokument liegen, daß er in der Aufstellung der Politischen Leiter der NSDAP, Ortsgruppe Ludwigshafen-Gartenstadt, mit aufgeführt ist. Und zwar Polizeibeamter Friebis, Paul, Blockleiter. Wir haben in der Presse den Betreffenden als Gestapoagenten bezeichnet. Er hat jetzt gedroht, unsere Presse zu verklagen. Nun, wir freuen uns auf

die Verhandlung, wenn er es wagt, dies abzustreiten. Aber was für uns untragbar war, daß er als Leiter der Kriminalpolizei Beamte seines Dienstes in unsere Mitgliederversammlung geschickt hat, die unsere Versammlung überwachten. Das ist eine Belastung einer Partei, die bewiesen hat, wie sie im Kampf gegen den Faschismus gestanden hat. Der Beamte wurde dann zwar an eine andere Polizeidienststelle versetzt, und nach vier Wochen sollte er Leiter des Straßenverkehrsamtes von Ludwigshafen werden. Das sind Dinge, die unglaublich klingen.

Herr Minister! Ich frage deshalb, in welchem Geiste wird die Polizei geleitet. Geschieht dies mit der Unparteilichkeit, die nötig ist für eine solche hohe Aufgabe. Ich sage nein. Herr Minister des Innern, meine Ausführungen richten sich nicht gegen Sie. Ich darf Ihnen versichern, daß wir von Ihrer Lauterkeit, Objektivität und unparteilichen Geschäftsführung voll überzeugt sind. (Bravorufe!)

Es muß uns wundern, wenn der Herr Polizeipräsident Zörgiebel in einer Dienstbesprechung mit Vertretern örtlicher Polizeidienststellen erklärte, daß die Kommunisten immer Feinde der Demokratie seien. Ich weise solche Ausführungen mit aller Entschiedenheit zurück, denn Sie dürften das unverrückbare Bekenntnis unserer Partei zur parlamentarischen Demokratie wie zum Antifaschismus zur Kenntnis genommen haben. Was gibt Herrn Präsident Zörgiebel das Recht, so seine Beamten zu instruieren? Will man das alte Spiel wieder beginnen zum Schaden unseres Volkes? Hat man schon vergessen, daß die Reaktion und der Faschismus noch tiefe ideologische Wurzeln im Volk zurückgelassen haben. So ergeht es einer Partei, die die größten Opfer im Kampf gegen den Faschismus bringen mußte. Herr Minister des Innern, was gibt Herrn Präsident Zörgiebel das Recht, seine Beamten derart zu instruieren? Decken Sie solche Instruktionen? Wenn man so den Boden vorbereitet, dann entstehen Dokumente, in die Einblick zu nehmen, ich Gelegenheit hatte. Der Bericht einer hohen Polizeidienststelle an eine übergeordnete Behörde, ein Bericht über die Kommunistische Partei, der restlos aus den Fingern gezogen war. Ein Werk, lächerlich und verleumderisch. Ich kann Ihnen sagen, es ist eine große Gemeinheit und der Verfasser könnte der Erfinder des Machwerkes M.-Plan sein! Was steht dort neben vielen Verdächtigungen? Wir würden die Not des Volkes ausnutzen und Streiks organisieren. Dann kommt die Warnung an die Besatzungsbehörde: „Die Kommunisten verstehen es auch, die Besatzungsbehörden auszuhorchen.“ Der Verfasser dieses Schanddokumentes scheint „sehr intelligent“ zu sein. Aber es bleibt ein Versuch der Denunziation. Dann heißt es in diesem Schrieb: Wir wären Nationalisten. Für unser Eintreten für die nationale und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, für unseren Kampf gegen den Separatismus, dafür, daß wir gewünscht haben, daß das Saargebiet bei Deutschland verbleibt, werden wir als Nationalisten bezeichnet. Das wundert uns alles bei der Acht-Groschen-Jungen-Methode nicht bei einer solchen Geisteshaltung des Verfassers. Wenn in dem Schrieb steht, die CDU und die SPD seien erfreut über die Maßnahmen der Besatzungsbehörden gegen die Kommunisten, so ist das das Erschütterndste, was ich je gelesen habe. (Zwischenruf: Dafür können wir nicht verantwortlich gemacht werden!) Ich spreche ja allgemein. Diese Sache läßt sich in ihrer politischen Tragweite nicht überbieten. Glauben Sie, daß dieser Polizeichef sein Amt unparteiisch führt? Nein! Hier wird eine Parteipolitik getrieben und die Parteipolitik ins Amt getragen. Ich sage Ihnen, stellen Sie sich das vor.

wenn die Behörden solche Machwerke zu Unterlagen ihrer Maßnahmen nehmen würden, würde dies bedeuten, daß es zu Maßnahmen kommen müßte, die für uns schwerwiegend sein könnten. Ich appelliere an den Herrn Innenminister, ich appelliere an die Besatzungsbehörde, diesen schändlichen Verleumdungen nicht ihr Ohr zu leihen und keinen Glauben zu schenken. Und an Sie, Herr Minister, habe ich den Wunsch, überwachen Sie die Polizeiorgane, daß sie das Instrument der schöpferischen Demokratie sind und bleiben.

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat Herr Staatsminister Steffan.

Staatsminister Steffan:

Meine Damen und Herren! Die Aussprache über den Etat des Innenministers war im allgemeinen getragen von hohem sittlichen Ernst. Ich spreche all denen, die der Beamenschaft im Lande Dank und Anerkennung zollten, auch noch meinen persönlichen Dank deshalb aus, weil es heute zu den Seltenheiten gehört, daß man denen, die die schwere Last mitunter bei manchmal unwürdigen Verhältnissen, schleppen müssen, wenig geneigt ist, im allgemeinen Dank und Anerkennung zuteil werden zu lassen.

Der Abgeordnete Dr. Christoffel hat gerade diese Tatsache herausgestellt und die Leistungsfähigkeit der Angestellten und Beamten deshalb unterstrichen, weil sie vielfach nicht Nutznießer der Gemeinschaftsküchen sein können, vielmehr angewiesen sind auf die geringe Zahl der Kalorien, mit denen es fast unmöglich ist, den Kampf um das Dasein überhaupt zu bestreiten. Soweit die Möglichkeit gegeben ist, Herr Abgeordneter Dr. Christoffel, diese Gemeinschaftsküchen auch draußen einzuführen, betrachte ich es als eine vornehme Aufgabe. Ihrem Wunsche nachzukommen, und ich bitte das Hohe Haus, wenn demnächst Mittel für diesen Zweck angefordert werden, dann die Anerkennung in der Bewilligung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe Ihnen bei früheren Anlässen gesagt, welche Gesetze in Vorbereitung bereits dem Ministerrat zugeleitet sind und demnächst Ihnen zur Beschlussfassung vorgelegt werden; das Beamtengesetz, das viele Fragen, die heute in der Debatte angeschnitten wurden, von selbst und automatisch regelt, das Selbstverwaltungsgesetz, das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege, alles Dinge, meine Damen und Herren, die ein unbedingtes Erfordernis sind, wenn ein geordnetes Arbeiten innerhalb der Verwaltung möglich sein soll. Daß diese Gesetze, wie ich sie vorlege, von dem Willen getragen sind, der Demokratie Rechnung zu tragen, brauche ich nicht besonders zu betonen. Sie werden sich also noch etwas gedulden müssen, und es wird dann, wenn Ihnen die Vorlagen zu Gesicht kommen, Ihre Aufgabe sein, mit tunlichster Beschleunigung zu arbeiten.

Die Frau Abgeordnete Dr. Fuehrer hat Kritik geübt an den Maßnahmen der Polizei im allgemeinen und an den Maßnahmen, die bei einer Razzia in Neustadt im besonderen am 20. Oktober ausgeführt wurden. Ich habe auf jene Angelegenheit, die schon einmal Gegenstand einer Kleinen Anfrage war, in der Drucksache III/37 geantwortet und habe damals ausgeführt, und ich unterstreiche und wiederhole es: Die dort vorgenommene Razzia war eine Angelegenheit der französischen Gendarmerie. Daß der deutsche Polizeibeamte, wenn er von der französischen Gendarmerie angefordert wird, den Dienst nicht verweigern darf und nicht verweigern kann, das brauche ich ja hier nicht besonders zu sagen. Aber das möchte ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, die von mir eingeleitete Unter-

suchung hat einwandfrei ergeben, daß die deutschen Polizeibeamten zunächst abwartend standen und dann nur auf Weisung der französischen Gendarmerie zur Festnahme schreiten mußten. Ich beklage es auf das tiefste, daß durch solche Anordnungen, zu denen die deutsche Polizei kommandiert wird und die sie oft widerwillig durchführen muß, das Ansehen der deutschen Polizei in den Augen der Öffentlichkeit herabgemindert wird. (Sehr richtig!) Der Polizeibeamte, den ich sozusagen aus dem Boden stampfen mußte, kann nicht gleich der fertige Polizeibeamte sein. Er wird, und ich habe es dieser Tage im Hauptausschuß zum Ausdruck gebracht, auf einer Schule mit all den in seinem Dienst vorkommenden Aufgaben vertraut gemacht. Er wird dort ausgebildet, er wird geprüft und nur derjenige, der die Prüfung besteht, wird die Möglichkeit haben, im Dienst der Polizei zu bleiben. Nun aber noch einmal jene Neustädter Razzia.

Meine Damen und Herren! Ich habe vor einigen Wochen in einer Zeitung gelesen, daß man Vorkommnisse beanstandete, die im Bahnhof von Koblenz anzutreffen waren und die das Mißfallen eines jeden anständigen Menschen herausfordern mußten. Da habe ich sofort Polizei eingesetzt und habe nicht erst gewartet, bis ich von irgendeiner anderen Stelle aufgefordert würde. Und ich habe, soweit es möglich war, unter den dortigen räumlich ungünstigen Verhältnissen den Überstand abgestellt. Es sind ja nicht nur Dirnen und Zuhälter, die ich dort dingfest gemacht oder verscheucht habe. Es waren auch Schwarz- und Schleichhändler, die an all diesen Plätzen sich ein Stelldichein geben. Wenn man ein Volk beurteilen würde nach diesen Begleiterscheinungen, dann wäre auch das rheinisch-pfälzische Volk auf einem sehr tiefen Niveau. Daß ich entschlossen bin, alle mir bekannt gewordenen Vorfälle nicht nur untersuchen zu lassen, sondern auch abzustellen, ich glaube, es hat sich in der Praxis herumgesprochen, daß ich da nicht lange zögere.

Ich weiß, Frau Abgeordnete Dr. Fuehrer, daß wirklich nur eine ganz geringe Zahl sittlich verkommener Frauenspersonen dort festgenommen werden konnte. Es ist ein erfreuliches Zeichen für das hohe sittliche Niveau, auf dem das Gros unserer Frauen in Rheinland-Pfalz noch immer steht. Aber ich beklage es, daß anständige Mädchen und Frauen sich der gleichen Behandlungsmethode unterziehen mußten, wie sie Straßendirnen gegenüber angebracht sind. (Sehr richtig!) Ich glaube aber, Frau Abgeordnete Dr. Fuehrer, meine Damen und Herren, daß Sie nach diesen Erklärungen gewillt sind, der deutschen Polizei, die dort ihre harte Pflicht tun mußte, Entlastung zuteil werden zu lassen.

Und dann zu dem Herrn Abgeordneten Bettgenhäuser. Er hat in seinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, es seien ihm Dinge bekannt geworden, daß Beamte nur deshalb nicht eingestellt oder befördert worden seien, weil sie Mitglied zufällig der Sozialdemokratischen Partei seien. Abgeordneter Bettgenhäuser, Sie werden mir die Einzelheiten sagen müssen, denn ich werde unter keinen Umständen dulden, daß jemand seiner politischen Einstellung wegen benachteiligt wird. Ich habe einen Erlaß herausgegeben, zu dem stehe ich bis zum letzten Buchstaben, daß ich es untersage, nach der politischen Einstellung eines Beamten oder Angestellten zu schnüffeln. Ich möchte nicht haben, daß in diesem Lande ein Stab von Beamten und Angestellten gezüchtet wird, der nur nach den Prinzipien der Heuchelei leben müßte, wie wir das im nazistischen Reich gesehen haben. Dort sind Menschen in die Partei gepreßt worden, hineingelaufen, die innerlich mit dem Nazismus gar nichts zu tun hatten, die

aber wußten, ihre Existenz steht auf dem Spiel, wenn sie nicht heucheln. Wir wollen einen aufrechten Stab von Angestellten und Beamten haben, (Beifall) Menschen, die an verantwortlicher Stelle ihre Pflicht zu tun entschlossen sind. (Sehr gut!) Wenn Sie mich nach dieser Richtung hin unterstützen, meine Damen und Herren, bin ich Ihnen dankbar.

Und nun zu dem Herrn Abgeordneten Steger. Herr Abgeordneter Steger! Sie haben die Polizei im besonderen Maße angegriffen. Sie haben gesagt, die Beziehungen zu gewissen politischen Parteien seien ausschlaggebend für die Einstellung im Polizeidienst, nicht die charakterliche und fachliche Eignung. Sie haben gesagt, man wünsche Ihrerseits das Berufsbeamtentum, das parteipolitisch unabhängig sei. Abgeordneter Steger! Sie kämen in eine große Verlegenheit, wenn Sie bei der Regierungsbildung Ministerialrat geworden wären, wie Sie es wollten. Sie wären es dann ja auch nur geworden auf Grund des Parteibuches und Sie müßten sich heute entschuldigen vor all denen, die Sie angreifen. Denn, daß Sie das wollten, werden Sie nicht bestreiten. Aber meine Damen und Herren! Wenn ein Abgeordneter dieses Hohen Hauses die Beamtenerschaft in ihrer Gesamtheit derartig deklariert, so ist das eine Angelegenheit, die ich auf das schärfste zurückweise. Ich habe diese Beamten und Angestellten angetroffen, als sie bereits zu neun Zehnteln im Dienste waren. Ich habe dort, wo ich auf Mißstände gestoßen bin, zur Entlassung schreiten müssen. Ich habe bei der Grenzpolizei 168 Mann entlassen, weil sie mir nicht fachlich und charakterlich geeignet schienen. Ich habe bei der anderen Polizei im gleichen Maße ansetzen müssen und habe mich nicht gescheut, weil ich da weder Parteirücksichten noch irgendwelche anderen Gründe als ein Hindernis angesehen habe. Ich lege Gewicht darauf, die ganze Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß nicht nur in der Polizei, sondern in der gesamten Verwaltung wertvolles Menschenmaterial anzutreffen und an der Arbeit ist. Und, Herr Abgeordneter Steger, nun sind Sie noch einmal auf den Fall zu sprechen gekommen, der früher schon Gegenstand der Erörterung war, auf den Fall des Polizeibeamten Rehn. So haben Sie ihn heute wieder genannt. Ich ergänze die Adresse, sie heißt Rehn in Gimbshheim. Sie haben auf meine Frage damals ausdrücklich bestätigt, daß Sie den Polizeibeamten Rehn im Auge haben. Ich bin daraufhin an die zuständige Polizeibehörde herangetreten und habe Vorlage der Akten gefordert. Es gibt in der gesamten Polizei in Rheinland-Pfalz nur einen Polizeibeamten Rehn, dessen Akten ich auf den Tisch des Hauses legte. Ich bin, nachdem der Herr Abgeordnete Steger vor einigen Wochen in seinem jetzigen Wohnort herumspazierte und erklärte, er werde den Innenminister demnächst im Landtag blamieren und ihm nachweisen, daß er dem Hohen Hause eine falsche Auskunft gegeben habe, erneut zur Prüfung der Angelegenheit geschritten und habe festgestellt, daß tatsächlich in diesem Lande noch ein Mann namens Rehn existiert, der das Unglück hatte, im Jahre 1933 bestraft worden zu sein, weil er bei Einbrüchen in Waffengeschäften sich Waffen verschaffen wollte, um der drohenden Gefahr, die durch die Machtergreifung des Faschismus in die nächste Nähe gerückt war, parieren zu können. Der Mann hat sich nachher mit seinen übrigen Komplizen damit verteidigt, daß er erklärte, er habe kriminelle Absichten gehabt, weil damals die Tatsache bereits feststand, daß derjenige, der zugibt, daß er sich in den Besitz von Waffen gesetzt habe, um gegen den Faschismus zu kämpfen, damit ein Opfer des Todes gewesen wäre. (Sehr richtig!) Er hat seine Strafe verbüßt, und ein Mitglied dieses Hohen Hauses

war damals in dem gleichen Zuchthaus und wird die Richtigkeit dieser Darstellung bestätigen müssen. Was aber ist er heute? Er trägt die Briefe auf der Bürgermeisterei in Gimbshheim aus, und er macht den Dienst eines Hilfsfeldschützen. Der frühere Landrat von Worms hat die Entlassung des Mannes wegen dieser Vorstrafe ohne mein Wissen gefordert, und da war die Gemeindeverwaltung Gimbshheim sozialer als einer, der heute über dem Manne den Stab brechen möchte, und hat in ihrer gesamten Zusammensetzung beschlossen, das Kündigungsverlangen des Landrats abzulehnen, den Mann also im Dienst zu belassen. (Beifall.) Daß man daraus der inneren Verwaltung einen Vorwurf machen könnte oder machen wollte, meine Damen und Herren, ich suche vergebens nach Gründen. Wir rufen die ganze Zeit nach der Selbstverwaltung. Und man hütet sich, man wehrt sich bei den leichtesten Anzeichen, die diese Selbstverwaltung vielleicht antasten könnten. Die Gemeindeverwaltung Gimbshheim hat auf Grund der ihr zustehenden Selbstverwaltung eine Entscheidung getroffen, die auch ich als der Innenminister, als die Kommunale Aufsichtsbehörde, durchaus respektiere. Dabei kommt mir das eine noch zu Hilfe: Ich will nicht haben, daß irgend einer, der unter den Nazigesetzen einmal hart bestraft wurde, bis an das Ende seines Lebens unter den Folgen dieser Strafe leiden soll. (Beifall.) Meine Herren von der demokratischen Fraktion! Ich habe immer festgestellt, daß Sie gegen das „Parteibuchbeamtentum“ dann schimpfen, wenn Sie nicht zum Zuge gekommen sind. (Lachen.) Wenn es möglich sein könnte, alle Landräte, Regierungspräsidenten usw. aus Ihrer Partei zu nehmen, dann wäre es nach Auffassung des Abgeordneten Steger durchaus in Ordnung.

Und nun zum Abgeordneten Müller! Ich bin erschüttert, ich will das ganz offen sagen, daß Sie hier den Fall Friebeis zur Sprache bringen ohne sich vorher die Mühe gemacht zu haben, einmal zu mir zu kommen. Meine Damen und Herren! Lassen Sie es sich ganz besonders gesagt sein: Ich werde es nie dulden, daß ein Gestapospitzel im Dienst der Polizei, überhaupt: im Dienst der inneren Verwaltung wäre. Ich muß die Angelegenheit untersuchen, und ich werde sie untersuchen, und ich werde bei der ersten Gelegenheit dem Haus davon Kenntnis geben, was nach dieser Richtung geschehen ist. Was Sie in bezug auf das Feuerlöschwesen gesagt haben, wird von mir in seiner Bedeutung unterstrichen. Ich habe gerade in diesen Tagen durch den zuständigen Referenten eine Verordnung herausgehen lassen, die alles das bereits berücksichtigt, was Sie wünschen. Ich hoffe, daß Ihnen damit Genüge getan ist.

Meine Damen und Herren! Ich habe das Ergebnis der Aussprache zusammengefaßt, soweit es positiv war, brauchte ich nicht darauf einzugehen. Ich danke jedenfalls all den Damen und Herren, die sich in positivem Sinne geäußert haben. Soweit es negativ war und mir wichtig schien, bin ich darauf eingegangen. Mein ganzes Tun von dem ersten Tage an, als ich Polizeipräsident und Regierungspräsident und Innenminister war, war stets geleitet von der Absicht, nach Recht und Gerechtigkeit zu handeln. Vor mir standen die unveräußerlichen Menschenrechte, nach denen ein Jeder das Recht hat, zum Leben, ein Jeder das Recht hat auf Freiheit und ein Jeder das Recht hat zum Streben nach Glück. In der Verfassung unseres Landes steht, daß der Staat die Aufgabe hat, die persönliche Freiheit und Selbständigkeit eines jeden Menschen zu schützen sowie das Wohlergehen des Einzelnen und der inneren staatlichen Gemeinschaften durch Herbeiführen des Gemeinwohles zu fördern. Diese Bestimmung und die

übrigen Bestimmungen unserer Verfassung sind für mich richtung- und ausschlaggebend. Ich werde nie gewillt sein, um eines Parteiinteresses willen von dem mir vorgeschriebenen Weg abzugehen. Ich bin entschlossen, unter Einsatz meiner ganzen Kraft der Allgemeinheit zu dienen und Arbeit zu leisten im Sinne des Neubaus unseres Landes, des Neubaus unserer Volksgemeinschaft. Auf dem Platz, auf dem ich stehe, lasse ich mich in erster Linie davon leiten, ein Vertrauensverhältnis zur Militärregierung herzustellen, um die zu bewältigende Arbeit um so erfolgreicher leisten zu können. Aber ich bin nicht der Angestellte einer Militärregierung, ich bin der Beauftragte unseres Volkes, und ich werde dort, wo es die Interessen unserer Bevölkerung fordern, dies der Militärregierung in offener Sprache sagen. Der Abgeordnete Dr. Christoffel hat gesagt: Unsere Polizei habe bei Aufdeckung von Wirtschaftsvergehen einen sehr erheblichen Eifer an den Tag gelegt, er vermisse diesen Eifer aber bei Kapitalverbrechen. Herr Abgeordneter Dr. Christoffel! Vielleicht genügen Ihnen folgende Zahlen: Wir haben 33 Morde in Rheinland-Pfalz gehabt. Da ist es der Polizei gelungen, in 25 Fällen den Täter zu ermitteln. Wir haben 26 Mordversuche gehabt. Da ist es der Polizei gelungen, in 23 Fällen den Täter zu ermitteln. Ich nehme an, daß Sie nach diesen Zahlen Ihre Auffassung, der Sie vorhin Ausdruck gaben, zu revidieren bereit sind.

Ich darf damit zum Schluß kommen. Ich danke Ihnen für die Kritik, die Sie erhoben haben. Ich könnte mir gar nicht vorstellen, daß ein lebendiges Leben unserer Gemeinschaft ohne Kritik möglich wäre. Ich erkenne die fruchtbringende Tätigkeit unserer Presse und des Rundfunks bei ihrer sachlichen Kritik ausdrücklich an. Wir leben in einer Demokratie, und in dieser Demokratie muß der freie Betätigungswillen eines jeden gewährleistet sein. Von diesem Recht glaube ich als Innenminister aber auch Gebrauch machen zu können. (Bravo!)

Abg. Steger:

Ich bitte ums Wort.

1. Vizepräsident Röhle:

Ich muß vorher fragen: Wird das Wort zur Sache gewünscht? Die Redezeit der Demokratischen Partei ist erschöpft. Herr Steger kann nur nachher zur persönlichen Bemerkung das Wort ergreifen.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Dann hat der Abgeordnete Steger das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, bis zu fünf Minuten.

Abg. Steger:

Meine Damen und Herren! Ich komme ebenfalls auf diesen Fall zurück. Ich habe diesen Fall lediglich als Begründung für einen Antrag gebracht. Ich habe Ihnen, Herr Innenminister, auf Ihren Wunsch den Namen des Mannes genannt. Wenn Sie eine Differenz vorgefunden haben, warum setzen Sie sich nicht mit mir in Verbindung und sagen, da stimmt etwas nicht? (Zuruf von Abg. Bögler: Sie greifen an!) Ich habe nicht angegriffen, ich habe etwas begründet. (Zuruf: Falsch begründet!) Hier in dem Protokoll steht Hilfspolizist und nicht Polizeidiener und Feldhüter. (Zuruf von Staatsminister Steffan: Sie haben gesagt: „Der Polizeibeamte.“) Was habe ich denn für eine Ahnung von diesen Unterschieden? (Lachen.) Der Mann übt polizeiliche Funktionen aus. (Zuruf: Wenn Sie keine Ahnung haben, reden Sie nicht davon!) Ich habe keine Lust, mich mit jedem einzelnen hier auseinanderzusetzen. Auf alle Fälle weiß ich: Es ist der Zweck dieser ganzen Art und Weise, mich zu diffamieren,

mich öffentlich lächerlich zu machen. In der Sache selbst habe ich recht. Dieser Mann steht im Dienst und ist verurteilt worden. (Zuruf: Warum? Sie müssen die Frage stellen: Warum?) Damit habe ich nichts zu tun. (Zuruf: Sie konnten nicht verurteilt werden, denn Sie waren nie ein Antifaschist.)

1. Vizepräsident Röhle:

Herr Abgeordneter Steger! Sie wollten eine persönliche Bemerkung machen. Darf ich Sie daran erinnern?

Abg. Steger (fortfahrend):

Man kann sich über diese Dinge verständigen. Wenn ich etwas gesagt habe und es stimmt etwas nicht, dann fällt auch einem Minister kein Stein aus der Krone, wenn er sagt: „Das stimmt nicht, wir wollen gemeinschaftlich suchen, wo die Differenz steckt.“ Ich habe den Namen nicht erwähnt. Ich habe das nur als Beispiel gesagt. Es liegt auch auf derselben Linie, wenn gesagt wird, ich hätte mich damals um eine Stelle als Ministerialrat bemüht. Das ist eine Lächerlichkeit. Kein Ministerialrat ist so frei wie ich, und ich tausche nicht die Stelle eines Ministerialrates ein gegen meinen freien Beruf. Merken Sie sich das. Auf derselben Linie liegt es ferner, wenn es heißt, ich wäre herumspaziert und hätte gesagt, ich wollte dem Innenminister etwas anhängen. Ich habe mich zu der ganzen Sache wochenlang überhaupt nicht geäußert. Ich lege gar keinen Wert darauf zu lesen, was in Ihrer Zeitung steht, werte Herren von der „Freiheit“. Ich lege aber Wert darauf, daß meine Fraktion keinen unverantwortlichen, leichtfertigen Schwätzer in den Reihen hat. (Zuruf: Scheint so zu sein!) Ich habe bisher nicht angegriffen sondern nur darauf hingewiesen, daß die ganze Entwicklung in einer ganz bestimmten Richtung zu gehen scheine. Das steht hier in meinem Konzept. Ich lege gar keinen Wert darauf, die Polizei selbst anzugreifen. Ich weiß, welch schweren Dienst diese Leute haben.

1. Vizepräsident Röhle:

Ihre Zeit ist abgelaufen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort Dr. Zimmer von der CDU.

Abg. Dr. Zimmer:

Die kleineren Parteien haben gestern und heute mehrfach geklagt, daß ihnen die Redezeit nach ihrer Auffassung über Gebühr beschränkt worden sei. Meine Fraktion legt Wert darauf, daß der Eindruck in jedem Fall, wenn er entstanden sein sollte, nicht weiter verbreitet werden darf, als ob in demokratischem Sinne eine Verkürzung der Redezeit eintreten müsse. Ich beantrage daher, daß wir erneut im Ältestenrat uns mit dieser Angelegenheit befassen, um die Lage nochmals unter diesem Gesichtspunkt zu überprüfen.

1. Vizepräsident Röhle:

Der Ältestenrat wird diesen Wunsch erfüllen und dazu Stellung nehmen.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Haushaltsplan des Ministeriums des Innern, Kap. 1 bis 3, 11 bis 18, 21 bis 22 und 27 bis 28 die Zustimmung geben will in zweiter Beratung, bitte ich die Hand hochzuheben. (Geschieht.) Ich danke. Bitte um die Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich schlage vor, daß wir eine kleine Pause einlegen. (Geschieht.)

2. Vizepräsident Weber (nach Wiedereröffnung):

Meine Damen und Herren! Wir setzen die Beratung fort. Wir kommen zu **Punkt 5 der Tagesordnung, Drucksache II/214 Haushaltsetat des Finanzministeriums.**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Heep.

Abg. Heep:

Meine Damen und Herren! Der Haushaltsplan des Finanzministeriums schließt mit einer Einnahme von 640 123 650 RM. und einer Ausgabe für fortd. Ausgaben in Höhe von 295 046 150 RM., so daß ein Überschuß von 344 295 600 RM. verbleibt. Dieser Überschuß aus den Steuern und sonstigen Einnahmen wird dazu verwandt, um den Gesamtetat abzudecken und darüber hinaus einen gewissen Betrag von ungefähr 65 Millionen in den Außerordentlichen Haushalt zu übernehmen.

Der Stellenplan sowohl für die planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, Angestellten und Arbeiter des Finanzministeriums ist im Ausschuß einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen worden, wobei sich ergeben hat, daß das Finanzministerium bestrebt ist, mit einer Mindestzahl von Personal auszukommen, wobei man berücksichtigen muß, daß gerade das Finanzministerium in der gegenwärtigen Zeit des Neuaufbaues aller staatlichen Behörden reichlich mit einer sehr verantwortungsvollen Arbeit bedacht ist. Auch die sonstigen Ansätze in Personal- und Sachausgaben sind durchaus angemessen und in Ihren Ansätzen als vorbildlich anzusehen, so daß bei dem Etat des Ministeriums selbst irgendwelche Erinnerungen nicht zu erheben sind. Die Ihnen vorgelegte Aufstellung der Einnahmen aus Besitz- und Verkehrssteuern, aus Zöllen und Verbrauchssteuern entsprechen im wesentlichen dem Aufkommen des Jahres 1946, in einzelnen Positionen verbessert um die Mehreinnahmen, die nach dem bisherigen Ergebnis im Rechnungsjahr 1947 bereits erzielt worden sind. Auch für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1948, für das der Hohen Hause vorgelegte Haushaltsplan gelten und bewilligt werden soll, ist anzunehmen, daß die jetzigen Ansätze noch eingehen werden, wenn nicht inzwischen durch die jederzeit mögliche Währungsreform ganz umstürzende Verhältnisse im Wirtschafts- und Finanzsektor eintreten werden. Für diesen Fall ist es verständlich, daß alsdann von der Landesregierung besondere Maßnahmen nach Zustimmung des Landtages angeordnet werden müssen, von denen jetzt schon zu sprechen nicht angebracht ist. Ob allerdings bei der zur Zeit zu beobachtenden Rückläufigkeit gewisser Wirtschaftszweige das Steueraufkommen für das ganze Jahr 1948 durchzuhalten ist, muß dahingestellt bleiben, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß in dem Aufkommen des Jahres 1946 und auch teilweise im Jahre 1947 Einzelposten aus früheren Jahren, also Nachzahlungen enthalten sind, die manchmal ganz erhebliche Beträge ausmachen.

Zu den Landwirtschaftsbeiträgen unter Titel 21 weise ich besonders darauf hin, daß es sich hierbei um die ehemaligen Reichsnährstandsbeiträge handelt, die auf Grund eines Präsidialerlasses auch jetzt noch über die Finanzämter erhoben werden. Dieser Betrag in Höhe von 3 000 000 RM. soll sobald als möglich den Landwirtschaftskammern übergeben werden zur eigenen Verwaltung und zur Förderung der Landwirtschaft, und zwar sind nach einer Auskunft des Herrn Finanzministers vorgesehen für die eigenen Bedürfnisse der

Kammern 600 000 RM. und für die Förderung der Viehzucht 600 000 RM., der übrige Betrag für die Verwaltung der Schulen, die gegenwärtig noch im Etat des Landwirtschaftsministeriums aufgeführt sind. Es ist zu wünschen, daß die Landwirtschaftskammern bald die Funktionen übernehmen, die ihnen nach ihrer Zweckbestimmung zukommen, die aber heute noch von den kommunalen und staatlichen Einrichtungen, insbesondere dem Landwirtschaftsministerium, wahrgenommen werden. In Kap. 4 finden Sie eine Anzahl von Posten, die regelmäßig eingingen, und zwar handelt es sich um Zinsen und Tilgungsbeträge aus früheren Reichs- und sonstigen Darlehen, die in der Vergangenheit gegeben und jetzt verhältnismäßig mühelos durch die Geldfülle zurückgezahlt werden. Ein Wort ist noch zu sagen zu Kap. 6, Titel 11: Einnahmen aus der Sammlung für Opfer des Faschismus. Es handelt sich hierbei um einen Restposten aus einer im Rheinland durchgeführten Sammlung. Dieser Betrag ist hier als Einnahme eingesetzt worden, soll aber seiner Zweckbestimmung entsprechend als Verstärkung des Ausgabenpostens bei Kap. 6, Titel 16, verwandt werden. Unter Kap. 4 Titel 1 der Schuldenverwaltung ist ein Betrag von 6 000 000 RM. allein für den Zinsendienst eingesetzt, für ausgegebene Schatzanweisungen und Wechsel. Für die Haftung des Landes aus der Anleihe von Bürgschaften und Garantien sind 3 000 000 RM. vorgesehen, die wohl unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden.

Für die Hochwasserschäden stehen unter Kap. 6 Titel 5 und 6 für die „Beseitigung außerordentlicher Notstände“ und zur „Verfügung der Staatsregierung für allgemeine Zwecke“ je 50 000 RM., insgesamt 100 000 RM. zur Verfügung, wobei es dahingestellt bleiben muß, ob dieser Betrag in Anbetracht der außerordentlichen Hochwasserschäden, die wir in den letzten Wochen erlitten haben, ausreichend sein wird.

An Subventionen finden Sie in Kap. 6 Titel 7 einen Betrag in Höhe von 74 000 000 RM. an „Saargrubenaktiengesellschaft“ zur Aufrechterhaltung des Kohlenpreises, wobei es sich mehr oder weniger um Ausgaben auf den vergangenen zwei Jahren handelt.

Ob in einem zukünftigen Haushalt ein derartig hoher Betrag für die Subventionen eingesetzt werden kann, ist fraglich. Die Subventionen für den Eisen-erzbergbau betragen 4 000 000 RM., für den sonstigen Bergbau 250 000 RM. Für die Rheinschiffahrt 12 000 000 RM. und für die Grubenholzindustrie 650 000 RM.

In Kap. 6, Titel 22, finden Sie die Übernahme des Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1945 in Höhe von 11 877 100 RM. Nach den bestehenden Haushaltsvorschriften muß in jedem Haushaltsplan der etwaige Fehlbetrag aus dem vorhergehenden Jahr eingesetzt werden.

In Kap. 6, Titel 21, finden Sie einen Betrag in Höhe von 15 435 210 RM. als Abführung an den außerordentlichen Haushalt. Dieser Betrag ist der eigentliche Haushaltsüberschuß, wie er nach Abdeckung sämtlicher Ausgaben des ordentlichen Haushalts übriggeblieben ist. Ich erinnere hierbei an die Ausführungen des Herrn Finanzministers in seiner Etatsrede bei Einbringung des Haushaltsplanes, wo er darauf aufmerksam gemacht hat, daß der gegenwärtige gesamte Haushalt eine Anzahl stiller Reserven enthält, insofern, als voraussichtlich die Einnahmen, insbesondere aus Steuern, sich im Rechnungsjahr 1947 um einen gewissen Betrag erhöhen werden, während andererseits auch die Ausgabenseite Reserven enthält, in dem eine gewisse Anzahl von Beträgen, die dort vorge-

schen sind, nicht in vollem Umfange in Anspruch genommen werden können, weil entweder das ursprünglich vorgesehene Personal nicht in vollem Umfange eingestellt worden ist, und, wie der Ihnen vorliegende Entwurf des Gesetzes über Festsetzung des Haushaltes für das Rechnungsjahr 1947/48 im § 5 vorsieht, nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herrn Finanzministers besetzt oder wieder besetzt werden darf. Auch die Ansätze für die sächlichen Ausgaben werden voraussichtlich nicht in vollem Umfange in Anspruch genommen werden können, weil es nicht genügend Ware gibt, sei es Baumaterial, Büromöbel, Schreibmaschinen und ähnliches, um die notwendigen Käufe, Ersatz- und Neubauten durchzuführen. Es ist also zu erwarten, daß diese Positionen von 15,5 Millionen als Abführung in den außerordentlichen Haushalt voraussichtlich sich um einen gewissen Betrag erhöhen werden. Endgültige Klarheit wird jedoch erst die Rechnungslegung bringen.

Besonderes Interesse verdienen die Ausgaben in Kap. 5 Titel 1-15. Es handelt sich da um den in diesem Haus und in der Öffentlichkeit so sehr unstrittenen Finanzausgleich. Die Beratung des Haushalts hat uns leider nicht die Möglichkeit gelassen, zwischendurch das Gesamtproblem des Finanzausgleichs zu regeln, denn es erscheint angebracht, hierzu die drei Organisationen, den Städtebund, den Landkreistag und den Landgemeindegtag gutachtlich zu hören, zumal diese aus ihrer eigenen Erfahrung heraus in der Lage sind, uns praktische Vorschläge für die etwaige Regelung des Finanzausgleichs zu machen. Der Finanzausgleich ist, das muß ohne weiteres zugegeben werden, in unserem Land nicht ganz einfach durchzuführen, denn die Zusammensetzung des Landes bringt uns aus der Vergangenheit ganz verschiedenartige Zustände. So waren die Verhältnisse in dem ehemals preußischen Gebiet anders als in der bayerischen Pfalz und anders als in Rheinhessen oder Hessen-Nassau. Es ist nicht ganz leicht, diese Verhältnisse auf einen Nenner zu bringen, zumal die Verwaltungsorganisation in den verschiedenen Gebieten recht verschieden war und auch heute noch ist, wie sie im Laufe der Beratungen der einzelnen Ministerien bereits ersehen haben. Ich bitte Sie, auch zu berücksichtigen, daß die zahlenmäßige Auswirkung dieses Ihnen vorgelegten Finanzausgleichs nicht ganz vollständig ist. Es gibt gewisse Gebiete, die sich finanzausgleichsmäßig auswirken, aber hier nicht bei Kap. 5, Titel 1-15, in Erscheinung treten. Ich erinnere Sie zum Beispiel an den Wegfall der Schulstellenbeiträge, an den Wegfall der Mittelschulklassen, die sich im Kultusetat auswirken, an den Wegfall der Polizeikosten, die sich durch die Verstaatlichung der Polizei ergeben und an die besonders im Etat des Wohlfahrtsministeriums enthaltenen Posten, die 75prozentige Übernahme der Kosten für die Evakuierten und an die 100prozentige Übernahme der Kosten für die Kriegsschädigten und Kriegerhinterbliebenen, die nach den neuerdings ergangenen Richtlinien auch im nördlichen Teil unseres Landes am 1. August als Gemeindelast in Wegfall kommen. Der Finanzausschuß war sich bei seiner Beratung wohl bewußt, daß es gewisse Schwierigkeiten macht, Ihnen zu empfehlen, die Ausgabe-posten des Kap. 5 zu bewilligen, obwohl es wahrscheinlich ist, daß durch das Finanzausgleichsgesetz, das dem Hohen Hause in den nächsten Tagen vorgelegt werden soll, gewisse Änderungen eintreten. Wir müssen dabei davon ausgehen, daß die hier vorgesehene Summe von rund 65 Millionen RM. ungefähr der Betrag ist, der für den Finanzausgleich zur Verfügung steht.

Zu Kap. 6, Titel 18, 19 und 20, „Subvention“ für die Grubenholzindustrie, für den Eisenerzbergbau und den sonstigen Bergbau ist zu bemerken, daß es sich hier um Beträge handelt, die dazu dienen, den augenblicklichen Preisstand aufrecht zu erhalten. Es ist gewiß, daß die Subventionspolitik nirgends Freunde hat, aber in unseren gegenwärtigen Verhältnisse liegt es nicht in unserer Macht, die Preise den tatsächlichen Kosten in dem Maße anzupassen, wie es notwendig wäre, um klare Verhältnisse zu schaffen. In anderen Zonen ist man andere Wege gegangen. Aber so, wie die Währungsverhältnisse momentan in Deutschland sind, ist für uns zur Zeit keine andere Möglichkeit gegeben. Unter Titel 23 hat der Ausschuß einen Betrag über 12 000 000 RM. zugesetzt, der als Subvention der Rheinschiffahrt durch die Besatzungsmacht angeordnet ist. Auch hier handelt es sich, wenn wir auch im einzelnen nicht wissen, wie dieser Betrag sich zusammensetzt, darum, die Frachtkosten für die Rheinschiffahrt anzugleichen. Die tatsächlichen Kosten, insbesondere für die holländischen Schiffe, sind zur Zeit wesentlich höher als die bewilligten Frachtraten, woraus sich die Notwendigkeit dieser Subvention ergibt.

Landesfinanzämter: Es ist unsere übereinstimmende Meinung, daß wir in unserem Land an sich nur ein Landesfinanzamt nötig haben, aber es ist der Wille der Militärregierung, daß zwei Landesfinanzämter bestehen sollen. Was den Stellenplan für die Landesfinanzämter und für die Finanzämter betrifft, so gilt das, was ich bei dem Stellenplan des Finanzministers bereits ausgeführt habe. Zu erwähnen ist nur noch, daß durch die Entnazifizierung die Arbeit der Finanzbehörden lange Zeit sehr gehemmt war, und daß erst in den letzten Monaten durch die Rückkehr von Finanzbeamten, die in Kriegsgefangenschaft waren, sich die Steuereingänge wesentlich erhöht haben. In der Vergangenheit war es überwiegend so, daß die Initiative zur Steuerzahlung bei den Steuerpflichtigen lag. Und es ist durchaus verständlich, daß diese, soweit sie nicht guten Willens gewesen sind, sehr bald das mangelnde Funktionieren der Finanzbehörden gemerkt und für sich ausgenutzt haben. Der jetzt in die Wege geleitete Prüfungsbetrieb wird in der Hinsicht eine Besserung bringen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein sehr wesentlicher Teil unseres Wirtschaftsverkehrs steuerlich nicht faßbar ist. Und zwar sind es die Schwarzhandelsgeschäfte, die außerhalb jeder Buchführung abgewickelt werden. Es ist notwendig, daß in all den Fällen, in denen Schwarzhandelsständer, aber auch andere Preissünder, von den staatlichen und kommunalen Stellen erfaßt werden, sie nicht nur einer gebührenden Bestrafung zugeführt werden, sondern daß sie auch den Finanzbehörden bekanntgegeben werden, damit diese die steuerlichen Konsequenzen ziehen.

Bei Kap. 14 - Militärbauperwaltung - handelt es sich um Personalkosten dieser Dienststellen, die als Nachfolger der früheren Heeresbauperwaltung die baulichen Arbeiten in den Kasernen und auf den Truppenübungsplätzen durchführen. Die sächlichen Ausgaben gehen zu Lasten der Besatzungskosten, während die persönlichen Ausgaben im ordentlichen Etat des Finanzministeriums erscheinen. Die Ausgaben zu Kap. 15 der Kassenverwaltung entsprechen den gegenwärtigen Bedürfnissen und dem tatsächlichen Verhältnis. Das Kassenwesen im Lande ist noch sehr vielfältig. Der Wunsch des Ausschusses ist, daß auch in dieser Hinsicht bald eine größere Einheitlichkeit Platz greifen solle, indem kleine Kassen aufgelöst und ihre Aufgaben den Regierungs- und Kreiskommunal- oder Stadtkassen übertragen werden. Die Badeverwaltung

in Bad Bertrich soll vom Rechnungshof überprüft werden, wie der Ausschuß es gewünscht hat. In Ems hat diese Prüfung bereits vor einigen Wochen stattgefunden und dabei hat sich sowohl eine Erhöhung der Einnahmen als auch eine Verminderung der Ausgaben ergeben. Das Landesamt und die Ämter für kontrollierte Vermögen sind Einrichtungen, die sich aus dem Gesetz 52 ergeben. Dort wird das ehemalige Vermögen des Reiches, insbesondere des Militäriskus, als auch das der Partei und einer großen Anzahl von Personen, die als belastet angesehen werden, verwaltet. Die Tätigkeit dieser Ämter ist in großem Umfang abhängig von den Direktiven der Militärregierung, insbesondere von den Direktiven der einzelnen Delegierten in den Kreisen. Der Ausschuß hat den Wunsch, daß die Stellenbesetzung, insbesondere der Amtsleiter und die Bestellung der Treuhänder für die unter Sequester gestellten Vermögen baldigst einer Prüfung unterzogen wird. Dies ist um so mehr nötig, als manchmal bei der Bestellung von Treuhändern und auch Amtsleitern Kräfte wirksam gewesen sind, die im Geiste einer sauberen Verwaltung ausgeschaltet werden müssen. Die Frage der Gebühren ist schon beim Etat des Innenministeriums kurz erwähnt worden. Der Rechnungshof hat über die verschiedene Höhe der verschiedenen Gebühren in den einzelnen Teilen der Verwaltung einen sehr eingehenden Bericht vorgelegt, der im Ausschuß besprochen worden ist. Es ist durchaus möglich, die verschiedenen Gebührensätze innerhalb des Landes Rheinland-Pfalz zu vereinheitlichen und auch auf gewissen Sektoren zu erhöhen. Es ist notwendig, daß gewisse Verwaltungen ihre Kosten selbst tragen. Ich erinnere an die Eichdirektion.

Die Frage der Ministerialzulage ist noch nicht einheitlich geregelt, obwohl sie im Ausschuß wiederholt besprochen worden ist. Es dreht sich darum, den Personenkreis näher zu umschreiben und eine gerechte Staffelung einzuführen. Der Herr Finanzminister hat die Zusage gegeben, in den nächsten Wochen eine entsprechende Regelung uns vorlegen zu wollen. Der Wunsch, die Ministerialzulage ganz wegfällen zu lassen, hat nicht die Zustimmung des Ausschusses erhalten, weil es nach seiner Ansicht notwendig ist, den tüchtigen Beamten, die zur Zeit draußen im Lande in einer vielleicht besseren Wohnung sitzen, wenn sie nach Koblenz in die Ministerien kommen, eine entsprechende Entschädigung zu geben.

Auch die Frage der Trennungsentchädigung finden Sie in jedem Etat wieder. In den verschiedenen Etats sind die hohen Kosten zum Teil auf die Entnazifizierung zurückzuführen, die in erheblichem Umfang Beamtenversetzungen vorgesehen hat, zum anderen Teil darauf, daß die Landesbehörden und die verschiedenen Bezirksregierungen neu aufgebaut werden müssen, und das Personal von auswärts herangezogen werden muß. Aus diesem Grunde war sich der Ausschuß bewußt, daß die außerordentlich hohen Kosten für die Trennungsentchädigungen herabgesetzt werden müssen. Der Finanzminister hat in den letzten Wochen mit der Herabsetzung dieser Entschädigung begonnen. Insbesondere die hohen Kosten aus dem Gebiet der Entnazifizierung müssen neu geregelt werden, denn jetzt bezahlt die Allgemeinheit noch einmal die Last, die sich aus der Entnazifizierung ergibt. Aber auch hier sind wir noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis gekommen. Der Ausschuß hat geglaubt, dafür sorgen zu müssen, daß die Trennungsentchädigungen so schnell als möglich dadurch gesenkt werden müssen, daß versetzte Angestellte sobald als möglich eine Wohnung an ihrem neuen Dienstort bekommen,

und den Herrn Minister ersucht, dafür zu sorgen, daß die Wohnungs- und sonstigen Behörden den versetzten Beamten und Angestellten so schnell als möglich eine Wohnung zuweisen, andererseits soll der versetzte Beamte verpflichtet sein, eine ihm zugewiesene Wohnung auch tatsächlich zu beziehen.

Auch die Frage der Dienstkraftwagen spielt in jedem Haushalt eine besondere Rolle. Der Ausschuß hat sich oft mit dieser Frage befaßt. Er beschloß einstimmig, die Landesregierung zu ersuchen, für alle Staatsbehörden genaue Bestimmungen zu treffen über a) Anschaffung, b) Einsatz, c) die laufende Überwachung der Kraftwagen unter dem Gesichtspunkt strengster Sparsamkeit. In entsprechender Weise soll auf die Kommunalbehörden eingewirkt werden. Der Ausschuß empfiehlt dem Hohen Hause, den Etat des Finanzministers in der Ihnen vorgelegten Form unter Berücksichtigung der Drucksache II 214 anzunehmen. Ich nehme die Gelegenheit wahr, dem Herrn Finanzminister für die sachliche und immer fördernde Mitarbeit im Ausschuß unseren besten Dank auszusprechen, besonders für die zielstrebige Art, mit der er immer wieder konsequent eine Senkung der Ausgaben, soweit es ohne Schädigung des sachlichen Inhalts der einzelnen Ministerialarbeit möglich ist, erstrebt hat. Gerade an der Mitarbeit des Herrn Finanzministers und seiner Referenten haben wir gesehen, wie wertvoll es für uns ist, in allen Verwaltungen sachlich eingestellte Fachleute zu haben, die die Dinge beherrschen und aus dieser Beherrschung der Dinge der Volksvertretung die entsprechenden Ratschläge und Anregungen zu geben. (Bravo und Beifall!)

2. Vizepräsident Weber:

Das Wort hat der Abgeordnete Hartmann (CDU). Es ist bekanntzugeben, das die Redezeit für die großen Parteien 30 Minuten und für die kleinen Parteien 15 Minuten beträgt.

Abg. Hartmann:

Meine Damen und Herren! Stellung zu nehmen zum Haushalt des Finanzministeriums ist wohl, möchte ich sagen, im Rahmen der gesamten Haushaltsberatung das Wichtigste, was überhaupt hier von uns als Vertreter des Volkes vorgetragen werden kann, weil gerade im Haushalt des Finanzministeriums sich die Gesamtsituation unserer Lage widerspiegelt, wie wir sie haben, und am besten finanziell charakterisiert und darlegt. Ich will nun beginnen, indem ich mich zuerst einmal etwas Interessantem zuwende, und das ist die Organisation innerhalb des Finanzministeriums. Was hier in diesem Spezialfall gilt, so möchte ich sagen, das gilt auch für alle anderen Ministerien. Ich kann mir nicht denken, daß eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem verantwortlichen Minister und seinem Stellvertreter, sei er Staatssekretär sei er Ministerialdirektor oder sei er in den kleineren Ministerien nur Ministerialdirigent, gegeben ist, wenn praktisch dieser ständige Vertreter nicht laufend über alles, was im Ministerium beraten wird, informiert und laufend mit seinem Chef, mit dem zuständigen Minister, über all die Dinge, die das Gesamtministerium angeht sich beschäftigt und letzten Endes selbstverständlich der Chef, das heißt der Herr Minister, die Entscheidung trifft, nach welcher Richtung nun in der und jener Sache zu verfahren ist. Ich gebe ausdrücklich namens meiner Partei dem Wunsch hier Ausdruck, daß in allen Ministerien diese Zusammenarbeit zwischen dem Chef und seinem ständigen Vertreter Platz greifen möge, damit wirklich für den Fall, daß der Chef nicht da ist, der ständige Vertreter auch

in der Lage ist, die Vertretung, das heißt das Amt des Ministers so weiterzuführen, als wäre der Chef selbst da.

Zum Haushalt des Ministeriums selbst ist an und für sich sehr wenig zu sagen. Der Berichterstatter hat Ihnen darüber schon das Erforderliche mitgeteilt. Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß hier wie auch bei allen anderen Ministerien dieselbe Sparsamkeit angewandt im Stellenplan, überhaupt in sämtlichen persönlichen und sächlichen Ansätzen, wie sie eben, ich möchte sagen, der Notlage unseres Landes entspricht. Eines, und das ist das, was ich hier noch hervorheben möchte, ist vielleicht den meisten Mitgliedern des Hohen Hauses durchgegangen, was wir jetzt, wenn wir das Haushaltsgesetz und damit die sämtlichen Haushalte annehmen und beschließen haben, daß wir damit die Landesarbeitsämter sowohl wie die Arbeitsämter aus dem Aufbau des Staatsapparates herausgelöst haben. Denn dieser Haushalt ist ein Sonderhaushalt, der nicht Bestandteil des Haushaltsgesetzes ist, und damit sind diese Behörden praktisch schon im Sinne des kürzlich gefaßten Beschlusses Selbstverwaltungskörperschaften, also Selbstverwaltungsbehörden dieser Körperschaften geworden. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam.

Bezüglich der Einnahmeseite des Finanzministeriums habe ich darauf hinzuweisen, daß einige kleine Abänderungen erfolgt sind. Bei der Körperschaftssteuer sind 7 Millionen Erhöhungen vorgenommen worden, bei der Vermögenssteuer 20, bei der Umsatzsteuer rund 25 Millionen. In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß die gesamte Steuer, die mit rund 500 Millionen RM. in Einnahmen nachgewiesen ist, unserer Zuständigkeit nicht unterliegt, sondern zur Zuständigkeit des Kontrollrats gehört. Aber hier möchte ich ausdrücklich feststellen, soweit im Lande die Finanzämter tätig sind, und aus Billigkeitsgründen bei Verrechnung bzw. bei Rückerstattung von Vorauszahlungen für Steuerarten letzten Endes auch hier wieder die einzelnen Behördenleiter, in letzter Instanz der Herr Finanzminister zuständig sind, um Ermäßigungen zu bewilligen. Bezüglich der vom Kontrollrat insgesamt gefaßten Beschlüsse auf Erhöhung, wir kennen sie ja alle, Lohnsteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer usw., möchte ich hier für unser Land Rheinland-Pfalz feststellen, daß das, was eigentlich nach den damaligen Verlautbarungen aus dem Kontrollrat heraus der Sinn dieser rigorosen Steuererhöhungen war, nicht erreicht worden ist. Man wollte damit in erster Linie den Geldüberhang abschöpfen, man wollte damit gewissermaßen die Decke etwas verkrüzen. In Wirklichkeit ist das in unserem Land aber nicht eingetreten. Ich werde das gleich auch insgesamt dartun, weil wir praktisch alles das, was durch diese erhöhten Steuern in unsere Landesfinanzkasse hineinfließt, wieder verausgaben. (Zuruf: Nicht nur das, sondern noch mehr!)

Dann möchte ich noch darauf hinweisen, daß in dem Gesamthaushalt die Haushaltspläne für Eisenbahn, Post und Rundfunk fehlen. Bezüglich der Eisenbahn nur ein Wort: Bekanntlich hat unser Land mit den beiden anderen Ländern der französischen Zone den bekannten Vertrag abgeschlossen, der vom Hohen Haus vor einigen Monaten angenommen worden ist, womit die Zuständigkeit hierfür für unser Land nicht mehr gegeben ist. Bezüglich der Post haben wir bisher noch nichts gehört, in wessen Hände diese Verwaltung in unserem Lande sich befindet, wer den Haushalt für unser Land aufstellt, und in welcher Form unser Land von den Überschüssen der Postverwaltung partizipiert. Bezüglich des Rundfunks hat der Haushaltsaus-

schuß sich mit der Landesregierung in Verbindung gesetzt, und am 16. Dezember schreibt der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr, daß von den Gesamteinnahmen des Rundfunks in unserem Land 65 v. H. an die Zentrale des Rundfunks in Baden-Baden abgeführt, die restlichen 35 v. H. für die Führung des Rundfunksenders Koblenz benötigt würden. (Hört, hört!) Dazu möchte ich eines feststellen, daß ich es als finanzpolitisch richtiger ansehen würde, wenn hier auch für den Rundfunk, wenn man ihn nicht, wie es früher war, gleich in seinen Einnahmen und Ausgaben bei der Postverwaltung führen und nachweisen will, ein eigener Haushalt aufgestellt werden müßte, der auch dem Hohen Haus zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen wäre. Vor allen Dingen möchte ich in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß durch die Verkoppelung bzw. den Anschluß in der Führung des Senders Koblenz als Filialsender von Baden-Baden hier die Eigenart und überhaupt die kulturellen Belange unseres Landes Rheinland-Pfalz nicht so im Sender Koblenz zum Durchbruch kommen, wie wir es alle lieber sähen. Auch die Unabhängigkeit wäre viel besser gewahrt, wenn nach der Richtung eine reinliche Scheidung eintreten könnte.

Bezüglich der Finanzzuweisungen und der Zuschüsse an die Gebietskörperschaften, die mit rund 65 Millionen vorgesehen sind, hat bereits der Berichterstatter darauf hingewiesen, daß die Frage des Finanzausgleichs in keiner Weise geregelt ist, daß der bekannte Erlaß, der heute morgen schon bei Beratung des Innenetats berührt wurde, vom 19. August 1947, in keiner Weise den Gemeinden recht ist und auch in keiner Weise von den Parteien als eiserner Bestand in dieses Haushaltsgesetz aufgenommen wird. Der Haushalts- und Finanzausschuß hat deshalb in seiner letzten Sitzung in der vorigen Woche ausdrücklich darauf bestanden, hierüber seitens des Herrn Finanzministers eine bindende Erklärung zu erhalten, die ihm nun auch geworden ist dergestalt, daß längstens Mitte Februar ein Gesetz über den Finanzausgleich dem Hohen Haus zugeleitet würde, und daß dann über all die Fragen, die mit dem Finanzausgleich zusammenhängen endgültig erst gesprochen werden soll. In diesem Zusammenhang möchte ich, um hier ein ganz falsches Bild, das sich da und dort ergeben hat, zu berichtigen, auf folgendes hinweisen: es betrifft die Rücklagen der kommunalen Institutionen, Gemeinden, Städte und Kreise. Wenn da gesagt wird, ja, die Gemeinden haben Reserven, während das Land praktisch Anleihen aufnehmen muß, ist das eine Finanzgestaltung, die nicht geduldet werden kann, das Land soll den Gemeinden noch Finanzzuweisungen geben und die Gemeinden haben auf der anderen Seite noch Rücklagen. Hier kurz zwei Zahlen: Greifbare Rücklagen am 1. Januar 1946 94,9 Millionen, am 31. Mai 1947 95,0 Millionen. Nichtgreifbare Rücklagen am 1. Januar 1946 77,6 Millionen, am 31. Mai 1947 79,4 Millionen. Das sind Rücklagen, wenn sie ihnen draußen im Lande nachgehen in ihren Gemeinden, Städten und Kreisen, die seit der Währungsstabilisierung am 20. November 1923 allmählich angesammelt sind und sich verteilen in die verschiedenen Aufgabengebiete, die von den Gemeinden, Städten und Kreisen zu erfüllen sind. Diese Rücklagen kann man nun unter keinen Umständen, da sie zum größten Teil zweckgebunden sind, angreifen, um jetzt laufende Bedürfnisse der Gemeinden, Städte und Kreise zu decken.

Bezüglich der vorgesehenen Ausgaben unter Titel 3, Bedarfszuweisungen an die Gemeinden und Landkreise möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß hier von uns in erster Linie gewünscht wird, daß die zer-

störten Städte und vor allen Dingen auch die sehr schwer betroffenen Grenzlandgebiete in der Eifel, an der Saargrenze wie auch in der Pfalz bei der Ausschüttung berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang überhaupt ein Wort, was auch bereits im Finanzausschuß gesagt worden ist: es ist erforderlich, daß für all die Mittel, die in den verschiedenen Haushaltsplänen der Minister vorgesehen sind, für Beihilfen aller Art Richtlinien in Verbindung mit den zuständigen Fachausschüssen, in diesem Fall mit dem Finanzausschuß, aufgestellt, bzw. Grundsätze festgelegt werden, nach denen diese Mittel ausgeschüttet werden, so daß nicht die Deputation, die jetzt am lautesten schreit und zuerst kommt, den Rahm abschöpft und die, die zuletzt kommen, nichts kriegen.

Bei Kapitel 6 finden Sie die 74 Millionen Zuschüsse an die Saargruben A.-G. zur Stützung und Aufrechterhaltung des Kohlenpreises. Ich weise darauf hin, daß der Gesamthaushalt des Innenministeriums mit der gesamten Landespolizei 47 Millionen, der des Kultusministeriums mit dem gesamten Volksschulwesen 80,5 Millionen ausmacht. Daraus ersehen Sie in diesem Posten die Reaktion zu diesem Haushaltgesetz. Was es mit diesem Posten auf sich hat, auch darüber müßte einmal eingehend nachgewiesen werden, in welcher Form und in welcher Höhe Gegenlieferungen aus der Saar unserem Land Rheinland-Pfalz zugute kommen.

Bezüglich der Landesfinanzämter ist noch zu sagen, daß es der Wunsch des Ausschusses war, und auch der Wunsch meiner Fraktion ist, daß nur ein Landesfinanzamt besteht. Dies kommt aber auch in den Bemerkungen der Französischen Militärregierung zum Haushalt zum Ausdruck, worin ausdrücklich steht: „gleichfalls ist das Nebeneinanderbestehen von zwei Landesgerichten, zwei Landesarbeitsämtern usw. unvermeidbar.“ Es ist also umgekehrt, wie es eben vom Berichterstatter dargestellt wurde. Die Militärregierung hat in ihrem Exposé die Vereinheitlichung gewünscht. Deshalb müßte man unbedingt dazu kommen, daß die Zusammenlegung auch erfolgt. Bezüglich der Finanzämter hätten wir den Wunsch, daß im Zuge der Verwaltungsreform die Neueinrichtung von Finanzämtern bzw. die Verlegung von Finanzämtern, die man nicht vom grünen Tisch aus ohne weiteres machen kann, beraten und ins Auge gefaßt wird. Dasselbe gilt bezüglich der Zusammenlegung der Militärbauverwaltung mit der staatlichen Hochbauverwaltung. Wir sehen nicht ein, daß hier beim Finanzministerium noch eine besondere Militärbauverwaltung unterhalten werden muß, während beim Wiederaufbauministerium bereits Hochbauämter über das Land verteilt sind bzw. Staatsbauämter bestehen. Die Arbeit könnte zusammengelegt werden. Eine Ersparnis ergäbe sich auch da.

Für die Kassenverwaltung gilt dasselbe.

Im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums finden Sie Positionen wie Domänenrentmeister usw. Auch dort müßte eine Zusammenlegung mit bestehenden Regierungskassen im Lande durchgeführt werden, so daß diese Spezialdomänen-Rentmeisterposten nicht mehr zu bestehen brauchten.

Bezüglich der Bäderverwaltungen, Bad Bertrich und Bad Ems ist festzustellen, daß wir gerade in unserem Land, abgesehen davon, daß wir eine intensive Förderung unserer Landwirtschaft vornehmen müssen, in Zukunft stärkstens wieder darauf angewiesen sein werden, daß die Fremdenindustrie am Rhein und vor allen Dingen in seinen Staatsbädern gefördert wird. Deshalb unbedingt der Wunsch meiner Fraktion, den beiden Staatsbädern, Bad Ems und Bad Bertrich, mög-

lichst das zu geben, was zur Wiedereinrichtung erforderlich ist, damit möglichst bald wieder der Fremdenstrom auch in die Staatsbäder sich ergießt.

Bei dem Kapitel Ruhestandsbeamte möchte ich ausdrücklich wünschen, daß man irgendwie auch an die Ruhestandsbeamten, die sich in unserem Land befinden und früher von kommunalen Versorgungskassen betreut wurden und jetzt durch die Länder und Zonen betreut werden und die zur Zeit auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind, während die Staatspensionäre aus anderen Zonen in unserem Lande Pensionen erhalten, entsprechend behandelt werden.

Beim Landesamt für kontrollierte Vermögen möchte die Regierung von uns aus gesehen prüfen, ob hier nicht die Zusammenlegung bzw. die Eingliederung der Ämter für kontrollierte Vermögen als Abteilung im Lande an die Finanzämter möglich ist.

Insgesamt möchte ich Ihnen noch sagen, von den Gesamtausgaben von 710 Millionen RM., darin 65,4 Millionen RM. Abführung an den außerordentlichen Haushalt sind rund 170 Millionen RM. Lasten des verlorenen Krieges bzw. der Naziherrschaft. Praktisch diese Kosten in Abzug gebracht, sieht also, wenn man den Haushalt Einnahme gegen Ausgabe vergleicht, die Sache so aus, daß der ordentliche Haushalt mit 235,7 Millionen RM. Überschuß abschließt. Auf Besatzungskosten und dergleichen wird beim außerordentlichen Haushalt zurückzukommen sein. (Bravo!)

2. Vizepräsident Weber:

Der Abgeordnete Rörig von der SPD. hat das Wort.

Abg. Rörig:

Meine Damen und Herren! Der Einzelplan IV des Finanzministeriums, der heute zur Beratung steht, unterscheidet sich dem Wesen und der Art nach erheblich von den Einzelplänen, über die bisher hier gesprochen worden ist. Er unterscheidet sich darum von ihnen, weil es sich bei den anderen Ministerien jedesmal irgendwie um eine Spezialaufgabe der gesamten Staatsregierung handelt, dagegen ist dem Finanzministerium die Aufgabe gestellt, für die Finanzierung der übrigen Ministerien zu sorgen. Die übrigen Minister wenden sich in ihren Tätigkeitsbereichen gewissermaßen an den lebendigen Menschen, jeder in einer anderen Art. Der Finanzminister aber wendet sich an den wirtschaftenden Menschen, an den homo oeconomicus, und dieser homo oeconomicus liegt zur Zeit im Krankenbett. Die Beratungen des Haushaltes am gestrigen Tage dürften das zur Genüge dargetan haben. Zum mindesten ist in der Wirtschaft insgesamt sowohl wie auch bei den einzelnen wirtschaftenden Menschen eine solche große Fülle von Begriffsverwirrungen entstanden, daß es für den Finanzminister unendlich schwer ist, da nun ordnend und klärend einzugreifen. (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß es leichter und angenehmer ist, eine klare, dafür aber sehr schwierige Aufgabe auszuführen, als in gänzlich ungeklärten Verhältnissen Arbeiten verrichten zu müssen, die, was in ihrem Wesen liegt, niemals zu einem befriedigenden, klaren Ergebnis führen können. In dieser Lage ist zur Zeit unser Finanzministerium. Unsere Wirtschaft ist krank. Unsere Produktion funktioniert nicht. Handel und Verkehr stocken. Vor allen Dingen auf dem Geldmarkt und auf dem Kapitalmarkt ist eine völlige Verwirrung eingetreten. Und durch gewisse Begleiterscheinungen der Währungsreform im Saargebiet ist die Klarheit auf dem Geldmarkt nicht gerade größer geworden. Wenn man zum Beispiel hört, daß Bewohner des

Saargebietes ungeheure Mengen von Geld, die sie aus guten und begreiflichen Gründen dort dem Finanzamt verschwiegen, nunmehr in das Gebiet Rheinland-Pfalz hineinpumpen und so auf der einen Seite die Gelddecke verlängern, auf der anderen Seite aber demgegenüber den Warenvorrat entsprechend vermindern, so dient dieser Zustand nicht gerade zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Situation. Wenn man das alles bedenkt, meine Damen und Herren, wenn man diese Schwierigkeiten bedenkt, die der Herr Finanzminister hat, wenn er versuchen will, ein Wort des bekannten großen französischen Finanztheoretikers und Lehrers Ludwigs XIV., de la Mothe le Vayer, zur Wirkung zu bringen, wonach derjenige, der die Finanzen eines Staates zu führen hat, den Staat vergleichen soll mit einem Schiff, das er beladen muß, und dann darauf zu achten hat, daß beide Seiten gleichmäßig beladen werden, damit nicht, wenn das Schiff in einen Sturm kommt, der Sturm dieses verkehrt geladene Schiff umwirft, dann begreift man, daß ein Finanzminister, der sich solche Gedanken machen muß, vor großen Aufgaben steht. Er steht vor umso größeren Schwierigkeiten, als ja der Apparat, der zur Verfügung steht, keineswegs den Erfordernissen entspricht. Auch bei den Finanzämtern, bei den Landesfinanzämtern, im Zolldienst macht sich derselbe Mangel bemerkbar, über den schon bei so manchem Ministerium an dieser Stelle geklagt worden ist, nämlich die Unterbesetzung der Stellen bei gleichzeitiger Überbesetzung mit Arbeit. Umso mehr haben wir Grund, den Beamten der Finanzämter, überhaupt der Finanzverwaltung auch hier den Dank für ihre Tätigkeit auszusprechen. (Bravo.) Wir suchen natürlich immer wieder dann, wenn wir Schwierigkeiten haben, nach einem Ausweg aus diesen Schwierigkeiten. Der Ausweg aus der Schwierigkeit unserer wirtschaftlichen Situation, aus der Schwierigkeit unserer finanzpolitischen Situation liegt, das weiß jeder auf der Straße, man kann es täglich immer wieder hören, in der Währungsreform. Ich glaube, nicht nur meine Fraktion, sondern alle wünschen, daß diese Währungsreform in diesem Jahre 1948, und zwar recht bald in diesem Jahre kommen möge. Aber wir müssen einiges bedenken: eine Währungsreform ist ja zunächst einmal nur ein Experiment, und wir hoffen, daß es nicht bei diesem Experiment bleibt, sondern daß aus dieser Währungsreform eine wahre Währungsstabilisierung wird. Wir haben es oftmals erlebt, wir haben es auch in Italien erlebt, daß mit der Währungsreform die Angelegenheit noch lange nicht erledigt war, sondern daß weitere Abwertungen nach der Reform folgten, bis endlich ein einigermaßen erquicklicher Zustand sich herausgebildet hatte. Meine Fraktion wünscht insbesondere in Hinsicht auf die kommende Währungsreform, auf die wir zwar keinen Einfluß haben, zu der wir aber unsere Meinung sagen dürfen, daß bei dieser Währungsreform vermieden wird, daß wieder wie bei der Währungsreform 1923/24 diejenigen die Geschädigten sind, die als kleine Sparer dem Staate ihre Mittel gegeben haben, daß vielmehr eine Regelung gefunden wird, in der auch das gebundene Vermögen, das festgelegte Vermögen und insbesondere das Vermögen derer, die jetzt als Verdienner in unserer Notzeit es verstanden haben, ihre Schwarzhandelsverdienste etwa in Sachwerten zu retten, entsprechend herangezogen wird. Der Finanzminister hat die Ausgaben, die von anderen Ministerien getätigt werden, und natürlich auch die in seinem eigenen Ministerium entstehenden, zu decken durch seine Einnahmen. In unserem Haushalt haben wir von den Gesamtausgaben 12 v. H. gedeckt durch Einnahmen. Die übrigen 88 v. H. der Ausgaben müssen gedeckt werden aus Steuer-

und Verbrauchsabgaben. Wir sind leider in unserem Lande Rheinland-Pfalz nicht in der glücklichen Lage, wie einige Staaten Deutschlands, die 40 v. H. ihrer Staatsausgaben durch die Branntweinsteuer decken können. Wir sind leider nicht in der Lage, soviel Kartoffeln in Branntwein umwandeln zu können, um auf diese Weise als angenehme Nebenerscheinung eine günstige Finanzierung der Staatsausgaben zu erreichen. Aus diesem Grunde macht sich bei uns die Steuerlast besonders hart und drückend bemerkbar. Wer nun geglaubt hat, daß durch die kürzlich erscheinene Neuregelung von Seiten des Kontrollrates eine Erleichterung zu erwarten wäre, ist bitter enttäuscht worden, denn es ist wenigstens für einen kleinen Sektor sogar eine Erhöhung eingetreten. Betrachten wir uns einmal die Quellen, aus denen unsere Staatseinnahmen fließen, etwas näher. Seit Turgot und den Physiokraten tobt in der wissenschaftlichen Welt ein heftiger Streit um die Frage der direkten und indirekten Steuer, und dieser rein theoretische Streit ist auch so manches Mal in der politischen Debatte ausgetragen worden. Dieser finanzpolitische Streit war besonders heftig seiner Zeit, als die Kämpfe um die erzbergische Finanzreform in Deutschland ausgefochten wurden. Meine Damen und Herren! Dieser Streit ist in der Theorie vielleicht zum mindesten zum Teil überwunden, nachdem die Wissenschaft festgestellt hat, daß letzten Endes jede Steuer mindestens teilweise überwältigt werden kann, das heißt, daß der in Anspruch genommene Zensit in der Lage ist, die Steuerlast weiterzuwälzen. Dieser ganze Streit hat praktisch im Bild unseres Haushaltsplanes seinen Niederschlag gefunden durch die Aufstellung der Ausgaben auf der einen Seite zusammengefaßt als Besitz- und Verkehrssteuern und auf der anderen Seite als Zölle und Verbrauchsabgaben. Ich möchte dazu bemerken: Wer nun glaubt, daß es sich bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben, die in unserem Haushaltsplan mit 128 422 850 RM. verzeichnet sind, um die einzigen indirekten Steuern handelt, ist im Irrtum, denn zu den indirekten Steuern gehört ja auch der sehr beachtliche Posten von 70 925 000 RM. Umsatzsteuer, der unter Besitz- und Verkehrssteuern zu finden ist. Und wer weiter diesen Unterschied macht zwischen indirekten und direkten Steuern, um damit die Belastung der verschiedenen Volksgruppen darzulegen, nämlich darzulegen, daß durch indirekte Steuern der schaffende Mensch, durch direkte Steuern aber der Besitzende getroffen wird, dem möchte ich zur Korrektur sagen, daß man dann noch die Lohnsteuer in Höhe von 94 185 000 RM. aus Besitz- und Verkehrssteuern herausnehmen und den anderen Steuerarten zurechnen muß. Wir kommen auf diese Weise zu einer Berechnung, die besagt, daß 50 v. H. - es sind sogar über 50 v. H. - des gesamten Einkommens an Steuern- und Verbrauchsabgaben von der schaffenden Bevölkerung getragen werden. Und nun eine interessante Betrachtung: Im Lohnsteuerabzug, in dem Produkt, das mit der indirekten Steuer belastet ist, holt man den letzten Pfennig heraus, und in der anderen Hälfte müssen wir sehen, daß ungeheure Beträge in unserer Wirtschaft ständig vereinnahmt und umgesetzt werden im Schwarzgeschäft, die kein Finanzamt zu sehen bekommt. Meine Damen und Herren! Wer das Kunststück fertigbringt, diese Beträge herauszuholen, diese Beträge den Finanzämtern zuzuführen, hat das Problem gelöst, unser großes Loch im außerordentlichen Haushalt nicht nur zu stopfen, sondern darüber hinaus noch eine ganze Menge Geld übrigzubehalten. Meine Damen und Herren! Die SPD. ist der Meinung, daß man über diese Dinge zunächst zwar nur theoretisch

reden kann, daß aber nach erfolgter Währungsstabilisierung auch einmal praktisch darüber gesprochen werden muß. Dann muß festgestellt werden, wer denn eigentlich die Steuer bezahlen soll. Wir vertreten den Standpunkt: es ist jedes Staatsbürgers unwürdig, sich von der Steuerzahlung überhaupt drücken zu wollen. In demselben Maße, in dem der arbeitende Mensch verlangt, daß er als Staatsbürger an der Regelung der Staatsgeschäfte beteiligt wird, in demselben Maße zeigt er seine Bereitschaft, Steuern zu zahlen. Es ist übrigens, sagen wir einmal in der Finanzpsychologie, nicht ganz uninteressant, daß die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, bei allen Menschen wächst mit der Bejahung der Frage, ob dieser Staat von den betreffenden Menschen als ihr Staat betrachtet wird. (Sehr gut!) Wir werden aber auch eine Lösung finden müssen, eine Lösung im Sinne einer sozialistischen Auffassung, daß wir endlich dazu kommen vorweg, bevor man an die Besteuerung des Arbeitseinkommens, an die Besteuerung des bäuerlichen Einkommens, an die Besteuerung des Einkommens des Handwerkers herangeht, vorweg die großen volkswirtschaftlichen Rentengewinne restlos wegzusteuern, denn diese sind weder das Ergebnis von Arbeit, noch von vorgetaner Arbeit, nämlich Kapital. Sie sind unverdientes Einkommen, sie gehören nicht dem, der sie einsteckt, sondern der Allgemeinheit, und sie sollen, solange nicht vernünftige Sozialisierungsbestimmungen die Quellen dieser Einkommen an den Staat gezogen haben, zum mindesten im Wege der Besteuerung weggezogen werden. Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Worte zum Finanzausgleich sagen. Es ist nicht allein der Staat, der Aufgaben zu erfüllen hat. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben ihre Selbstverwaltungsaufgaben, sie haben daraus ihre Verpflichtungen und sie haben dafür ihre Gelder aufzubringen. Es ist darum die Meinung meiner Fraktion, daß man die Steuerhoheit dieser Gemeinden für ihre Selbstverwaltungsaufgaben wieder herstellen soll. Es ist aber weiter die Meinung meiner Fraktion, daß über diese Selbstverwaltungsaufgaben hinaus unsere Gemeinden in immer wachsendem Maße Aufgaben des Staates dazu erfüllen. Die sogenannten Auftragsangelegenheiten des Staates haben gerade in der Nachkriegszeit ein solches Ausmaß angenommen, daß man bei einer Amtsbürgermeisterei, von der ich zufällig von Berufswegen Bescheid weiß, ungefähr mit einer Verdoppelung des Personals rechnen kann. Diese Hälfte des Personals, die hinzugekommen ist, geht nur auf Kosten der Staatsauftragsangelegenheiten. Da ist es nicht mehr wie recht und billig, daß der Staat die Konsequenzen zieht und entsprechende Zuweisungen macht, und daß endlich aufgehört wird, davon zu reden, daß die Gemeinden reich wären und Vermögen hätten. Viele Gemeinden sind bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gekommen, ja sogar noch weit darüber hinaus, und viele Gemeinden haben schon Substanz verzehrt. Wir haben im Haushaltsplan einen Posten verzeichnet, eine außerordentliche Notstandsbeihilfe in Höhe von 50 000 RM. Meine Damen und Herren, ich erlaube mir, kritisch zu bemerken, daß ich nicht glaube, daß das Finanzministerium in diesem Jahre mit diesem Posten auskommen wird. Wenn wir an die Hochwasserkatastrophe denken und an all die Schäden, die entstanden sind, so ist dieser Posten von 50 000 RM. eine geradezu lächerliche Summe. Ich gebe aber auch zu bedenken, ob es nicht in künftigen Haushaltsplänen notwendig sein wird, von vornherein größere Summen für diesen Posten auszuwerfen, zumal der Verdacht besteht, daß durch die Abholzung unserer Wälder solche Hochwasserkatastrophen in künftigen Jahren sich in noch ganz anderen Ausmaßen ereignen werden. Es steht

eine ganze Reihe von Posten als Subventionen in unserem Haushalt. Meine Damen und Herren! Zu diesem Posten wäre zu sagen, daß man in der Bizone dazu übergegangen ist, solche Subventionen durch Preiserhöhungen überflüssig zu machen, und es ist, wenn wir schon die berechtigte Hoffnung haben, in abschbarer Zeit in die Bizone als Mitglied der Trizone eingegliedert zu werden, damit zu rechnen, daß dann auch bei uns diese Frage entsprechend geregelt wird. Wir sind allerdings der Meinung, daß solche Preiserhöhungen - denn es wird sich zum großen Teil um politische Preise handeln - gleichzeitig Lohnerhöhungen nach sich ziehen können. Es ist sowohl von dem Herrn Berichterstatter als auch von dem Herrn Kollegen Hartmann dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, daß die beiden Landesfinanzämter, die wir zur Zeit noch haben, durch ein einziges Landesfinanzamt ersetzt werden. Ich schließe mich auch im Namen meiner Fraktion im vollen Umfange diesem Wunsche an und hoffe, daß diejenigen Stellen, die zur Zeit noch der Verwirklichung dieses Wunsches entgegenstehen, sich ein Anderes überlegen werden. In bezug auf die Badeverwaltung in Bad Ems gebe ich meine Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Unstimmigkeiten, die zwischen der Badeverwaltung in Bad Ems auf der einen Seite und unserer Forstverwaltung auf der anderen Seite eine zeitlang bestanden, nunmehr durch ein glücklich geschlossenes Kompromiß ihre Bereinigung gefunden haben. Es ist richtig, wenn von dem Herrn Abg. Hartmann gesagt wird, man müsse alles tun, damit der Fremdenverkehr belebt wird, damit unser Land, unsere Wirtschaft und letzten Endes unsere Finanzwirtschaft bessere Einnahmen hat. Es ist aber auch richtig, wenn das Landwirtschaftsministerium sagt: Wir müssen in dieser schweren Zeit jede freie Fläche bepflanzen. Es ist begrüßenswert, dieses Kompromiß: Daß ein Teil des Golfplatzes freigegeben wird für die Pflanzung, aber trotzdem soviel übrig bleibt, daß sich dieser Golfplatz noch in der internationalen Bäderwelt sehen lassen kann. Dann haben wir einen kleinen Mineralbrunnen in Geilnau, für den wir aber nichts einnehmen. Es soll sich nach der Schilderung eines Freundes aus dem Haushalts- und Finanzausschuß hier um ein kleines Röhrchen handeln, daß, in Mauerwerk eingefaßt, ein heilkräftiges Wasser spendet, und dabei soll ein Mann sitzen, der jährlich so und soviel bekommt, um aufzupassen, daß keiner aus dem Röhrchen sich etwas wegnimmt. Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, daß wir diese Erinnerung an die seelige Herzoglich-Nassauische Regierungstätigkeit nach erfolgter Währungsstabilisierung an den Meistbietenden verkaufen. Meine Damen und Herren! Es ist vorhin gesagt worden, unser Finanzminister und unser Finanzministerium verdienten Lob. Wenn man nun im Haushalts- und Finanzausschuß gesessen und gesehen hat, wie unser Finanzminister sich immer wieder vorweg als Sparkommissar betätigt und darauf geachtet hat, daß nicht zuviel ausgegeben wird, so weiß man, daß unseren Finanzminister nicht die Schuld trifft, wenn irgendwie für einen Posten zuviel ausgegeben worden ist. Meine Damen und Herren! Die Aufgabe unseres Finanzministeriums wird sehr viel schwieriger sein, wenn die Währungsstabilisierung da ist. Dann wird unser Finanzminister die Wahrheit des englischen Sprichwortes merken an seiner eigenen Person: „To tax and to please is not givem to men!“ - „Steuern aufzuerlegen und gleichzeitig zu gefallen, daß ist zuviel für einen.“ Aber wir haben das Vertrauen, daß er auch dieser schweren Aufgabe gewachsen sein wird, daß er uns hilft, auch auf dem finanzpolitischen Sektor unser großes Ideal zu verwirklichen, das wir als sozialdemokratische Partei auch für Rhein-

land-Pfalz uns vorgenommen haben, das Ideal: Wir möchten aus diesem Land ein Land der zufriedenen kleinen Leute machen. (Bravo und Beifall.)

1. Vizepräsident Röhle:

Meine Damen und Herren! Wir lassen jetzt eine Pause eintreten bis 14.15 Uhr.

Ende der Sitzung: 13.20 Uhr.

Wiederbeginn: 14.45 Uhr.

1. Vizepräsident Röhle:

Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Beratung zum Haushalt des Finanzministeriums fort.

Ich erteile das Wort Herrn Dr. Neubronner (DP.).

Abg. Dr. Neubronner:

Meine Damen und Herren! Die Finanzverwaltung hatte es gewiß nicht leicht, nach dem Zusammenbruch 1945 ihren Apparat wieder in Gang zu setzen. Es ist damals nach Einrücken der Amerikaner in einer derartigen Weise entnazifiziert worden in den Finanzämtern, daß manche Ämter nur noch vielleicht mit einem oder zwei eingearbeiteten Beamten besetzt waren. Und selbst in sehr großen Ämtern war kaum noch ein genügend eingearbeiteter Stamm vorhanden, um auch nur notdürftig die Verwaltung weiterzuführen. Es ist in dieser Hinsicht gewiß im Laufe der beiden letzten Jahre einiges besser geworden, aber wer mit den Finanzämtern öfters zu tun hat, der weiß, daß es noch sehr schwer im argen liegt. Die zahlreichen Hilfskräfte, die eingestellt wurden, sind ungeschult und unerfahren und werden trotzdem nach einer Einarbeitungszeit von zwei, drei oder vier Monaten daran gesetzt, die Steuerbescheide auszuarbeiten und alle möglichen anderen Sachen. Wie die Dinge dann aussehen, die da herauskommen, das brauche ich Ihnen nicht zu schildern, da hat vielleicht der eine oder andere etwa schon seine eigenen Beobachtungen gemacht. Wir würden größten Wert darauf legen, daß die Entnazifizierung der Beamten der Finanzverwaltung mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird, damit diejenigen alten, erfahrenen und bewährten Beamten, die lediglich nominelles Parteimitglied gewesen sind, wieder an den Platz hinkommen, wo sie hingehören und endlich auch die Finanzämter so arbeiten, wie wir es früher gewohnt waren. Wenn hier der Wunsch geäußert wurde, die Zahl der Landesfinanzämter von zwei auf eines zu reduzieren, so möchte ich hierzu sagen, der Ausdruck „Landesfinanzamt“ führt leicht in die Irre. Es handelt sich nicht darum, daß jedes Land ein Landesfinanzamt hat, sondern es ist hier der Behördenaufbau etwa zu vergleichen mit dem der Justizorganisation, Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht. Wieviel Landesfinanzämter wir in Rheinland-Pfalz brauchen, das ist meines Erachtens eine Angelegenheit der geographischen und wirtschaftlichen Beschaffenheit unseres Landes. Ob wir hierzu zwei oder drei oder nur eines brauchen, kann lediglich unter diesem Gesichtspunkt entschieden werden. In der Pfalz jedenfalls besteht der Wunsch, daß das Landesfinanzamt Neustadt erhalten bleibt. Im Aufbau unserer Finanzverwaltung fehlt aber heute noch ein sehr wichtiges Glied, und das sind die Finanzgerichte. Wir haben heute bei den Finanzämtern ganze Berge von Berufungen vorliegen, die alle unerledigt liegen bleiben, weil die Finanzgerichte bis heute nur auf dem Papier existieren. Wir hätten die dringende Bitte an den Herrn Finanzminister, dafür Sorge zu tragen, daß diese Finanzgerichte nun end-

lich auch in Funktion gesetzt werden und ihre Arbeit aufnehmen. Sollte eines Tages irgendwie eine Reform der Finanzgerichte im Einvernehmen mit den anderen deutschen Ländern akut werden, dann möchten wir hier die Anregung geben, dafür zu sorgen, daß diese Finanzgerichte auch wirklich unabhängige Gerichte werden. Bis heute sind sie besetzt jeweils mit zwei Mitgliedern des Landesfinanzamtes und drei ehrenamtlichen Beisitzern. Es ist nicht die richterliche Unabhängigkeit, wenn die Leute, die sonst als Glieder ihres Verwaltungskörpers tätig sind, hier derartige richterliche Funktionen ausüben, wenn also gewissermaßen die Finanzverwaltung Kläger und Richter in einer Person ist.

Aus dem umfangreichen Etat des Finanzministeriums möchte ich eine Position herausgreifen und die betrifft die Versorgungsbezüge der pensionierten Beamten und ihrer Hinterbliebenen. Meine Damen und Herren! Wir haben hierüber schon einmal eine kleine Anfrage an das Ministerium gerichtet und darauf für Antwort bekommen, diese ungeheuer zusammengestrichenen Bezüge könnten nicht erhöht werden, weil das eine Anordnung der Besatzungsbehörde sei. Wie wir mittlerweile festzustellen die Gelegenheit hatten, hat das Land Südwürttemberg-Hohenzollern durch Landesgesetz die Versorgungsbezüge in der Weise geregelt, daß die Beamten-Pensionisten aus dem eigenen Land die Bezüge nach dem Versorgungsgesetz bekommen abzüglich 20 v. H. des über 200 RM. hinausgehenden Betrages, während die Pensionisten aus anderen Teilen Deutschlands und abgetretener Gebiete Bezüge in der Weise bekommen, wie es bisher bei uns der Fall war. Ich möchte daher bitten dieser Frage die allergrößte Aufmerksamkeit zu widmen und uns in dieser Hinsicht auch einen Gesetzentwurf, etwa nach dem Muster von Südwürttemberg-Hohenzollern, vorzulegen. Denn, meine Damen und Herren, es ist hier eines im Auge zu behalten. Der Beamte bekommt bekanntlich während seiner aktiven Dienstzeit eine Bezahlung, die erheblich unter dem liegt, was er in der freien Wirtschaft bekommen würde. Er nimmt das in Kauf im Vertrauen darauf, daß er dann gesichert ist für sein Alter und daß insbesondere auch seine Frau und Kinder gesichert sind für den Fall seines Ablebens. Dieses ungewöhnliche Maß von Sicherheit, das der Staat damit dem Beamten und seiner Familie gibt, ist mitbestimmend und mitentscheidend dafür, daß er diese Laufbahn einschlägt, und der Beamte hat darauf auch einen Rechtsanspruch, daß er diese Bezüge bekommt und daß auch seine Hinterbliebenen einmal diese bekommen. Es würde das Vertrauen in den Staat außerordentlich erschüttern, wenn in dieser Hinsicht willkürlich verfahren würde und über solche Rechtsansprüche einfach zur Tagesordnung übergegangen würde.

Auf die Frage der Steuern und ihrer Reform glaube ich hier nicht eingehen zu sollen, aus dem einfachen Grunde, weil diese Frage einstweilen unserer Zuständigkeit entzogen ist. Ich brauche hier nur auf eine Steuer einzugehen, die ohne eigene Zuständigkeit hier eingeführt wurde, und zwar die Gewerbesteuer für die freien Berufe, die das verworsene Oberregierungspräsidium Neustadt und wahrscheinlich auch Koblenz eingeführt hat, angeblich auf Grund einer Anweisung der Besatzungsbehörde, was aber nicht zutreffend ist, denn eine solche Anordnung hätte im Journal Officiel publiziert sein müssen. Diese Steuer entbehrt jeder Rechtsgrundlage, und ist insbesondere abzulehnen im Hinblick darauf, daß wir alle das Bestreben haben müssen, die Rechtseinheit

auch auf dem Gebiet der Besteuerung durch ganz Deutschland aufrechtzuerhalten. Ich möchte daher die Gelegenheit hier benutzen, um an den Herrn Finanzminister die dringende Bitte zu richten, daß die Einheitlichkeit des Steuerrechts durch ganz Deutschland hindurch gewahrt wird. Ich habe Gelegenheit, auch in der amerikanischen und in der britischen Zone Steuerfälle bearbeiten zu müssen und stoße da auf Schritt und Schritt immer wieder auf die Tatsache, daß nicht nur jede Zone, sondern jedes Land in allen möglichen Punkten abweichende Bestimmungen schafft, so daß ein vollständiger Wirrwarr entstanden ist und jeder Überblick verloren geht und die Einheitlichkeit allmählich immer mehr zerbricht. Das ist ein Zustand, der nicht tragbar ist, der insbesondere unmöglich ist im Hinblick darauf, daß wir ja in Deutschland auf Grund der Potsdamer Beschlüsse ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellen sollen und es hoffentlich auch baldigst wieder darstellen werden. Das setzt natürlich voraus, daß auch in bezug auf die Besteuerung die Einheit gegeben ist. Ich bitte daher den Finanzminister, sich als Hüter und Wächter der Rechtsinheit auf dem Gebiet der Besteuerung zu betätigen und darf ihm im übrigen namens meiner Fraktion für die Sachlichkeit seiner Amtsführung, unseren Dank zollen. (Bravo!)

2. Vizepräsident Weber:

Das Wort hat der Abgeordnete Schieder (KPD.).

Abg. Schieder:

Meine Damen und Herren! Wenn etwas geeignet ist, die Überlebtheit des föderativen Systems für Deutschland zu beweisen, dann die Tatsache, daß die letzten 2½ Jahre zu Genüge gezeigt haben, wie kein deutsches Land ohne das andere auskommen und daß auch die Vereinigung von zwei Zonen praktisch keine Lösung darstellen kann. Sie haben den deutlichsten Beweis im Haushalt des Finanzministers bei dem Einnahmeposten der Tabaksteuer. Übersehen Sie nicht, daß das Aufkommen dieser großen Summe mit darauf zurückzuführen ist, daß bei den ausdrücklich genehmigten Kompensationen die Länder der anderen Zonen einen wesentlichen Anteil daran haben. In einem Punkte der Kritik am Finanzproblem, die vor kurzem die „Allgemeine Zeitung“ geübt hat, muß ich ihr unbedingt recht geben. Man kann unmöglich den finanzpolitischen Faden dort aufnehmen, wo ihn das Dritte Reich hatte fallen lassen müssen. Damit aber nicht genügt. Man kann den Faden auch dort nicht anknüpfen, wo er scheinbar 1933 abgerissen wurde. Ich sage ausdrücklich scheinbar, weil ich damit aufzeigen will, daß die Grundtendenz der beiden Systeme jeder wirklichen Planung entbehren. Nachdem wir hier feststellen müssen, daß im System unseres jetzigen Wirtschaftskörpers keinerlei Gedanke für eine unseren gegenwärtigen Bedürfnissen angepaßte Produktion und Lenkung derselben vorhanden ist, wobei ich bemerken darf, daß ich Einrichtungen der Besatzungsmacht in dieser Hinsicht nicht als deutsche Einrichtungen ansehe, somit praktisch jede Wirtschaftsplanung entfällt, brauchen wir uns nicht zu verwundern, daß es auch keinerlei Finanzplanung gibt. Aus dem Fehlen beider resultiert die bisherige Entwicklung, die wir in jeder Hinsicht als negativ erachten. Ich will dabei zugestehen, daß die wirtschaftliche und finanzpolitische Planung im Rahmen eines deutschen Landes sehr schwer, wenn nicht unmöglich erscheint, wie es im Falle Rheinland-Pfalz wohl der Fall sein dürfte. Es hat sich klar erwiesen, daß auch die bescheidenste

Frage im Rahmen unseres Kleinstaates, wie sich vor kurzem unser Herr Finanzminister ausdrückte, nicht gelöst werden kann. Die Lösung liegt nur beim Vorhandensein, respektive dem Zustandekommen des höheren Maßstabes der gesamtdeutschen Einheit.

Die Tatsache, daß neun Zehntel durch Steuern aufgebracht werden, oder aufgebracht werden müssen, sollte eine ernste Mahnung sein, die bisherige Politik des Schöpfens aus dem Vollen schnell und entschlossen aufzugeben. Ich meine damit vor allem die Subventionierungerscheinungen aller Art. Nicht nur diejenigen Zuschüsse, die gerade im Haushalt des Finanzministeriums stehen. Wir sind prinzipielle Gegner der Subventionen nicht erst seitdem wir einen Posten von 74 Millionen für die Saargruben AG. im Finanzhaushaltsplan feststellten, sondern auch schon vor 1933 haben gerade wir einen sehr energischen, wenn auch leider erfolglosen Kampf gegen dieses verantwortungslose System geführt. Inwieweit das Land Rheinland-Pfalz verpflichtet ist, den Saarbergbau auszuhalten, ist eine Frage, die wir in der gegenwärtigen Situation einzig vom Standpunkt der Reparationen aus betrachtet verstehen können. Dann würde es aber nach unserer Auffassung richtiger sein, es auch dementsprechend zu deklarieren und anzuerkennen. Die Zuschüsse an den Bergbau im eigenen Lande müssen wir ablehnen, solange nicht die Überführung des Bergbaues als einer Schlüsselindustrie in die öffentliche Hand durchgeführt ist. Wir haben keine Veranlassung, die Konzernfirmen wie Krupp, Stolberger Zink AG. usw. auszuhalten, auch wenn uns ausdrücklich versichert wird, daß Zahlungen nur nach Genehmigung des Finanzministers getätigt werden. Wollen oder können Sie es Ihren Wählern gegenüber verantworten, einer kleinen Schicht von Aktionären durch die Sicherung ihres Eigentums über die Währungsreform hinweggeholfen zu haben, während die große Masse allein die Kosten des Krieges und seiner Folgen auf ihre Schultern nehmen soll? Wir können uns dazu nie bereit erklären, weil wir wissen, daß die Arbeiter in diesen Gruben und Werken schon längst die Überführung dieser Betriebe in Landesbesitz gefordert und erwartet haben. In einer Zeit, wie der heutigen, ist der Augenblick schon längst gegeben, die notwendigen Schritte dafür zu tun. Wenn dies geschehen wäre, sind wir der Meinung, daß diese dann landeseigenen Betriebe nicht nur keiner verlorenen Zuschüsse bedürften, sondern dem Lande obendrein Überschüsse zugeführt hätten. Solange aber dort noch die alten Kräfte, die ihrem Führer Adolf Hitler bis zu seinem Tode treu ergeben waren, die Kommandohöhen innehaben, wird dort kein Auftrieb zu spüren sein. Noch im vergangenen Jahre konnte auf den Kruppschen Gruben der frühere Stahlhelmführer, spätere SA-Standarten- und Wehrwirtschaftsführer, Dr. Boehne, das Regiment führen. Derselbe Mann, der die Verantwortung dafür trägt, daß allein auf der Grube Füsseberg 38 russische Kriegsgefangene eines natürlichen Todes starben (Hört, hört!), dort spielten sich während des Krieges dieselben Szenen des Hängens und Erschlagens ab, wie in den übrigen Todesmühlen. Es wäre nur ein Akt der Gerechtigkeit, diese Betriebe für immer den Händen ihrer Ausbeuter zu entnehmen. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, bildet diese Maßnahme einen Bestandteil des zwischen allen Parteien dieses Hauses abgeschlossenen Abkommens, und zwar unter Punkt 9 der allgemein als vordringlich bezeichneten Aufgaben. Ich lege Wert darauf, hier festzustellen, daß dieses „Toleranzabkommen“ bezeichnete Protokoll bereits über ein halbes Jahr existiert. Seit diesem Zeitpunkt ist diese Frage kein r-

weiteren Erwägung unterzogen worden, vielleicht mit Ausnahme eines Antrages meiner Fraktion in diesem Hause. Diese wurde mit Zustimmung des Hauses angenommen. Meine Parteifreunde sind aber nach wie vor der Meinung, daß man geleistete Unterschriften respektieren und eingegangene Verpflichtungen auch halten soll, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, als demagogisch verschrien zu werden. Sollte sich aber hier die Meinung bereits herausgebildet haben, daß angesichts des drohend erhobenen Rotstiftes eines avisierten amerikanischen Finanzdiktators, die Überführung des Bergbaues und der anderen Schlüsselindustrie in die öffentliche Hand nicht mehr opportun sein sollte, so bitten wir doch dringend, dies klar zum Ausdruck zu bringen. Angesichts der großmütigen Bereitschaft zur Zahlung verlorener Zuschüsse an die Schlüsselindustrie mutet es uns seltsam an, daß die ursprünglichen 5 Millionen für Soforthilfe an die Opfer des Faschismus auf 3 Millionen vermindert wurden. (Hört, hört!) Es scheint uns daher heute geraten, den Herrn Finanzminister dringend zu ersuchen, wenigstens für die beschleunigte Auszahlung dieser kleineren Summe zu sorgen. Wenn heute jemand einen Anspruch an den neuen Staat zu stellen hat, dürften dies wohl die wahren Opfer des Widerstandes gegen den Faschismus sein. (Zurufe! Sehr gut!) Wir hatten wirklich erwartet, daß in dieser Hinsicht keine besondere Aufforderung mehr notwendig sein müßte.

Zum Problem des Steueransatzes stellen wir fest, daß nach unserer Auffassung die eingesetzten Summen angesichts der so enorm angezogenen Steuer-schraube zu gering erscheinen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, darauf hinzuweisen, in welchem Maßstabe die Lohnsteuererträge, gemessen an den Einkommen- und Vermögenssteuerergebnissen zum Erhalt des Staates beitragen müssen. Zwar hören wir täglich und stündlich die berechtigten Klagen und das Stöhnen über den gänzlichen Verlust der Wirtschaftssubstanz; recht bescheiden und viel geringer an der Zahl sind doch dagegen die Stimmen, die auf den ungeheuren Verbrauch der in unserer Bevölkerung sich vollziehenden Substanzverluste an Gesundheit und Arbeitskraft. Daß Deutschlands ärmster Sohn noch immer sein bester ist, bewahrt sich hier im besten Sinne. Die Untergrabung der Steuermoral, von der kürzlich unser Finanzminister sprach, scheint sich demnach nicht auf dieses Gebiet zu erstrecken, vielleicht mit Ausnahme derer, welche es so meisterhaft verstehen oder bis jetzt verstanden haben, sich am gemeinsamen Werk des Neuaufbaues vorbeizudrücken. Zwar schrieb vor kurzem ein Mainzer Blatt in diesem Zusammenhang, es wäre nicht so selten, daß man über das gesamte Einkommen hinaus Geld mitbringen müsse, um den Anforderungen des Finanzamtes gerecht zu werden. Ich muß aber doch schon sagen, daß mir bis heute der sicher sehr kuriose Fall noch nicht zu Ohren gekommen ist, wo dann wenigstens einer der so furchtbar vom Substanzverlust Betroffenen die meines Erachtens logische Konsequenz gezogen hätte und sein Haus, seinen Betrieb oder sonstiges vermögenssteuerpflichtiges Gut dem Staat übergeben haben würde, um die Last endlich und endgültig loszuwerden. Vielleicht wird es notwendig sein, hier einen wohlbekannten Satz abzuwandeln in die heute gültige Form: „Am Gute hängt, zum Gute drängt doch alles“, bis eine neue Währung wieder den Drang zum besseren Geld mit sich bringt.

Zur Frage der Währungsreform, welche einen bedeutenden Rahmen in der allgemeinen Betrachtung

des Haushaltes eingenommen hat, möchte ich unsere Auffassung dahingehend präzisieren, daß wir als Deutsche erwarten dürfen, ein wichtiges Wort mit-zureden. Wir Kommunisten sehen es als ein Gebot allgemeiner Solidarität an, dem Kleinsparer, der zur Wiederbeschaffung verlorener Habe einen Not-groschen zurücklegte, zu helfen. Das kann jedoch niemals auf dem rein schematischen Wege einer unterschiedslosen Abwertung geschehen. Wenn man den immer noch vorhandenen Geldüberhang aus der Zeit der faschistischen, inflationistischen Finanzpolitik beseitigen will, was nach unserer Meinung besser schon vor 2½ Jahren geschehen wäre als heute, dann darf das nicht unterschiedslos an den Spargroschen der kleinen Leute erfolgen. Ich habe vor kurzem die Einzelheiten des Goldschmidtplans, der von den Finanzexperten Amerikas ausgearbeitet wurde, durch-studiert. Wenn das darin Vorgesehene Wirklichkeit werden sollte, dann können wir getrost sagen, was Goethe vom König in Thule schrieb: „Die Augen gingen ihm über, er trank keinen Tropfen mehr.“ (Heiterkeit.)

Ich habe erfahren, daß sich gewisse unkontrollierbare deutsche Finanzfachleute aus Bizonesiens Wirtschaftsrat am gleichen Thema versucht haben. Ob und inwieweit auch der berühmte, sich unentbehrlich dünkende Inflationsspezialist, namens Dr. Schacht, daran beteiligt ist, entzieht sich vorläufig noch meiner Kenntnis. Die im vergangenen Jahre bekannt gewordene Tatsache seiner Anwesenheit im amerikanischen Hauptquartier in Frankfurt am Main, läßt Vermutungen in dieser Hinsicht offen. Wir bringen hier jedoch nachdrücklichst und unbedingt den Wunsch der breiten Masse zum Ausdruck, welche erwartet, daß bei jeglicher Art von Währungsreform die Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der neue Werte schaffenden Menschen ein gewichtiges Wort mit-sprechen dürfen.

Zum Etat der Landesfinanzämter ist unsere Auffassung schon dadurch ausgedrückt worden, daß wir denselben ablehnen, weil wir unserem Grundsatz, sparsamste Haushaltung, nicht untreu werden wollen. Der Errichtung zweier Landesfinanzämter mit dem dazu notwendigen doppelten Aufwand an Präsidenten, Direktoren usw. können wir nicht zustimmen. Wir sind in dieser Hinsicht mit unserer Meinung in einer Linie mit der von der französischen Militär-regierung in ihren Bemerkungen zum Haushaltsplan dargelegten Auffassung. Nachdem auch der Herr Finanzminister in seiner Stellungnahme sich diese Auffassung zu eigen machte und sich mit der Zusammen-legung der beiden Ämter bereits befaßte, verwundert es uns um so mehr, daß die Militärregierung von ihrer ursprünglich so vernünftigen Auffassung abge-rückt sein sollte.

Beim Etat der Finanzämter, dem wir zustimmen, möchten wir den Wunsch ausdrücken, daß die Zusammenarbeit aller Behörden, besonders der Wirtschaftspolizei, mit den Finanzämtern so verständnis-innig sein möge, daß die zahlreichen Fälle von wirtschaftlichen Fehlmanipulationen sofort von den Finanzämtern einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden. Wir versprechen uns sehr viel davon zur Behebung der gesunkenen Steuermoral, die dringend gebessert werden muß, wenn das Staatsschiff des Finanzministeriums beim Start zur Bergfahrt nicht schon auf eine rheinische Sandbank auflaufen soll. (Zuruf: Abg. Wagner: Wir haben Überschwem-mung, da gibt es keine Sandbank mehr.)

Den Haushaltsplan, Kapitel 14 - Militärbauperwaltung - haben wir aus reinen Gewissensgründen heraus schon ablehnen müssen. Wenn ein Staat so total abgerüstet hat wie der rheinisch-pfälzische, woselbst im Haushalt der Polizei die Etatisierung der „Waffen, Munition, Geräte und Fahrräder“ benannten Rubrik den Nachdruck mehr auf die Stahlrösser als auf die Waffenschlösser legt, dürfte die Beschäftigung der letzten Einrichtung einstiger Wehrhoheit, wie man die Dressur erwachsener Menschen zu nennen beliebte, mehr als ratsam erscheinen. Wir möchten uns nicht dem Vorwurf der Konservierung verbotener Institutionen aussetzen und glauben annehmen zu dürfen, daß auch die französische Militärregierung von dem gleichen Wunsch beseelt ist. Das noch unter großem Mangel an wirklich brauchbaren Baufachleuten leidende Wiederaufbauministerium wird sicher imstande sein, aus der großen Zahl freiwerdender Kräfte einige brauchbare Männer für ein friedlicheres Beginnen herauszufinden und die Aufgaben der jetzigen Militärbauperwaltung nebenamtlich mit zu übernehmen. Meine Damen und Herren! Ich muß meine ursprünglich präparierte Rede noch kürzen und gestatte mir zum Schluß noch darauf hinzuweisen, daß wir dem Gesamtetat des Finanzministeriums zustimmen mit Ausnahme der speziellen Posten, die von uns abgelehnt werden. Wir hoffen, daß die Mahnungen in diesem Zusammenhang nicht ungehört verhallen, und daß auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik die notwendigen Lehren gezogen werden.

Von der Regierung und insbesondere vom Herrn Finanzminister erwarten wir eine Handhabung der Finanzpolitik so, daß keine weitere Belastung der Zukunft betrieben wird, was der Belastung der künftigen Arbeit des deutschen Arbeiters gleichkäme. (Bravo!)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Boden (CDU).

Abg. Dr. Boden:

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir in Ergänzung der Ausführungen, die heute morgen mein Fraktionsfreund Hartmann gemacht hat, noch einige Bemerkungen genereller Art zu machen. Ein alter parlamentarischer Brauch bringt es mit sich, daß bei Beginn der Etatsberatungen der Herr Finanzminister das Wort ergreift und seine Nöte, seine Sorgen und wo es geht auch die Mittel, die als Arznei gewertet werden können, zum Vortrag bringt. Auch unser Herr Finanzminister hat das in der vergangenen Woche getan. Er hat uns einen Überblick über den gesamten Haushaltsplan des Landes gegeben, und hat uns eindringlichst die Sorgen vorgetragen, die sich ihm entgegenstellen, bei der Frage: Wie ist der Haushalt zu balancieren? Er hat uns gemahnt mit eindringlichen Worten zur Sparsamkeit. Herr Finanzminister! Sie dürfen versichert sein, daß meine Partei geschlossen hinter Ihnen steht, wenn Sie Ihr Ziel, die Sparsamkeit in dieser Weise fortzusetzen beabsichtigen, woran wir nicht zweifeln. Ich habe als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses Gelegenheit gehabt, an den Vorberatungen des Haushaltsplanes teilzunehmen, und ich möchte nachdrücklichst auch für meine Partei das unterstreichen, was heute morgen schon gesagt worden ist. Bei diesen Etatsberatungen waren Sie stets zugegen und haben stets in die Debatte eingegriffen. So konnten Sie mit Recht in Ihrer vergangenen Etatsrede zum Ausdruck bringen, daß bei diesen Beratungen schon recht erhebliche Abstriche, man kann wohl sagen, bei allen Ministerien gemacht worden sind. Sie

können versichert sein, daß wir diese Sparsamkeitsbefolgung vertrauensvoll in Ihre Hand legen und welches Vertrauen wir in der Beziehung zu Ihnen haben, das möchte ich in die Worte kleiden: „Wir glauben bei Ihrer Tätigkeit die Anstellung eines Sparkommissars einsparen zu können“. Und diese Sparsamkeit machen wir bestimmt auch mit, wenn es sich darum handelt, eine Personalpolitik unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit zu treiben. Ich möchte allerdings gegenüber verschiedenen Ausführungen, die hier gemacht worden sind, doch noch kurz erwähnen, daß wir uns hier keine großen Vorwürfe zu machen brauchen. Der Herr Finanzminister ist in seiner Etatsrede auch schon auf diesen Punkt eingegangen. Nachdem nunmehr die endgültige Summe des gesamten Haushaltsplanes vorliegt, er schließt bekanntlich mit 710 Mill. ab, habe ich mal eine Reihe von Vergleichsziffern errechnet und bin zu folgenden, gewiß die Allgemeinheit interessierenden Feststellungen gekommen: Von dieser genannten Gesamthaushaltssumme von 710 Mill. werden an Gehälter, Löhnen usw. für Beamte, nichtplanmäßige Angestellte und Arbeiter insgesamt 20 v. H. verausgabt. Die Ausgaben für Dienstaufwandsentschädigung beziffern sich auf 2,5 pro Mille, die Trennungszulagen im ganzen auf etwa 4,5 v. H., die Reisekosten auf 2,5 v. H. und dazu kommt die Versorgung für die Ruhestandsbeamten mit etwa 7 v. H., so daß insgesamt die auch von dem Herrn Minister angegebene Summe von etwas über 192 Mill. genau 27 v. H. der Gesamthaushaltssumme ausmacht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube aus meinen, allerdings vor 1933 liegenden Kenntnissen von Etatsziffern sagen zu können, daß diese Verhältnis-ziffern sich sehr wohl verantworten lassen. Bei dieser Gelegenheit darf ich auch nochmals mit einem Wort auf das zurückkommen, was der Kollege Dr. Neubronner gesagt hat hinsichtlich der Versorgung der Ruhegeldempfänger. Die Ausführungen, die Dr. Neubronner gemacht hat, sind der Sache nach richtig gewesen. Wir haben diese Kürzung der Ruhegehälter hier in der französischen Zone allein in einem solchen Umfang vornehmen müssen, und selbst innerhalb der französischen Zone bestand tatsächlich der Unterschied zwischen Baden, Württemberg und Rheinland-Pfalz, wie ihn Dr. Neubronner herausgestellt hat. Aber soviel mir bekannt, ist die Tatsache überholt. Soviel ich weiß, ist die Genehmigung der französischen Militärregierung inzwischen eingetroffen, daß hier die Kürzung, die auch Herr Dr. Neubronner richtig herausgestellt hat, nämlich 20 v. H. auf die Gesamtsumme, durchgeführt werden darf. Ich wäre dem Herrn Minister dankbar, wenn er zu diesem Punkt Stellung nehmen wollte. Wir sind auch mit dem Herrn Minister einverstanden und teilen seine Sorgen um die Finanzierung des Etats. Diese Sorgen mögen zur Stunde noch nicht so akut sein, denn es ist ja immerhin zu verzeichnen, daß, abgesehen von der Balancierung des Etats, noch eine immerhin erkleckliche Summe von 15 Mill. zum Außerordentlichen Haushaltsplan abgeführt werden kann. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir auf der anderen Seite Einnahmen zu verzeichnen haben, die, wie selbst mein Herr Vorredner von der kommunistischen Fraktion mit Recht ausgeführt hat, auf eine übermäßig hohe Steuerschraube zurückzuführen sind, eine Steuerschraube, die in dieser Form nicht allzu lange Zeit bestehen kann, wenn wir nicht das ganze Wirtschaftsleben und die Existenz gerade der kleinen Leute, die selbst bei kleinen Gehältern noch verhältnismäßig große Abzüge gemacht bekommen,

ruinieren wollen. (Sehr richtig!) Es ist heute morgen schon gesagt worden, und das möchte ich auch nochmals mit einem Wort unterstreichen, wir sind überrascht worden, als um die Weihnachtstage die neue Verordnung des Kontrollrats herauskam. Jeder hatte erwartet, daß es eine Milderung geben würde, und statt dessen ist, Gott sei Dank nur in den höchsten Gehältern, noch eine Verschärfung eingetreten. Wie gesagt, das bildet zur Stunde für den Herrn Finanzminister und uns alle einen glücklichen Zustand, denn dadurch können wir den Haushaltsplan balancieren. Es muß aber damit gerechnet werden, daß in nicht allzu ferner Zeit, insbesondere nach Durchführung der Währungsreform, die Einnahmenseite eine katastrophale Veränderung mit sich bringen wird. Meine Damen und Herren, meine Sorgen für die Zukunft liegen auch noch auf einem anderen Gebiet. Es sind die, ich will mich mal kurz ausdrücken. Zwangsausgaben, die der Haushaltsplan aufführt. Die 74 Mill. für den Saarbergbau sind schon ebenfalls Gegenstand der Erörterung gewesen, auch die 12 Mill. für die Rheinschiffahrt sind gestern und heute früh kritisiert worden und ich möchte nach den gestrigen Verhandlungen auch das Wort Officomex nochmals in die Debatte werfen. Wenn wir sie gestern vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beleuchtet sahen, so möchte ich sie heute vom finanziellen Standpunkt aus betrachten. Nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Officomex beträgt der Zuschuß, den Rheinland-Pfalz für die Zeit bis zum 31. Dezember 1947 aufzubringen hat, zirka 100 Mill. RM. (Hört, hört!) Ja, meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen die Ziffern genau nennen: es sind für die Zeit bis 31. Dezember 1946 für unser Land 29 Mill. RM., und für das Kalenderjahr 1947 sind es nochmals 60 Mill. RM., also der Betrag von 100 Mill. RM. wird ungefähr erreicht werden. Für uns bleibt hier in Verbindung vom wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkt nur eines übrig: daß wir gemeinsam uns Mühe geben, mit der französischen Militärregierung zusammen zu prüfen, wie wir die finanzielle Lage des Staates übersteigenden Ausgaben einer dem Grunde nach vielleicht notwendigerweise zu verfolgenden Praxis zumindestens recht wesentlich herabdrücken können. In einem möchte ich aber dem Herrn Finanzminister nicht folgen. Er hat an einer Stelle seiner Etatsrede ausgeführt, daß man die großen Ausgaben, die naturnotwendig aus dem Aufbau einer Landesregierung sich ergeben, für ein so kleines Land nicht gut verantworten könne. Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir dazu einige kurze Bemerkungen. Wir hören so oft, nicht nur hier im Hause, sondern auch draußen das Wort vom Blumengarten oder von dem Liliputstaat. Meine Damen und Herren! Unser Staat ist genau so groß wie das ehemalige Königreich und der spätere Freistaat Württemberg, nicht nur nach Einwohnerzahl, sondern auch nach dem Gebietsumfang. Und unter den 17 Ländern, die heute das ehemalige Altreich ausmachen, marschiert Rheinland-Pfalz genau in der Mitte. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir im Rheinland, hier am Rhein, wo sich von Westen aus Frankreich kommend, die Mosel, und von Osten der Main mit dem ewig strittigen Strom verbinden, auch eine welthistorische Sendung zu erfüllen. Und wenn schon meine sachlichen Ausführungen uns das Recht geben, so möchte ich aus dieser weltgeschichtlichen Sendung heraus die Pflicht für uns alle herausstellen, dafür zu sorgen, daß wir das, was wir sind, auch betonen; damit uns die Welt, namentlich in einer Zeit, wo es darum geht, ob wir unter Gleichberechtigung einen Anschluß wirtschaftlicher Natur

an andere Zonen finden sollen, auch danach werdet. (Bravo!)

2. Vizepräsident Weber:

Der Herr Staatsminister Dr. Hoffmann hat das Wort.

Staatsminister Dr. Hoffmann:

Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst im Namen des Finanzministeriums für die anerkennten Worte danken, die seiner Arbeit zuteil geworden sind, eine Anerkennung, für die wir gewiß als einer Art außeretatsmäßiger aber immerhin moralischer Einnahmen, ebenso empfänglich sind, wie für die haushaltsmäßigen. (Lachen.) Ich möchte, um die Arbeit am Haushalt zu fördern, nur ganz wenige abschließende Bemerkungen machen.

Wir haben Ihnen im Einvernehmen mit der Militärregierung neben dem Haushalt für 1947 einen sogenannten Nothaushalt für 1948 vorgeschlagen und wir dachten bei dieser Kennzeichnung weniger an einen Haushalt der Not, obwohl auch hier die Bezeichnung gegeben gewesen wäre, als an die Nöte des Haushalts, als an die Schwierigkeiten der Haushaltsgebung. Wir dachten vor allem an die absolute Unmöglichkeit, die haushaltsmäßigen Rückwirkungen einer die Wirtschaft revolutionierenden Währungs- und Finanzreform heute bereits ziffernmäßig vorzusehen. Wir wissen von dieser Währungsreform das eine, daß sie uns in unserem privaten wie auch im öffentlichen Leben das Bewußtsein unserer völligen Verarmung bringen wird. Wir haben aus dieser Situation Folgerungen gezogen, als wir in dem Haushaltsgesetz für das Finanzministerium einige auch schon in besseren Zeiten übliche Vollmachten vorsahen, die es dem Finanzminister ermöglichen sollten, die Ausgaben wenigstens in einem kleinen Teilbereich der wechselnden Haushaltslage anzupassen. Daß diese Haushaltslage ihrerseits von heute auf morgen grundlegende Veränderungen erfahren kann, dafür möchte ich nur illustrierend zwei Beispiele anführen, weil sie in der Debatte schon berührt worden sind.

So werden voraussichtlich die Ansätze für Versorgungsbezüge im Haushalt nicht ausreichen, weil unterdessen eine neue Pensionsordnung, die Genehmigung der Militärregierung erfahren hat. Ich darf wiederholen, was bereits von meinen Herren Vorrednern bekanntgemacht worden ist, daß wir seit Monaten mit der Militärregierung in Verhandlungen stehen, um die Schlechterstellung der Beamten hinsichtlich ihrer Pensionen gegenüber den Nachbarländern auszugleichen, um vor allem den bisher gültigen Pensionshöchstsatz von 350 RM. zu Fall zu bringen. Die Militärregierung hat nunmehr zu einer neuen Pensionsordnung ihre Zustimmung gegeben. Die Begrenzung der Pensionssätze liegt nunmehr bei 80 v. H. Im übrigen ist der Kreis der Pensionsberechtigten durch eine Weiterziehung auf unseren Wunsch auch über den Bereich der eigentlichen Landesbeamten hinaus, vor allem auf die Ostbeamten ausgedehnt, die in unsere Fürsorge einbezogen werden können.

Ein weit bedeutsamerer Eingriff in die mühsam erreichte Haushaltsbalancierung wird erwartet werden müssen von einer Neuigkeit bezüglich des in der Debatte so wenig freundlich behandelten Officomex. Auch auf diese Frage ist Herr Kollege Dr. Boden bereits eingegangen. Es ist in den Verhandlungen gestern zum Ausdruck gebracht worden, daß wir eine stärkere Beteiligung deutscher Stellen an dieser französischen Ein- und Ausführstelle wünschen. Vielleicht ist es eine vermeintliche Erfüllung dieses

Wunsches an einer Beteiligung, daß wir nunmehr eingeladen werden, uns zunächst am Defizit zu beteiligen. (Lachen.) Es ist uns in Aussicht gestellt worden, daß wir den Unterschuß vom Jahre 1946 mit 29 Millionen, 1947 in Höhe von 60 Millionen, das ist unser Länderanteil am gesamten Zonendefizit, auf unseren Haushalt übernehmen müssen. Ich bin leider heute nicht in der Lage, Ihnen für das Zustandekommen dieses Defizits bei diesen Ein- und Ausfuhren hinreichende Erklärungen zu geben. Ich möchte deshalb überhaupt eine Kritik des Geschäftsgebahrens der Officomex zurückstellen, bis wir im Besitz ausreichender Unterlagen sind. Wir werden diese Unterlagen auch dazu benötigen, um unsere Kreditvorlage, die wir wegen dieser Anforderung dem Landtag unterbreiten müssen, hinreichend sachlich zu fundieren.

Ich habe bereits bei meinen einleitenden Ausführungen zur Haushaltsberatung auf die Gesamtsituation verwiesen, in der sich heute die Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand abspielt. Ich habe auf die sowohl sichtbaren wie unsichtbaren Umstände hingewiesen, die es einfach verbieten, daß an unsere Arbeit von heute ein gleicher Maßstab wie an eine freie eigenverantwortliche Finanzgebarung gelegt wird. Ich bitte, es mir nicht übelzunehmen, wenn ich mich dem Reigen meiner verehrten Kollegen anschließe und auch für das Finanzministerium den Wunsch zum Ausdruck bringe, daß uns eine größere Selbständigkeit in Bälde gewährt werde. Ich bin mir dabei vollkommen bewußt, daß die Finanzen wohl das letzte Teilgebiet des gesamten staatlichen Hoheitskomplexes darstellen, das einmal den deutschen Instanzen zur freien Verwaltung zurückgegeben wird. Aber ich glaube, daß es heute bereits möglich ist, und daß es deutschen wie Besatzungsinteressen förderlich wäre, wenn man sich entschließen wollte, von dem derzeitigen System eines engmaschigen bis in die kleinsten Details geübten Genehmigungsverfahrens zu einer großzügigeren, lockeren Form einer finanzpolitischen Oberaufsicht überzugehen. (Sehr richtig!) Wir begrüßen heute in dem Marshallplan den Versuch, unserer ausgebluteten Wirtschaft neue Energien zuzuführen, zur Wiederbelebung der in unserer deutschen Restwirtschaft noch vorhandenen eigenen Kräfte. Ich glaube, daß nicht weniger produktiv für unser künftiges Schicksal ein moralischer Kredit wäre, der in einer Art Lombardierung unseres Selbsterhaltungstriebes, einer Lombardierung unseres Aufbauwillens, die Wiedererweckung einer verantwortungsfreudigeren deutschen Regierungs- und Verwaltungstätigkeit ermöglichte. (Beifall und Händeklatschen.)

1. Vizepräsident Rühle:

Nach der Rede des Herrn Finanzministers ist die Debatte wieder eröffnet. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Besprechung. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar Drucksache II/214 - Landeshaushalt, Einzelplan IV - Haushaltsplan, Ministerium der Finanzen - Ich rufe auf die Kapitel 2 bis 6. Wer diesem Haushaltsplan in 2. Beratung seine Zustimmung geben will, wolle eine Hand erheben. (Geschicht.) Gegenprobe: - Danke, das ist die Einstimmigkeit.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung, Einzelplan X „Gemeinsamer Dienst mehrerer Länder“.

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Heep als Berichterstatter.

Abg. Heep:

Meine Damen und Herren! Der Haushalt „Gemeinsamer Dienst mehrerer Länder“ schließt in der Einnahme mit einem Betrag von 1 099 555 RM. und in der Ausgabe mit 2 427 950 RM. ab. Nach der Ordonnanz 95 des Herrn Oberkommandierenden der französischen Zone ist das Land verpflichtet, Ausgaben, die sich aus Auflagen ergeben, in den Haushaltsplan aufzunehmen. Der Ihnen vorgelegte Haushaltsplan „Gemeinsamer Dienst“ enthält derartige Ausgaben: wobei ich darauf hinweisen muß, daß er nicht alle Ausgaben enthält, die sich aus Auflagen ergeben, so z. B. alle Ausgaben für die Besatzung, für Reparationen und Restitionen, die sich aus Auflagen ergeben, erscheinen entweder im ordentlichen Haushalt des Finanzministeriums oder im außerordentlichen Haushalt oder, soweit es sich um besondere Leistungen, zum Beispiel für die Universität Mainz, oder eine von der Besatzung vorgeschriebene Schuleinrichtung, wie die Verwaltungsschule in Cochem, Pädagogien usw. handelt, im Etat des Kultusministeriums. Soweit es sich um besondere, durch die Besatzung und Zonentrennung hervorgerufenen Polizeikosten, wie Grenzpolizei und Wasserpolizei, handelt, im Etat des Innenministeriums, soweit es sich um Leistungen aus dem Landwirtschaftssektor handelt, im Etat des Landwirtschaftsministeriums. Dieser Haushaltsplan X umfaßt nur die Einnahmen und Ausgaben für die Einrichtungen, die auf Anordnung der Besatzungsbehörde entweder in unserem oder in einem anderen Land der französisch besetzten Zone als Zoneneinrichtung eingerichtet worden ist. Derartige Zoneneinrichtungen sind nach dem Willen der Besatzungsmacht zum Beispiel die Verwaltungsakademie in Speyer, die Dolmetscherhochschule in Germersheim, die in unserem Land eingerichtet worden sind, und andere Dienststellen und Einrichtungen, insbesondere solche in Baden-Baden. Es ist grundsätzlich angeordnet, daß das Land, in dessen Bereich die betreffenden Einrichtungen auf Befehl der Besatzungsbehörde eingerichtet worden sind oder in Zukunft noch eingerichtet werden, den Gesamthaushalt für diese Einrichtung aufstellt und verwaltet, wobei die übrigen Länder der französischen Zone entsprechend ihrer Größe und Einwohnerzahl, und dem Nutzen, den sie aus dieser Einrichtung ziehen sollen, an den Kosten anteilmäßig beteiligt werden. Es ist zu hoffen, daß die übrigen Länder unserer Zone diese Verpflichtungen in jedem Falle erfüllen, was in der Vergangenheit leider nicht immer der Fall war. Sie finden in der Einnahme des Planes die anteilmäßigen Kosten der Länder Südwürttemberg und Baden für den Beratenden Finanzausschuß in Speyer, für die Verwaltungsakademie in Speyer, die Dolmetscherhochschule in Germersheim, das Ruhelager in Bad Münster a. St., das für die gesamte Zone für arbeitsunfähige, heimkehrende deutsche Kriegsgefangene eingerichtet war, inzwischen aber wieder aufgehoben worden ist, dazu noch einen Posten für das Sekretariat „Verkehr“ für das Büro „travaux et transports“ in Baden-Baden in einem Gesamtbetrag von 1 090 550 RM.

In den Ausgaben finden Sie Posten verschiedener Art, entweder die Gesamtkosten solcher Einrichtungen, die in unserem Land auf Anordnung der Besatzung errichtet worden sind, oder die Zuschüsse, die unser Land für die Einrichtungen in anderen Ländern zu zahlen hat. Gesamtkosten entstehen für den Beratenden Finanzausschuß in Speyer, der gewissermaßen als Anhängsel des Rechnungshofes unseres Landes in Speyer für die gesamte Zone eingerichtet worden ist und dessen Tätigkeit überwiegend von

dem Herrn Präsidenten des Rechnungshofes und seinen Beamten wahrgenommen wird, für das Ruhelager in Bad Münster am Stein. Zuschüsse werden gezahlt zu den Ausgaben der Straßenunterhaltungskosten in Baden-Baden in Höhe von 100 000 RM. Der Posten scheint überhaupt außerordentlich hoch zu sein. Zuschüsse für den Zonenwetterdienst, zu den Ausgaben des Wechseldienstes und der Devisenstelle, die Beratende Preiskommission der französischen Zone in Bietigheim. Eine Ausnahme machen die Kosten für die Unterhaltung eines Verkehrssekretariats für travaux et transports in Höhe von 100 000 RM., das zwar nicht in unserem Land liegt, aber auf ausdrückliche Anordnung der Besatzungsmacht von unserem Land unterhalten und von den übrigen Ländern bezuschußt wird. Daneben finden Sie einen Posten für die Lagerkosten für die Güter aus gehobenen Schiffen in Höhe von 300 000 RM. Es wird sich hier wohl um einmalige Kosten handeln aus der Vergangenheit, denn es ist wohl anzunehmen, daß bei dem großen Warenhunger, der überall besteht, man keinen Wert darauf legen wird, Güter aus gehobenen Schiffen noch einige Jahre zu lagern, bis etwa die Lagerkosten den Wert dieser Güter erreicht haben.

Ferner finden Sie die Kosten des Verbindungsbeamten des Finanzministeriums bei der Militärregierung in Baden-Baden, Zuschüsse für das Institut für Wirtschaftsforschung in Baden-Baden, und zwar handelt es sich hierbei um die Kosten des Personals des Requisitionsdienstes, Zuschüsse für den zentralen Ernährungsausschuß der französischen Zone, die Dienststelle „Tabak“ und das Sekretariat der deutschen Konferenzen.

Für den Beratenden Finanzausschuß bei der Militärregierung in Speyer und für das Ruhelager in Bad Münster sind dem Haushalt entsprechende Unterhaushaltspläne beigelegt. Da es sich um Zoneneinrichtungen und Auflagen gemäß der Anordnung 95 handelt, schlägt Ihnen der Haushaltsausschuß vor, den Einzelplan X in der Ihnen vorgelegten Fassung zu genehmigen.

1. Vizepräsident Röhle:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bieroth (CDU). Die Redezeit für alle Parteien beträgt 10 Minuten.

Abg. Dr. Bieroth:

Meine Damen und Herren! Der Haushalt über den „Gemeinsamen Dienst mehrerer Länder“ beruht fast ausschließlich auf Auflagen der Militärregierung. Er unterscheidet sich grundsätzlich dadurch von allen anderen Etats, daß hier praktisch ein Lastenausgleich zwischen den Ländern der französischen Zone gegeben ist, d. h. alle Länder der französischen Zone tragen die Ausgaben nach einem festgelegten Schlüssel gemeinsam, wobei auf Rheinland-Pfalz rund die Hälfte und auf Süd-Baden und Süd-Württemberg rund je ein Viertel entfallen. Den Lastenausgleich brauchen wir aber interzonal. Wenn auch die meisten Titel als Kriegsfolgeerscheinungen betrachtet werden müssen und Arbeiten sowohl als auch deren Auswirkung bei den betreffenden Dienststellen sich auf alle Länder der französischen Zone erstrecken und in deren Interesse liegen mögen, so glaube ich doch, daß die eine oder andere Position wesentlich geringere Mittel beanspruchen würde, wenn der Errichtung der Institute Vereinbarungen mit den kompetenten Stellen der deutschen Verwaltungen vorausgegangen wären.

Wir sind auch der Ansicht, es müsse der Landesregierung gelingen, zu erreichen, daß der eine oder andere Ausgabeposten auf Besatzungskosten genommen wird.

Indem meine Fraktion dem Etat ihre grundsätzliche Zustimmung erteilt, nimmt sie zu den einzelnen Titeln die folgende Stellung ein: Die Einrichtung des Beratenden Finanzausschusses mit dem Sitz in Speyer begrüßen wir. Bei den leider auf finanz- und steuerpolitischen Gebieten noch immer bestehenden Divergenzen, selbst innerhalb der französischen Zone, stellt die Lieferung und kritische Behandlung allen Vergleichsmaterials einerseits und eine Koordinierungsarbeit andererseits eine dringende Notwendigkeit dar. Wir haben nur den Wunsch, daß nach Schaffung der Voraussetzungen dafür der Beratende Finanzausschuß ganz bald offiziell in eine laufende persönliche Zusammenarbeit mit den entsprechenden Instanzen der amerikanischen und englischen Zone kommen möge.

Der Plan des Ruhelagers für arbeitsunfähige ehemalige deutsche Kriegsgefangene in Bad Münster, so wie er vorgesehen ist, kam nicht zur Realisierung. Statt dessen muß das Kriegsgefangenen-Erholungsheim Sobornheim mit einer dauernden Belegung von zirka 80 Kranken und Unterernährten, das Erholungsheim für tbc.-kranke Kriegsgefangene Stromberg mit einer dauernden Belegung von zirka 120 Kranken, und nicht zuletzt das Durchgangsverpflegungslager Kreuznach, welches durchschnittlich monatlich etwa 3000 entlassene Kriegsgefangene je 1-2 Tage verpflegt, ihnen Marschverpflegung und ein Zehrgeld verabreicht, mit Anerkennung registriert werden. Meine Fraktion betrachtet es als ihre Pflicht, dem Landrat und der Kreisverwaltung Kreuznach für die vorbildliche Verwaltung der drei Institute und die sorgsame Betreuung ihrer Insassen zu danken, aber auch dem Kreise Kreuznach, der zweifellos große Opfer dafür bringt.

Die Aufgabe, die sich das Sekretariat für Verkehr bei der Direktion für Arbeit und Transport der Militärregierung Baden-Baden gestellt hat, nämlich: einmal die laufende Zusammenarbeit mit der Militärregierung bei der Behandlung verkehrsrechtlicher Fragen und bei der Ausarbeitung einschlägiger Verordnungen und Gesetze zu sichern, und weiter: als Informationsbüro für alle verkehrstechnischen Fragen zu dienen, finden zweifellos unseren Beifall. Wir werfen jedoch grundsätzlich die Frage auf, ob bei dem doch nicht allzu großen Zusammenhang der drei Länder der französischen Zone die Errichtung eigens dieser Dienststelle nicht hätte ungangen und die Aufgaben anderwärts hätten bewältigt werden können. Die Verpflichtung zum Zuschuß zu den Ausgaben der Straßen-Unterhaltungskosten in Baden-Baden mutet uns sonderlich an. Wir können uns beispielsweise nicht denken, daß die Länder der amerikanischen und englischen Zone entsprechende Überweisungen nach Frankfurt fließen lassen. Indes hoffen wir, daß, wenn Mainz, wie es heißt, in Bälde wohnungs- und büromäßig soweit wieder erstellt sein wird, um zur Aufnahme wenigstens eines großen Teiles der Baden-Badener französischen Verwaltung würdig zu sein, die Länder Süd-Baden und Süd-Württemberg, sich den Zustand der Mainzer Straßen in der gleichen Weise am Herzen liegen lassen.

Unser Kostenanteil für den Zonen-Wetterdienst erscheint uns sehr erheblich, wenn er auch die persönlichen und sächlichen Aufwendungen des gesamten deutschen meteorologischen Dienstes der Zone einschließlich Zentralamt Freiburg erfaßt. Bei aller An-

erkenntnis der vielseitig bedingten Notwendigkeit des Funktionierens dieses Dienstes müssen wir doch die Vorlage des Haushaltsplanes erbitten.

Warenladungen, die bei der Kapitulation an Bord von Schiffen gefunden werden, sind Kriegsbeute, gleichviel welcher Art und Herkunft die Ware und gleichviel welcher Nationalität das Schiff ist. Es wäre interessant, zu erfahren, um welche Mengen und Arten von Waren es sich heute noch handelt und ob ein Betrag von immerhin 300 000 RM. Lagerkosten sich noch lohnen kann. Dieser Betrag muß ja im Zusammenhang damit gesehen werden, daß im a.o. Etat für Hebung versenkter Schiffe noch 4,5 Millionen und für die Inlandsetzung gehobener Schiffe über 10 Millionen erscheinen, ein Gesamtbetrag, der noch eine ungeheure Belastung unseres Landes darstellt.

Wenn wir die Einsicht in den Haushalt des Instituts für Wirtschaftsforschung in Baden-Baden erbitten, dann deshalb, um konkrete Vorschläge für eine Zusammenarbeit und Ergänzung mit dem in unserem Lande Erfolg versprechend eingerichteten Amt ähnlicher Bestimmung zur Vorlage bringen zu können.

Dem Zuschuß zu den Kosten des Requisitionsdienstes geben wir gerne die Zustimmung, weil wir davon eine völlige Neuorganisation des Requisitionswesens durch zentrale Herstellung möglichst aller durch die Besatzungsmacht geforderten Gegenstände und dadurch endlich eine fühlbare Abkehr von dem derzeitigen, bestehenden Requisitionssystem erwarten, von der Abkehr eines Systems, welches für die zufällig betroffenen Haushaltungen auch politisch nicht Belasteter untragbar ist.

Eine wesentliche Bedeutung, aber zweifellos recht undankbare Aufgabe gerade in der Jetztzeit hat der zentrale Ernährungsausschuß für die französische Zone, der die ausgleichsweise Verteilung der Lebensmittel sowohl innerhalb unserer Zone als auch im Verhältnis zu anderen Zonen durchzuführen hat. Da uns hier insbesondere auch die organisatorischen Zusammenhänge stark interessieren, erbitten wir Vorlage des Haushaltsplanes.

Für das Hauptquartier der UNRRA können wir, auch im Interesse der von ihr betreuten Verschleppten und ausländischen Flüchtlinge nur wünschen, daß der Ausgabeposten recht bald hinfällig wird.

Schließlich: Bei der Erörterung zum Etat des Wirtschaftsministeriums haben wir hochinteressante Ausführungen zur Preis- und Exportpolitik vernommen. Daraus möchte ich einige Gedanken zu den im Gemeinsamen Dienst noch erscheinenden wichtigen Instituten der Beratenden Preiskommission der französischen Zone, des Wechseldienstes und der Devisenstelle verwenden:

Möge die Beratende Preiskommission rasch erreichen, daß wir von dem bestehenden starren und hemmenden System der Behandlung der Preisanpassungsanträge auch da, wo der Preis dem inneren Wert der Ware gar nicht mehr entspricht, und eine Preiserhöhung ohne Bedenken sozial verantwortet werden kann, abkommen; für eine kommende Trizone ist es untragbar.

Wechseldienst und Devisenstelle erfordern den Zuschuß von immerhin 300 000 RM. Wenn der deutsche Export wieder ganz in den Händen unseres Exporthandels sein wird, wenn wieder der persönliche Kontakt zwischen dem deutschen Exporteur und dem ausländischen Abnehmer besteht, wenn die Preisgestaltung im Export nicht mehr allgemein auf der Dollarbasis beruht, und wenn wir schließlich wieder Fertig-

waren statt Rohstoffe ausführen können, dann werden sowohl die Kosten des Wechseldienstes als auch der Devisenstelle überflüssig werden, da deren Abwälzung ja eine reine Kalkulationsfrage darstellt, die nicht durch staatliche Zuschüsse abgelöst werden dürfte.

Abschließend glaubt meine Fraktion allen, im Interesse der Länder der französischen Zone arbeitenden Instituten, auch dem namentlich aufgeführten Verbindungsmann der Finanzministerien, Dank und Anerkennung für ihre Arbeit aussprechen zu sollen.

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Rörig (SPD.).

Abg. Rörig:

Meine Damen und Herren! Ganz so groß, wie der Herr Kollege Dr. Boden vorhin gemeint hat, scheint unser Land Rheinland-Pfalz doch nicht zu sein, denn wir sehen hier: Die Dimensionen unseres Landes haben doch nicht gelangt, um einige Erfordernisse verwaltungsmäßiger Tätigkeit im Rahmen unseres Landes selbst durchführen zu können. Aber wir würden uns freuen, wenn diese Übung, die dort in Baden-Baden gemacht wird, nämlich mehrere Länder zusammenzufassen in einem Gemeinsamen Dienst, und zwar recht bald, zur Ur- und Keimzelle der Vereinigten Staaten von Europa werden möge. (Bravo!) Meine Damen und Herren! Es ist klar, daß die französische Militärregierung, um gewisse Dinge, sei es Finanzen, sei es Wirtschaft, sei es Verkehr, sei es Ernährung, zentral für die Zone regeln zu können, dazu auch eine deutsche Stelle braucht, mit der sie diese, alle Länder der Zone gemeinsam betreffenden Probleme, zusammen beraten kann. Wir nehmen auch nicht an, daß diese Zentralstellen in Baden-Baden etwa nur französischen Interessen dienen. Wir schließen ja auch aus der Tatsache, daß wir diese Stellen bezahlen, daß sie deutschen Interessen dienen und damit auch den Interessen unseres Landes Rheinland-Pfalz. Wir wundern uns allerdings darüber, daß hier in bezug auf die Mittel, die aufgebracht werden müssen, ein anderes Verteilungsschema angewandt wird als bei der Zusammensetzung des zentralen Eisenbahn- und Verkehrsrates. Denn als der Eisenbahnverkehrsrat geschaffen wurde, hat man sich von seiten der Militärregierung auf den Standpunkt gestellt, zur Wahrung des föderativen Grundsatzes dürfe nur jedes Land der französischen Zone mit der gleichen Anzahl von Mitgliedern vertreten sein. Hier aber, bei der Umlage der Mittel für diese Gemeinsamen Stellen der Zone, wird nach der Bevölkerungszahl verteilt. Wir als sozialdemokratische Fraktion würden es begrüßen, wenn Verhandlungen geführt würden, daß auch in bezug auf die aufzubringenden Mittel für den Gemeinsamen Dienst mehrerer Länder nicht die Proportion der Bevölkerung, sondern auch hier der föderalistische Grundsatz Anwendung fände. Da wir die Mittel für diese zentralen Stellen aufbringen müssen, die übrigens zweifellos häufig besucht werden, das sieht man darin, daß wir einen Betrag von 100 000 RM. aufbringen müssen, um das Straßenzpflaster von Baden-Baden zu unterhalten. Wenn wir die Mittel aufbringen müssen, sage ich, dann werden wir uns auch erlauben dürfen, einige Kritik an der Zusammensetzung dieser Stellen üben zu können. Insbesondere interessiert uns da als sozialdemokratische Fraktion die personelle Zusammensetzung der zentralen Ernährungskommission. Es ist mir berichtet worden, daß an der Spitze dieser zentralen Ernährungskommission ein Mann steht, der von der Ernährung, weiß Gott, keine Ahnung hat, und es soll

schon Leute gegeben haben, die von ihm das schöne Liedchen gesungen haben: „Auf dem Dache ist ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß!“ Wir bitten die Regierung, einmal ernstlich diesen Dingen nachzugehen und die personelle Besetzung gerade dieser Zentralernährungskommission nachzuprüfen. Im übrigen gibt meine Fraktion dem Haushalt, Einzelplan X, Gemeinsamer Dienst mehrerer Länder, ihre Zustimmung in der Erwartung, daß dieser Gemeinsame Dienst mehrerer Länder möglichst bald in einem größeren Gebilde aufgehen möge. (Bravo und Beifall!)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Nowack (DP).

Abg. Dr. Nowack:

Ich verzichte.

1. Vizepräsident Röhle:

Dann Abgeordneter Betz (KPD).

Abg. Betz:

Ich verzichte.

1. Vizepräsident Röhle:

Dann ist die Rednerliste geschlossen. Wünscht der Herr Minister das Wort? Ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung Einzelplan X. Ich rufe auf die Kapitel 5, 13, 16, 17 und 21.

Wer die Zustimmung geben will, bitte ich, eine Hand hochzuheben. (Geschlecht.) Danke, ich bitte um die Gegenprobe. (Geschlecht.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum Einzelplan XI: Außerordentlicher Haushalt. Berichterstatter ist Herr Kollege Dauber.

Abg. Dauber:

Meine Damen und Herren! Haushaltrechtlich gesehen, kann man den außerordentlichen Haushalt auch als Anleihehaushalt bezeichnen. Anleihehaushalt um deswillen, weil die in einem außerordentlichen Haushalt vorgesehenen Ausgaben in der Regel gedeckt werden können mit Mitteln, die sich der Staat durch Begebung von Anleihen bzw. Kreditaufnahmen verschafft. In Artikel 117 unserer Verfassung ist von Anleihen auch die Rede. Es heißt da unter anderem, daß die durch Anleihen beschafften Mittel in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken dienen sollen.

Es ist nicht ganz leicht, den somit im Grunde in die Einzelhaushalte gehörigen außerordentlichen Haushalt als Berichterstatter übersichtlich darzustellen.

Soll man ihm ein Leitmotiv voranstellen, so läßt sich sagen: Er ist der Haushalt der unmittelbaren und mittelbaren Kriegsfolgen.

Die außerordentlichen Haushalte des Innen-, des Justiz-, des Gesundheits- und Wohlfahrtsministeriums und des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft enthalten ausschließlich Ausgaben für die Beseitigung von Kriegszerstörungen. Auch in den außerordentlichen Haushalten der übrigen Ministerien spielen derartige Ausgaben eine teils überwiegende, teils mindestens aber erhebliche Rolle.

Von der Gesamtsumme des außerordentlichen Haushalts von 491 631 200 RM. in Ausgaben, umfassen die hierher gehörigen Posten jedoch nur 49 232 600 RM. Schlägt man hierzu die Kosten für Desarmierung,

Räumung des Kriegsgeräts, Entminung usw. mit 23 500 000 RM. und für Instandsetzung gehobener Schiffe mit 10 200 000 RM., so gelangt man erst zu einer Gesamtsumme von 82 931 600 RM. Zu allen übrigen Ausgaben muß ich Sie gleich zu Eingang, bevor ich auf Einzelposten eingehe, bitten: Seien Sie sich stets der Verordnung 95 des Herrn Generals Koenig, insbesondere ihres Artikels 5, ganz bewußt. Ich darf ihn zur Verdeutlichung wörtlich zitieren: „Alle Ausgaben, die von den alliierten Behörden auferlegt werden als Folge des Krieges, der Besetzung oder Maßnahmen, die vom französischen Oberkommando in Deutschland vorgeschrieben sind, müssen im Budget jedes Landes in Form einer obligatorischen Eintragung erscheinen.“

Meine Damen und Herren! Ich habe soeben schon die Zahl von rund 491 Millionen genannt. Diese Ausgaben verteilen sich im außerordentlichen Haushalt auf acht Ministerien. Einnahmen hat in diesem Haushalt nur das Finanzministerium zu verzeichnen, und zwar handelt es sich dabei um rund 65 000 000 RM. Abführung aus dem Ordentlichen Haushalt und rund 44 000 000 RM. vermischte Einnahmen, zusammen rund 110 Millionen. Die vermischten Einnahmen stellen eine Rückzahlung dar von einem Teil eines 1946 an die Eisenbahn der französischen Zone gegebenen Darlehens. Ich möchte Ihnen nun zu den Ausgaben einige Erläuterungen geben. Die für das Innen-, Justiz- und Landwirtschaftsministerium vorgesehenen Beträge dienen ganz und die des Kultus- und des Gesundheitsministeriums zum Teil zur Wiederherstellung der durch Kriegseinwirkungen zerstörten oder beschädigten Gebäude usw. In den Ausgaben des Kultusministeriums sind zusammen elf Millionen Staatszuschuß für Baukosten, Aufbau und Ausstattung der Universität Mainz enthalten. Der Ausschuß hat die Meinung vertreten, daß es im Hinblick auf den schlechten Zustand vieler anderer Schulen tunlich sei, eine gerechtere Verteilung der Mittel vorzunehmen. Er hat beschlossen, die Landesregierung zu ersuchen, diese Frage zu prüfen. Der Teil IV des Finanzministeriums enthält mit rund 416 Millionen den größten Betrag aller Ausgaben. Hiervon entfallen 3 155 500 auf Kosten für Wiederherstellung von durch Kriegseinwirkung zerstörten oder beschädigten Gebäude usw. Die übrigen Positionen darf ich Ihnen der besseren Übersicht halber nennen, wie sie sich aus dem Plan ergeben; Teil IV, Unterteil 3. Zahlung von allgemeinen Besatzungskosten 166 800 000 RM., desgleichen Restausgaben für Rheinhesen aus dem Rechnungsjahr 1946 27 429 600 RM. Es folgen dann die Requisitionen zugunsten der Besatzungsmacht: Immobilien 29 Millionen, Mobilien 40 Millionen, Verpflichtung von Arbeitskräften, hier vorgesehen, 3 Millionen RM. Der Betrag ist erhöht worden auf 5 Millionen RM. mit Rücksicht auf die bereits höheren Istaussgaben. Requisitionen der UNRRA 2 Millionen, sonstige Kriegsfolgeleistungen 31 950 000 RM. Unterhalt der personnes déplacées, also der Verschleppten, 16,5 Millionen RM., Zahlung an die payerie generale (Zuwendung an die Familien deutscher Kriegsgefangenen für deren Arbeitsverdienst). Man hat diesen Titel geändert in „Zahlung an payerie generale“ zur besseren Klarstellung, 12 Millionen RM., Desarmierung und Räumung des Kriegsgeräts, Entminung und Beseitigung von Munition, Schleifung des Westwalls 23,5 Millionen RM., Kosten des französischen Personals der Erfassungstelle für Reparationen und Restitutions 1 864 000 RM., Kosten der Demontage und des Transports zurückgeführter oder abtransportierter Güter, zuerst vorgesehen 1 Million RM., erhöht auf 2 Millionen RM. we-

gen der bereits höheren Ist-Ausgaben, Entschädigungen für Reparationen und Restitutionsen 3 Millionen RM. Wiederaufbaumaßnahmen an Vermögen der öffentlichen Hand oder staatlichen Verwaltungen 15 Millionen RM., Anteil des Landes an den Ordentlichen Haushaltsausgaben des Zweckverbandes zum Wiederaufbau der Stadt Mainz 2,2 Millionen RM. Kosten für Bauvorhaben des Zweckverbandes der Stadt Mainz und für Trümmerbeseitigung 14,5 Millionen RM. Es ist dazu zu sagen, daß der Zweckverband der Stadt Mainz gebildet wurde auf Anordnung des Generals Koenig. Beteiligt ist das Land an diesem Zweckverband mit 83 v. H. und die Stadt Mainz mit 17 v. H. Die Kosten verteilen sich entsprechend. Es sind dann weiter vorgesehen Kapital-Einlage des Landes Rheinland-Pfalz bei der Landeszentralbank 20 Millionen RM., Besatzungspersonenschäden 700 000 RM.

Bei Teil VI. Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt, hat der Ausschuß bei Unterteil 2 1 Million RM. gekürzt und diese dem vom Landtag beschlossenen Gesetz entsprechend unter Ziffer 3 als Entlassungsbefreiung an zurückkehrende Kriegsgefangene eingesetzt. Der Teil VII A, Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, weist an Ausgaben zusammen 49 719 500 RM. aus. Ich darf Ihnen auch hier die einzelnen Positionen aus dem Plan nennen: Wiederherstellung der durch Kriegseinwirkung zerstörten und beschädigten Gebäude 430 000 RM. Die Beträge sind auch in anderen Ministerien vorgesehen. Wiederherstellung der durch Kriegseinwirkungen zerstörten oder beschädigten staatlichen Straßen und Brücken, und Neubau von Ersatzbrücken im Zuge von Reichstraßen usw., 15 Millionen RM., Hebung der versenkten Schiffe 5 350 000, Instandsetzung der gehobenen Schiffe 10 200 000 RM. Es waren hier ursprünglich vorgesehen 10 350 000 RM. Der Unterteil wurde um 150 000 RM. gekürzt zugunsten einer anderen Position. Wiederherstellung von Anlagen in und an Wasserstraßen, 900 000 RM., Ausbau der Werftanlage in Koblenz-Lützel und Erweiterung der Hellinganlage 555 000 RM., Instandsetzung und Beschaffung von Geräten 2 450 000 RM., Räumung der zerstörten Brücken 7 328 000 RM. Auch diese Position ist im Ausschuß um 150 000 RM. zugunsten einer anderen Position, auch wegen der dort bereits höheren Istausgaben gekürzt worden. Neubau der Straßenbrücken über Rhein, Mosel und Lahn 6 000 000 RM., Neubau der Moselbrücke Bernkastel einschließlich Restbetrag für die Schiffbrücke Koblenz-Ehrenbreitstein, 756 500 RM. Wiederherstellung der staatlichen Hafeneinrichtungen und Transportanlagen in Ludwigshafen und Weiterausbau der Moselstaustufe im ersten Fall 500 000, im zweiten 250 000 RM. Es handelt sich dabei um die beiden Positionen, die um je 150 000 RM. erhöht wurden.

In dem Gesamthaushalt ergibt sich nach Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen ein Defizit von 381 Millionen RM. Die Bereinigung dieses Defizits wird davon abhängig zu machen sein, wie das tatsächliche Rechnungsergebnis des Ordentlichen Haushalts und auch selbstverständlich des Außerordentlichen Haushalts sich gestalten wird. Der Landtag wird sich mit dieser Frage zu gegebener Zeit noch zu befassen haben.

Der Ausschuß schlägt dem Hause vor, gemäß Drucksache II/228, die die vorgesehenen Änderungen enthält, zu beschließen.

I. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Rörig (SPD.).

Abg. Rörig:

Meine Damen und Herren! Der Einzelplan XI des Haushaltsplanes, den wir hier zu beraten haben, verdient eine Überschrift, die all das Grauen, das wir in den letzten 12 Jahren hinter uns gebracht haben, noch einmal in uns aufleben läßt. Wir können darüber schreiben: „Das Vermächtnis Adolf Hitlers.“ Zerstörte Brücken, zerstörte Straßen, zerstörte Dienstgebäude, Besatzungskosten, Requisitionskosten, belasten uns ungeheuer und es bleibt uns nichts anderes übrig, als dafür zu sorgen, daß wir diesen Elat aufbringen. Der Außerordentliche Haushaltsplan weist einen Posten für Besatzungs- und Requisitionskosten von 361 743 600 RM. und einen eigentlichen Außerordentlichen Posten von 67 028 390 RM. aus. Das macht zusammen 428 771 990 RM. Wir Sozialdemokraten haben von vornherein immer wieder erklärt, daß wir die Notwendigkeit der Wiedergutmachung gegenüber den von Hitler mit Krieg überschütteten Völkern anerkennen und entsprechend diesem Grundsatz erkennen wir auch die Verpflichtung zur Leistung von Besatzungskosten, von Requisitionskosten und von Reparationsleistungen an. Wir bitten aber die Militärregierung, die schon einmal durch eine beachtliche Senkung der Besatzungskosten ihr Einsehen und ihren guten Willen bewiesen hat, weiterhin zu prüfen, inwieweit eine Reduzierung dieser für uns untragbaren Summen möglich ist. Wir bitten insbesondere im Bezug auf die Requisitionen nachzuprüfen, inwieweit hier nicht eine andere Regelung Platz greifen kann. Es ist doch so, daß die eine Stadt oder die eine Gemeinde oft viel härter als die andere betroffen ist von der Zufälligkeit der Tatsache, daß in ihr Besatzungstruppen oder irgendwelche Dienststellen der Militärregierung liegen. Es ist dann so, daß der Bürger dieser Stadt in weitaus schärferem Maße herangezogen wird als der andere, wo keine Besatzungstruppen liegen. Ein besonders krasser Fall liegt mir vor aus der Stadt Niederlahnstein. Die Stadt Niederlahnstein, eine Stadt von etwa 5000 Einwohnern, hat an Besatzungskosten bisher geleistet an Hand von amtlich geprüften Rechnungen 1 300 000 RM., das gibt auf den Kopf der Bevölkerung den Betrag von 260 RM. Wenn man von einer solch starken Inanspruchnahme hört, drängt es sich einem doch auf, der Militärregierung vorzuschlagen, daß hier irgendwie ein Ausgleich vorgenommen wird. Insbesondere drängt es sich uns auf, zu bitten, daß man zu einer solchen Regelung kommt, wonach der Bedarf, der sämtliche Bedarf der Besatzungstruppen und der Dienststellen der Militärregierung gar nicht im Wege der Requisition bei Privatleuten aufgebracht wird, sondern aus der Neuproduktion. (Sehr richtig!) Unter den übrigen Posten sind hauptsächlich all die Zerstörungen zusammengefaßt, die zum Teil infolge der Kriegereignisse und vor allem aber auch durch die Selbstzerstörungen einiger Hitleroffiziere zu verzeichnen sind. Wir wollen wieder aufbauen und wenn man wieder aufbauen will, macht man sich Gedanken über die Art und Form, in der man aufbauen will. Mir ist noch aus Hitlers Zeit in Erinnerung, wenn irgend etwas gebaut werden sollte, sei es ein Verwaltungsgebäude, sei es eine Staatskanzlei, sei es eine Brücke, sei es ein sonstiges Bauwerk oder auch eine Autostraße, dann wurde immer gesagt: Es ist ein gigantisches Bauwerk. Meine Damen und Herren! Das deutsche Volk hat in diesen 12 Jahren der Nazidiktatur das Wort gigantisch hassen gelernt. Wir hassen dieses Wort und weil wir es hassen, darum wollen wir etwas ganz Neues in unseren Gedanken groß werden lassen, wir wollen dieses gigantisch ersetzen durch einen

Begriff, der uns mehr liegt, durch Einfachheit, durch Bescheidenheit, durch Sparsamkeit, wobei wir uns wohl bewußt sind, daß Einfachheit, Bescheidenheit und Sparsamkeit noch lange nicht Geschmacklosigkeit zu bedeuten brauchen. Man kann gerade bei einfachem Bauen oft sehr viel mehr Geschmack hineinlegen, als dann, wenn man gigantisch und großartig baut. Besonders liegt mir am Herzen, dies im bezug auf den Bau der Universität Mainz zu betonen. 511 Millionen RM. stehen in unserem Haushaltsplan für den Aufbau der Universität Mainz. Ich bin aber, meine Damen und Herren, der Meinung, daß die Jugend, die, wenn sie ihr Studium beendet hat, nachher als Führungsschicht in das Volk zurückkehren soll, daß diese Jugend gerade in dem Milieu, in dem sie geschult wird, diejenigen Eigenschaften lernen und begreifen soll, die sie erst später in ihrer Tätigkeit als Beamte oder sonstige Führer des Volkes praktisch beweisen soll. Das kann sie am besten, wenn wir bei der Ausgestaltung dieser Universität den Erfordernissen der Wissenschaft hinreichend Rechnung tragen, aber sonst die nötige Einfachheit, Bescheidenheit und Sparsamkeit obwalten lassen. Und, meine Damen und Herren, das gilt auch für den Aufbau der Stadt Mainz. Wenn hier ein Zweckverband gegründet ist zum Wiederaufbau der Stadt Mainz, zu dem das Land Rheinland-Pfalz das allermeiste und die Stadt Mainz nur einen kleinen Teil zu bezahlen hat, dann sind wir zwar durchaus nicht darum gefragt worden, aber immerhin sind wir der Meinung, daß dieser Zweckverband mit der starken Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz interessiert sein soll an seiner zukünftigen Landeshauptstadt. Jawohl, wir sind an unserer zukünftigen Landeshauptstadt interessiert, wir sind daran interessiert, daß der Besucher dieser zukünftigen Landeshauptstadt kein falsches Bild bekommt von dem wirtschaftlichen Niveau unseres Landes. Wir sind daran interessiert, daß auch hier Einfachheit, Bescheidenheit und Sparsamkeit, wie sie im ganzen Lande gepflegt werden, ihren Ausdruck finden. Wie unser ganzes zukünftiges Leben beherrscht sein muß von dieser Sparsamkeit, so müssen diese Eigenschaften in der Landeshauptstadt ihren sichtbaren äußeren Ausdruck finden. 16 700 000 RM. kostet uns als Land Rheinland-Pfalz dieser Wiederaufbau der Stadt Mainz. Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratische Fraktion gibt dem Außerordentlichen Haushaltsplan mit schwerer Sorge ihre Zustimmung, denn sie weiß, daß von diesem Außerordentlichen Haushaltsplan der geringste Teil seine etatsmäßige Deckung gefunden hat. Wir sind uns darüber klar, daß auch der Herr Finanzminister, wenn er nunmehr in die Stabilisierung der Währung hineingeht, hier einen Klotz am Bein hat mit diesem Loch im Außerordentlichen Haushalt, das sicherlich sehr viel Sorge und Kopfschmerzen machen wird. Trotzdem sehen wir keine andere Lösung als in der vorgeschlagenen Form den Haushaltsplan anzunehmen. (Beifall.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Hartmann (CDU.).

Abg. Hartmann:

Meine Damen und Herren! Bei dem Außerordentlichen Haushaltsplan, so wie er uns von der Regierung vorgelegt wurde, betragen auf der Ausgabenseite die Ausgaben insgesamt 491 701 000 RM., darunter im einzelnen 20 Millionen RM. für die alleinige Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz an der neugegründeten Landeszentralbank. Die verbleiben-

den 471 Millionen RM. bieten sich dar mit 110 657 600 RM. als Kriegsfolgekosten und 361 043 600 RM. an Besatzungskosten. Die Besatzungskosten gliedern sich im einzelnen folgendermaßen: Zahlungen von allgemeinen Besatzungsausgaben 166 800 000 RM., desgleichen Restausgaben an Besatzungskosten für Rheinhesen für die Zeit vom 1. Oktober 1946 bis 31. März 1947 mit 27 429 600 RM., Requisitionen zugunsten der Besatzungsmacht bzw. Auflage für Immobilien 29 Millionen RM., für Mobilien 40 Millionen RM., Verpflichtung von Arbeitskräften 5 Millionen RM., Requisitionen zugunsten der UNRRA mit 2 Millionen RM., sonstige Kriegsfolgeleistungen, anerkannte und nicht anerkannte Requisitionen 31 950 000 RM., Unterhalt der DP. 16 500 000 RM., Zahlungen an die Payerie Generale, Arbeitsentgelt deutscher Kriegsgefangener, 12 Millionen RM., Desarmierung und Räumung der Kriegsgeräte, Entminung und Beseitigung von Munition, Schleifung des Westwalls 23 500 000 RM., Kosten des französischen Personals der Erlassungsstelle für Reparationen und Restitutionsen 1 864 000 RM., Kosten der Demontage und des Transports zurückgeführter oder abtransportierter Güter 2 Millionen RM., Entschädigungen für Reparationen und Restitutionsen 3 Millionen RM. Verbleiben die Posten, die nach den Ministerien getrennt im einzelnen an- und für sich schon bei den Ministerien von den Debatterednern sowohl wie auch von dem Berichterstatter miterwähnt worden sind. Insgesamt Ausgaben einschließlich der Kapitaleinlage bei der Landeszentralbank also 491 Millionen RM. Demgegenüber Einnahmen im Außerordentlichen Haushalt nur zwei Posten, und zwar der Überschuß des Ordentlichen Haushalts mit 65 495 250 RM. und 44 424 000 RM. Rückzahlung eines Darlehens, das das Land Rheinland-Pfalz der Eisenbahnverwaltung vor 1½ Jahren zur Wiederinbetriebnahme der Eisenbahn vorgestreckt hat. Die ungedeckten 381 Millionen RM., die nach Abzug dieser Einnahmen verbleiben, sind im wesentlichen vorerst gedeckt durch die bereits vor einigen Monaten durch das Hohe Haus beschlossene Anleihe von 300 Millionen RM., so daß also praktisch bis 31. März rund 81 Millionen RM. zu decken sind. Bei der damaligen Vorberatung dieses Anleihegesetzes im Haushalts- und Finanzausschuß hat der Finanzminister erklärt, daß diese Anleihe die Außerordentlichen und ordentlichen Ausgaben des Jahres 1947 bis 31. Dezember 1947 deckten, und er eventuell bis 31. März 1948 dem Hohen Hause eine Nachtragsumlage bzw. eine neue Ermächtigung für einen weiteren Kredit vorlegen müsse. Wir haben also insgesamt heute nur festzustellen, daß entsprechend dem Vorschlag des Berichterstatters und dem Vorschlag des Haushalts- und Finanzausschusses wir notgedrungen diesem Außerordentlichen Haushalt, dessen einzelne Zahlen schon durch Herrn Kollegen Rörig, soweit es sich um wesentliche Positionen handelt, erörtert worden sind, zustimmen müssen, und wir können nur die eine Hoffnung haben, daß das, was sich gewissermaßen als Fazit dieses Haushalts ergibt, daß die Resolution, die gestern von diesem Hohen Hause angenommen wurde, uns möglichst rasch den Anschluß an die englisch-amerikanische Zone, dadurch möglichst rasch eine Währungsumstellung bringt, die uns auch einmal zeigt, wie arm wir eigentlich nach diesem furchtbaren Zusammenbruch geworden sind, und die uns damit hoffentlich auch eine wirkliche Herabsetzung der auf unserem Lande ruhenden Lasten bringt. (Beifall.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Wohlleben (DP.).

Abg. Wohleben:

Meine Damen und Herren! Schweren Herzens wird die Fraktion der Demokratischen Partei dem außerordentlichen Etat die Zustimmung geben. Ich kann mich auf einige wesentliche Punkte beschränken. Erfreulich ist die tätige Anteilnahme, die das Land der Universität Mainz zollt. Wir glauben aber, in diesem Augenblick zu gewisser Vorsicht mahnen zu sollen, und zwar im Hinblick darauf, daß die kommende Geldreform immerhin doch den Strom zur Universität abstoppen könnte und infolgedessen der eine oder andere Saal als unbenutzt plötzlich leer dastehen könnte, während er immerhin einen erheblichen Verwaltungsaufwand erfordern würde.

Auch scheint mir, wenn man zu viel des Guten tut, durch Anreiz zu dem Universitätsstudium auch solche Kräfte anzulocken, die nachher dem akademischen Proletariat anheimfallen und die unzufriedenen Menschen in unseren Reihen bilden, während sie, die vielleicht im Mittelstand, im Handwerk oder sonst unterkommen können, immerhin gute Arbeit geleistet hätten und zufrieden gewesen wären. Bei dem Titel betreffend sonstige Kriegsfolgeleistungen fällt mir der Posten von nahezu 40 Millionen auf, der, soweit mir berichtet ist, vornehmlich nicht anerkannte Requisitionen darstellt. Meine Damen und Herren! Überlegen Sie sich, wieviel Tränen, wieviel Verbitterung und als Folge davon, Resignation hinter diesem Posten steht, Resignation, über die das Ausland sich beklagt. Wir haben bereits mit der Drucksache II/63 von unserer Fraktion aus ein Requisitionsstatut in Form von Richtlinien für Requisitionen gefordert, und, ich glaube, man kann im allgemeinen von einem Besatzungsstatut sprechen, und es fordern, das, aufgebaut auf den Richtlinien der Haager Landkriegsordnung, für die Ordnung sorgt, die jede Verwaltung erfordert. Mir flog heute eine Bekanntmachung eines Besatzungsamtes auf den Tisch, wonach die Bevölkerung der betreffenden Stadt aufgefordert wurde, innerhalb weniger Tage alle Klub- und Ledersessel auf dem Besatzungsamt zu melden. (Hört, hört!) Vor etwa einem Monat erfuhr ich in Worms, daß die Stadt Worms aufgefordert wurde, auf Anordnung der Militärregierung 50 bis 60 Wohnungseinrichtungen zu requirieren, die in einem Raum aufgestapelt zur Verfügung gehalten werden sollten. Meine Damen und Herren! Das bringt eine gewisse Beunruhigung unter die Bevölkerung, die gesehen und gehört hat, daß der Krieg geführt wurde um der Gerechtigkeit und des Rechtes willen. (Sehr richtig!) Diese Maßnahmen, die Beunruhigung hervorrufen, lassen aus dem Volke die Stimme erschallen: „Wo bleibt da die gerechte Behandlung?“ Aus diesem Grunde heraus haben wir mit der Drucksache II/63 auch das Requisitionsstatut verlangt, das hier Ordnung in die Dinge bringt. Wir haben gleichzeitig dabei verlangt, daß die Requisition in der Bevölkerung aufhört und die Requisition bei der Produktion durchgeführt wird. Meine Damen und Herren! Dieses würde wesentlich zur Beruhigung und Festigung des Vertrauens in die zukünftigen Verhältnisse beitragen. Das würde auch beitragen zu der von uns mit heißem Herzen gewünschten, von mir schon hier im Hause erwähnten Verständigung der beiden Nachbarvölker, meine Damen und Herren, allerdings aber auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Die Militärregierung hat begrüßens- und dankenswerterweise die Besatzungskosten in einem erheblichen Umfang gesenkt. Damit hat sie die Notwendigkeit zu einer derartigen Senkung auch dem Grunde nach anerkannt und ist damit auch einen Schritt dem entgegengekommen, was wir als das Postulat der Gleich-

berechtigung aufstellen. Ich bitte, die Gelegenheit wahrnehmen zu dürfen und der hohen Militärregierung die Erwägung nahe zu legen, ob sie nicht auf diesem Wege noch einen weiteren Schritt tun kann, um zu der Verwirklichung des Gedankens der Verständigung auf gleichberechtigter Grundlage entgegenzukommen. Ich glaube, dieses würde dazu beitragen, daß wir auch einmal wieder das Vertrauen zu Recht und Gerechtigkeit gewinnen. Das Voraussetzung ist für das friedliche Zusammenleben, auch unter den Völkern, und das uns auch die Gewähr leisten möge, daß der Friede, in dem wir leben wollen, und für den wir nicht nur miteinander, sondern auch füreinander leben wollen, für sich den Anspruch erheben könnte, ein dauerhafter zu sein. (Bravorufe.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Schieder (KPD).

Abg. Schieder:

Meine Damen und Herren! Unter den großen Vorlagen, die dem Haushalts- und Finanzausschuß vorgelegen haben, bereitete wohl keine einzige so viel Kopfschmerzen als gerade diejenige des Außerordentlichen Haushalts. Dieser Umstand ist sehr begreiflich, weil der Artikel 170 der Landesverfassung vorschreibt, daß Kreditaufnahmen nur in Fällen außerordentlichen Bedarfs gestattet werden können. In der Regel, heißt es dort, sollen derartige Aufwendungen aber nur für werbende Zwecke gebraucht werden. Zum Glück haben die Redakteure unserer zwar soviel umstrittenen Verfassung einen Ausweg offen gelassen. Die drei so unscheinbaren Wörtchen „in der Regel“ setzten den Finanzminister, die Regierung, den Finanz- und Haushaltsausschuß und auch dieses Haus selbst über die Verlegenheit hinweg, die sonst unmöglich erscheinende Vorlage der Kosten für Besatzung und damit in Verbindung stehenden Ansätze als Ausgaben für werbende Zwecke bewilligen zu müssen. Was hätte, wenn es umgekehrt eingetreten wäre, dieser Umstand des Haushaltes Stoff für Kritik geliefert?! Zum Glück bleibt uns wenigstens der eine Trost: Formaljuristisch ist alles in Ordnung! Käme es aber nur darauf an. Tatsächlich müssen wir aber gestehen, daß uns diese, im Außerordentlichen Haushalt vorgesezten Summen einen wirklich nicht geringen Schrecken eingejagt haben. Man kann zwar nicht sagen, daß der Außerordentliche Haushalt umfangreich sei, es sind tatsächlich nur acht Blätter Papier, ein ganz unscheinbares Heftchen, aber die Zahlen, und besonders die hinter diesen Zahlen stehenden Nullen. Diese machen erst, wenn man sich so ausdrücken darf, den wahren Gehalt aus, so daß dieses eine schmale Heft fast so gehaltreich ist, wie die weit umfangreicheren Haushaltspläne der Mehrzahl der übrigen Etats zusammen. Meine Damen und Herren! Von den rund 490 Millionen Gesamtausgaben des Außerordentlichen Haushalts entfallen nur rund 63 Millionen auf unmittelbar durch deutsche Behördenstellen zu verausgabende Mittel für Wiederaufbau an Immobilien, Wasser- und Landstraßen, Brücken und Hafenanlagen sowie an Fürsorgekosten, an Beihilfen für Flüchtlinge und Ausgebombte. Alle übrigen Ansätze, das heißt der Rest der Gesamtausgabe von 427 Millionen, entfallen auf ausschließliche Auflageposten der Militärregierung. Ich darf wohl annehmen, daß die veranschlagten Ausgaben für die Universitätsbauten in Mainz, für den Zweckverband Mainz und die Landesbank sonst nicht in Ansatz gebracht worden wären. Die Summe der eigentlichen inneren Besatzungslast mit rund 300 Millionen stellt

eine solche hohe Belastung dar, daß das allein schon die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz mit rund 110 RM. pro Kopf belastet. Angesichts dieser Tatsache, daß die Aufbringung der Mittel für den Haushalt insgesamt zu neun Zehntel durch Steuern erfolgt, von denen ein Anteil von fast 50 v. H. auf die Lohnsteuer entfällt, bedeutet das, daß ein Arbeiter in Rheinland-Pfalz fast praktisch einen Monat im Jahr umsonst arbeiten muß, um seinen Anteil an den Kosten der Besetzung aufzubringen. In Wirklichkeit ist dieser Anteil noch größer, weil in dieser Rechnung nur von den reinen Besetzungskosten ausgegangen wird. Wir erkennen dankend an, daß die Besetzungsmacht von sich aus die jetzt in Ansatz gebrachte Summe schon um einen beträchtlichen Teil des ursprünglich entschiedenen höheren Betrages herabgesetzt hat. Trotzdem müssen wir hier feststellen, daß die gegenwärtige Forderung das Maß der Leistungsfähigkeit der deutschen Bevölkerung weit übersteigt. Im Interesse beider Teile wäre es nach unserer Meinung besser, die Stufe so festzulegen, daß sie von der deutschen Bevölkerung noch erstiegen werden kann, ohne unter der Last zusammenzubrechen und andererseits die Besetzungsmacht die Möglichkeit hat, ihre Aufgabe zu erfüllen, ohne von ihrem Prestige einzubüßen. Ich möchte hier keineswegs, das darf ich offen erklären, in die Neigung verfallen, von einer Gleichberechtigung zu sprechen. Wir Kommunisten verstehen den Wunsch Frankreichs, das nach drei furchtbaren Überfällen Deutschlands, um seine Sicherheit bemüht ist. Wir wissen auch, wie grausam gerade dieses Land im hinter uns liegenden Krieg behandelt wurde, daher sind wir der Meinung, daß die beste Sicherheit Frankreichs in der Schaffung eines wirklich demokratischen friedlichen Deutschlands liegen muß. (Sehr gut!) Aber dieses demokratische Deutschland kann nur geschaffen werden mit deutschen Demokraten. Daher, meine Damen und Herren, richten wir Kommunisten an die Militärregierung die Bitte, den demokratischen Kräften, die zwölf Jahre in entschiedenem Kampf gegen diejenigen Mächte standen, denen Frankreich das unendliche Leid zuzuschreiben hat, größere Freiheiten gewähren möge. Möge bald der Tag kommen, wo auch die bisher nach unserer Auffassung kleinlichen bürokratischen Hemmungen beseitigt werden! In diesem Zusammenhang möchte ich noch den einen Wunsch aussprechen, bei der allgemeinen Bewirtschaftung der für die Besetzungskosten aufzubringenden Mittel doch ebenso sparsam als möglich umzugehen, wie wir bemüht sind, es mit den übrigen Haushalten der deutschen Behörden zu tun. Ich glaube, daß es auch kaum im Sinne der Militärregierung gelegen ist, wenn wir immer wieder auf Umstände hingewiesen werden, die nach der augenblicklichen Lage nicht angebracht erscheinen. Wenn Villen, die ziemlich hohe Werte schon darstellen, noch umgebaut werden und weitere beträchtliche Mittel verschlingen, wenn Schnellboote für nicht klare Zwecke gebaut werden, wenn zum Beispiel Flugplätze - ich denke hier an Niedermendig, der heute bereits über 1½ Mill. RM. verschlungen hat, neu hergerichtet werden, so müssen wir sagen, daß wir gerade von dem letzten Punkt aus gesehen, es um so mehr bedauern, weil gerade dort wertvollster Ackerboden der Bewirtschaftung entzogen wird. Ich möchte noch kurz eingehen auf den im Außerordentlichen Haushaltsplan eingesetzten Posten des Unterhalts der P. D. R. Unsere Meinung ist die, daß heute das Land Rheinland-Pfalz nicht gezwungen sein sollte, den Unterhalt dieser Personen zu zahlen. Wir kommen zu dieser Auffassung deswegen, weil die Möglichkeit längst besteht, diesen Personen in ihrem Heimatland

einen endgültigen Aufenthalt zu schaffen. Zu der Frage der Desarmierung, der Schleifung des Westwalls, welche ebenfalls mit einem sehr hohen Posten im Außerordentlichen Haushalt erscheint, ist unsere Meinung, daß hier von der deutschen Regierung in Verbindung mit der Militärregierung ein strenger Maßstab anzulegen ist hinsichtlich der ausführenden Firmen, die bei diesem Abbruch arbeiten. Ich glaube, es wäre nicht angebracht, daß die Leute, die am Aufbau des Westwalls Millionen geschöpft haben, heute beim Abbruch desselben Westwalls wieder Millionen herausholen. Und dann geht noch unser Wunsch dahin, die deutsche Regierung möge in dieser Hinsicht bei der Militärregierung vorstellig werden, die Ausgaben des Landes Rheinland-Pfalz zu dieser Ziffer „Desarmierung“ auch auf die anderen Länder Deutschlands mit zu verteilen. Ich denke hier beispielsweise an Hessen, Bayern, Thüringen usw. In diesen Staaten, diesen neugebildeten Ländern Deutschlands waren keine Befestigungsbauten gewesen. Ich bin der Auffassung, daß auch diese Länder genau so den Krieg verloren haben, wie Rheinland-Pfalz. Warum sollten sie bei einem derartigen Spezialkostenaufwand nicht mit daran beteiligt werden können? In der Frage der Hebung der versenkten Schiffe und deren Instandsetzung sind wir der Meinung, daß auch hier die deutsche Regierung unbedingt versuchen muß, mit der Militärregierung übereinzukommen, diesen Posten zunächst einmal mit dem Rechtstitel für echte Reparationsleistung versehen zu lassen. Meine Damen und Herren! Wie ich schon ausführte, sind wir durch die Tatsache, daß uns die Verfassung die Lücke gelassen hat, über diese Frage hinwegkommen, ohne ausdrücklich unsere Zustimmung geben zu müssen. Wir sind uns andererseits darüber klar, daß tatsächlich die Militärregierung, welche die oberste Instanz in Rheinland-Pfalz darstellt, allein durch die Ordonnanz Nr. 95 zwingend vorschreiben kann, die Besetzungskosten als Auflage hinzunehmen. Aber, wie ich es bereits zum Ausdruck gebracht habe, möge auch die Militärregierung eingedenk sein, daß Sparsamkeit ein Gebot der Stunde ist. Für die Zukunft wird sie wesentlich sein müssen im beiderseitigen Interesse; denn das alte Sprichwort gilt auch heute noch: „Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er leer ist!“

1. Vizepräsident Röble:

Wird das Wort weiter gewünscht? Es ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über Drucksache II/228.

Den Punkt auf Einzelplan XI a-j.

Wer diesem seine Zustimmung geben will, bitte ich eine Hand zu erheben. (Geschlecht.) Danke. Bitte um die Gegenprobe. Danke. Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nunmehr zur Drucksache II/220: Haushaltsplan des Ministerpräsidenten, Einzelplan 0. Das Wort hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Dauber (CDU.).

Abg. Dauber:

Meine Damen und Herren! Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei. Die Bezeichnung könnte zu falschen Schlüssen führen, wenn man die Zahlen nennt, die insgesamt in Einnahme 872 700 RM. und in Ausgabe rund 14 000 000 RM. betragen. Es ist deshalb notwendig, einleitend darauf hinzuweisen, daß in dem Haushalt noch folgende weitere Kapitel enthalten sind:

Landesverwaltungsgericht,
Rheinische Verwaltungsschule,
Staatsarchive.
Landeskommissar für die politische Säuberung.
Verwaltungsakademie Speyer,
Dolmetscherschule Germersheim und
das Statistische Landesamt.

Der Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei selbst enthält rund 204 000 RM. Einnahmen aus dem Verkauf des Amtsblattes usw., während die Gesamtausgaben rund 700 000 RM. betragen. Im Hinblick auf die großen Aufgaben, die dem Staatsministerium bzw. der Staatskanzlei zufallen und auf die Arbeiten, die sich ohne Zweifel über die Zonen Grenzen hinweg mehrern werden, hat der Ausschuß dem Antrag zugestimmt, daß zwei Oberregierungsratsstellen und zwei Regierungsratsstellen anstatt bisher je eine in den Plan aufgenommen werden. Für das gesamte Personal, 15 Beamte, 21 Angestellte und 28 Arbeiter werden insgesamt 258 000 RM. ausgewiesen. Die sächlichen Ausgaben entsprechen dem tatsächlichen Bedürfnis. In den allgemeinen Ausgaben sind 80 000 RM. Kosten für das Amtsblatt enthalten. Der Ausschuß hat es für wünschenswert gehalten, daß das Amtsblatt regelmäßig erscheint. Zur Durchführung des Herrn Dr. Lichter erteilten Auftrages sind 150 000 RM. bereitgestellt. Im Ausschuß war man der Ansicht, daß die Bereitstellung dieser Mittel im Hinblick auf den verfolgten Zweck gerechtfertigt ist, wenn auch ein sichtbarer Erfolg bisher nicht zu verzeichnen ist. Der Ausschuß hat mit sieben Stimmen bei sechs Enthaltungen diesem Teil des Planes zugestimmt. Landesverwaltungsgericht: Das Kapitel schließt in Einnahme mit 150 RM. und in Ausgabe mit 56 500 RM. ab. In den Ausgaben sind enthalten die persönlichen Unkosten mit 43 700 RM. für vier Beamte und zwei Angestellte. Die sächlichen und allgemeinen Ausgaben entsprechen ebenfalls dem Bedürfnis. Der Ausschuß hat diesem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Rheinische Verwaltungsschule Cochem:

Der Ausschuß hat in seinen Vorberatungen den Rechnungshof um Überprüfung der Schule gebeten. Die Überprüfung hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Ausgaben um rund 30 000 RM., auf 170 000 RM. gesenkt werden konnten, die sich wie folgt verteilen:

persönliche Ausgaben	74 950 RM.
sächliche Ausgaben	32 600 RM.
und allgemeine Ausgaben	63 350 RM.

In dem letzteren Posten sind enthalten: 19 200 RM. Unterhaltszuschüsse für die Teilnehmer und rund 42 900 RM. für den Wirtschaftsbetrieb.

Die Teilnehmer hatten bisher nur die Reisekosten selbst zu tragen. Der gezahlte Unterhaltszuschuß betrug bisher 30 RM. für unverheiratete und 90 RM. für Verheiratete monatlich. Die Sätze werden als nicht endgültig bezeichnet. Der Wirtschaftsbetrieb erfordert, wie schon gesagt, 42 900 RM. Man war im Ausschuß der Ansicht, daß diese Selbstkosten von den Teilnehmern, wie auch von dem Personal getragen werden müßten und hat deshalb den Betrag in gleicher Höhe in Einnahme eingesetzt. Der Ausschuß hat dem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Staatsarchiv.

War haben im Lande zwei Staatsarchive, und zwar in Koblenz und Speyer. Der Ausbau dieser Archive kann mit Rücksicht auf die Finanzlage nicht forciert werden, die Arbeit muß sich vielmehr darauf beschränken, daß jetzt Vorhandene mit dem derzeitigen Personal zu erhalten. Die gesamten Geldansätze wur-

den mit dem Leiter der Archive besprochen und in ihrer jetzt festgestellten Höhe für vertretbar gehalten. Die Ausgaben betragen insgesamt 114 750 RM., die Einnahmen 2400 RM. Der Ausschuß hat einstimmig zugestimmt.

Landeskommissar für die politische Säuberung.

In den Ausschußberatungen wurden die großen und schwierigen Aufgaben, die dieser neuen Dienststelle obliegen, eingehend erörtert. Die Schwierigkeiten dürften allgemein bekannt sein, die den schnelleren Fortgang der Arbeiten bisher noch gehindert haben. Vor allem hat dabei die Personalfrage bzw. die Besetzung der Stellen eine besondere Rolle gespielt. Das Meldeverfahren ist inzwischen angelaufen. Die Verordnung 133 soll in dem Ablauf der Arbeit noch keine Erleichterung gebracht haben, da die Prüfung im Hinblick auf diese Verordnung auch einen gewissen Arbeitsaufwand erfordert. Bei der Einrichtung der Spruchkammern und Ausschüsse ist man von dem Gedanken ausgegangen, sie den Gerichten anzugleichen. Bei der Aufstellung des Planes konnte man sich auf Zahlen nicht festlegen, weil der Aufbau noch im Gange ist. In dem Plan sind vorgesehen: in Einnahme 480 000 RM., in Ausgabe 9 152 150 RM. Zu den Einnahmen ist zu sagen, daß der Betrag aus der Luft gegriffen ist, da die Arbeit der Spruchorgane noch im Anlaufen ist und man jetzt noch nicht wissen kann, welche Beträge bis zum Ablauf des Rechnungsjahres hereinkommen werden. Bei den ergehenden Entscheidungen ist ein Unterschied zu machen zwischen den zu verhängenden Sanktionen, die einem Wiedergutmachungsfonds zufließen und den Kosten des Verfahrens, die in die Staatskasse fließen. Im Ausschuß war man der Ansicht, daß die Kosten der politischen Säuberung nicht zu Lasten des Steuerzahlers gehen dürfen. Die Regelung geht jetzt dahin, daß die Gebühren das Doppelte derjenigen in Strafsachen betragen sollen. Man rechnet, daß mit dem Aufkommen dieser Gebühren der gesamte Aufwand gedeckt wird. Der Ausschuß hat diesem Kapitel zugestimmt unter der Voraussetzung, daß die politische Säuberung schnell und gerecht durchgeführt wird. Unbedingte Voraussetzung hierfür ist eine wirksame Amnestie für die kleinen Mitläufer ab 1933, die tatsächlich auch durchgeführt wird und die Spruchkammern entscheidend entlastet.

Verwaltungsakademie Speyer:

Die Einrichtung der Akademie entspricht einer Auflage der Militärregierung aus der vorparlamentarischen Zeit. Nach den geltenden Bestimmungen soll nur noch Absolventen der Akademie der Zugang zum höheren Verwaltungsdienst unseres Landes offenstehen. Der Ausschuß hat die Regierung gebeten, zu versuchen, in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen eine Änderung dieser Bestimmungen herbeizuführen. Die von den übrigen Ländern der Zone zu tragenden anteiligen Kosten erscheinen als Einnahme in dem Haushaltsplan „Gemeinsamer Dienst mehrerer Länder“.

Die Ausgaben teilen sich auf in 306 500 RM. persönliche, 68 500 RM. sächliche, 11 400 RM. allgemeine, 480 000 RM. einmalige, zusammen 866 400 RM. Bei den einmaligen Ausgaben handelt es sich um Restausgaben für den Umbau des Gebäudes und für die innere Einrichtung. Von der Akademie wurde weiter beantragt, die Unterhaltszuschüsse für die Referendare zu zahlen. Der Ausschuß faßte hierzu folgenden Beschluß:

„Der Ausschuß vertritt die Ansicht, daß die Unterhaltszuschüsse für die Referendare von den Dienststellen zu tragen sind, die die Referendare zu der Akademie entsandt haben.“

Zu dem Kapitel 7 hat der Ausschuß wie folgt Stellung genommen:

„Die Zustimmung zum Etat der Verwaltungsakademie in Speyer im übrigen erfolgt in der Erwartung, daß es der Landesregierung gelingt, in Verhandlungen mit der Militärregierung im Zuge einer Neuordnung des Ausbildungswesens der höheren Verwaltungsbeamten eine Umgestaltung der Akademie unter Vermeidung einer Monopolstellung und der ihren Absolventen zugedachten Anwartschaft auf Einstellung im öffentlichen Dienst zu erreichen.“

Der Ausschuß hat ferner noch beschlossen, zu diesem Kapitel

1. die Aufwandsentschädigung für den Leiter der Akademie von 3600 RM. auf 1800 RM. ab 1. Oktober 1947 herabzusetzen.
2. die bisher und bis auf weiteres im Beamtenverhältnis an der Akademie Tätigen sind Beamte auf Widerruf,
3. die derzeitige Besoldung des gesamten Personals ist zu überprüfen.

Dolmeterschule Germersheim:

Auch hier handelt es sich um eine Auflage der Militärregierung aus der vorparlamentarischen Zeit. Es soll allerdings erwähnt werden, daß die Stellung zu dieser Schule allgemein positiver ist als zur Akademie in Speyer. Die Schule wird zur Zeit von etwa 300 Schülern besucht. Die Einnahmen betragen 137 500 RM., darin enthalten 129 500 RM. Studiengebühren. Die Ausgaben betragen 1 851 000 RM. persönliche Kosten für sechs Beamte, zehn außerplanmäßige Beamte, 28 Lektoren, 21 Angestellte und Arbeiter. In den einmaligen Ausgaben sind rund 800 000 RM. für den Umbau des Gebäudes enthalten. Zu diesem Kapitel hat der Ausschuß folgenden Beschluß gefaßt:

„Zu dem Etat der Dolmeterschule gibt der Ausschuß seine Zustimmung unter der Voraussetzung, daß die Landesregierung durch Verhandlungen mit der Militärregierung bis zur nächsten Haushaltsberatung eine Beschränkung auf das unbedingte Bedürfnis und eine organische Verbindung mit dem Lehrkörper der Universität Mainz erreicht. Die bisher und bis auf weiteres im Beamtenverhältnis an der Dolmeterschule Tätigen sind Beamte auf Widerruf. Die derzeitige Besoldung des gesamten Personals ist zu überprüfen.“

Statistisches Landesamt:

Das Statistische Landesamt, das vor einigen Tagen von Kapellen nach Bad Ems verlegt wurde, ist noch im Aufbau begriffen. Das Statistische Material hat nach Angaben, die dem Ausschuß gemacht wurden, bisher zu vier Fünfteln der Militärregierung und mit einem Fünftel den Regierungsstellen des Landes gedient. Das Kapitel enthält keine Einnahmen. Die Ausgaben betragen zusammen 965 000 RM. Der derzeitige Leiter mit der Amtsbezeichnung Präsident erhält Besoldung nach Gruppe A 1a, während die Stelle nach Beschluß des Ausschusses in A 2b eingestuft ist. Der Ausschuß schlägt dem Hohen Hause vor, gemäß Drucksache II/220 zu beschließen. (Beifall.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Zimmer (CDU.).

Abg. Dr. Zimmer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir im Rahmen des Gesamtetats uns den Etat des Amtes des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei ansehen, dann fällt uns auf, daß er im Verhältnis zu

den anderen Ministerien gering erscheint. Diese Feststellung ist umso auffälliger, als die Verfassung selbst der Stellung des Amtes des Ministerpräsidenten einen breiten Raum einräumt. Wir haben zu fragen, inwiefern rechtfertigen die Aufgaben, die dem Ministerpräsidenten gestellt sind, diese Ausgaben im Hinblick auf die Verfassung. Welche Stellung hat er im Land gegenüber der Besatzungsmacht, in der Bevölkerung und gegenüber dem Volk? Die Verfassung sagt uns mehr, als der Etat. Der Artikel 98 stellt fest: „Der Ministerpräsident ernennet und entläßt die Minister.“ Der Artikel 101 sagt: „Der Ministerpräsident vertritt das Land Rheinland-Pfalz.“ Artikel 102: „Der Ministerpräsident ernennet und entläßt die Staatsbeamten, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist.“ Und Artikel 103: „Der Ministerpräsident hat das Recht, im Wege der Gnade rechtskräftig ergangene Strafen zu erlassen oder zu mildern.“ Und schließlich der wichtigste Artikel 104: „Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und ist dafür dem Landtag verantwortlich.“ Es ergibt sich die Frage, wie haben sich bisher diese Bestimmungen in die Wirklichkeit überführen lassen, wie haben sie sich gegebenenfalls ausgewirkt, wo sind Mängel des Rechts oder der Praxis hervorgetreten? Es ist uns eine geläufige Erscheinung, daß wir heute, das ist in den Tagen wiederholt zum Ausdruck gekommen, immer wieder die Diskrepanz feststellen zwischen dem geschriebenen Recht und der von den Tatsachen diktierten Wirklichkeit. Bereits vor einigen Wochen hatte ich an dieser Stelle in inhaltlicher Übereinstimmung mit dem Herrn Finanzminister die staatsrechtliche und völkerrechtliche Lage unseres Landes umrissen. Ich hatte damals auseinandergesetzt, in welchen Richtungen unser heutiges Staatswesen noch sehr fragmentarisch ist, und selbstverständlich wirkt sich dieser Zustand auch auf die Stellung, auf die Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten aus. Denn er ist schließlich der oberste Repräsentant des Staates und oberste Exponent des Volkswillens, wie er durch das Parlament als den gewählten Volksvertretern repräsentiert wird. Die faktische Lage, die sich aus der Besetzung ergibt, stellt an den jeweiligen Träger dieses Amtes, das heute dieser ist und morgen jener sein kann, höchste Anforderungen an politischer Einsicht, an Charakterstärke, Umsicht und Besonnenheit. Hinzu kommt, daß er schließlich nicht allein steht, sondern umgeben ist von Ministerkollegen, die ihrerseits in mancherlei grundsätzlichen Dingen anderer Meinung sind oder sein können und daß doch die Geschlossenheit der Landesregierung gewahrt bleiben muß. Der Ministerpräsident steht zwar auf dem Boden der von uns beschlossenen und von der Militärregierung genehmigten Verfassung, aber es gibt auch Besatzungsvorschriften, und es gibt eine Ordonnanz 95. Wir haben die Zuversicht und das Vertrauen, daß der Ministerpräsident, unterstützt durch seine Ministerkollegen, gewissenhaft in voller Aufrichtigkeit, aber auch Festigkeit gegenüber der Besatzungsmacht Schritt für Schritt dahin wirkt, daß der Wille zu demokratischer Verantwortlichkeit auch mehr und mehr den entsprechenden Tätigkeitsraum findet, das heißt, daß Schritt für Schritt unsere Zuständigkeiten erweitert werden oder zum mindesten die Grenzen klar abgegrenzt werden. Wir betrachten in dieser Richtung den Ministerpräsidenten als den ersten und obersten Anwalt der Wünsche des ganzen Volkes von Rheinland-Pfalz. Es ist ein hohes Amt, verantwortungsvoll und in Anbetracht der ganzen Lage auch schwierig. Und deshalb werden, glaube ich, alle Parteien des Hauses und alle Faktoren des politischen Lebens außerhalb des Landtages stets richtig handeln, wenn sie dieser unerhörten Schwierigkeit

Rechnung tragen. Ich sagte schon vor Wochen, diese Lage gibt genau wie für den Herrn Finanzminister auch für den Herrn Ministerpräsidenten Rahmen und Maßstab jeder Kritik ab. Wir haben das Vertrauen, daß der Herr Ministerpräsident wie bisher in vollem Einvernehmen auch in Zukunft entsprechend der Verfassung das Kabinett koordiniert, die Minister, sodaß der Rahmen der einheitlichen Landespolitik gewahrt bleibt. Wir haben es auch dankbar begrüßt, daß der Herr Ministerpräsident mit großem Verantwortungsbewußtsein sich der akuten Sorge unseres Volkes, der Ernährungslage, persönlich in stärkster Weise zusammen mit dem zuständigen Ressortminister angenommen hat. Er hat damit dieser Frage den hochpolitischen Charakter gegeben, der ihr von Natur aus auch zukommt. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen doch die klare Frage stellen, inwieweit hat sich die im Zusammenhang mit den Ernährungsschwierigkeiten beschlossene Einrichtung eines Sonderreferates bewährt oder gegebenenfalls, warum nicht. Wir finden den Posten im Etat des Ministerpräsidenten mit 150 000 RM. eingesetzt, was uns neben dieser Ernährungsfrage im Augenblick am stärksten bewegt, das ist der Blick auf die große Politik der großen Staaten, und wir sind ja im wesentlichen hierbei Zuschauer. Trotzdem müssen wir uns darauf einrichten, daß wir hierbei eine Rolle spielen müssen. Der Herr Ministerpräsident, unterstützt durch seine Ministerkollegen, wird, wie wir hoffen, baldigst mit den Vertretern anderer deutscher Länder im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht berufen sein, die Interessen unseres Landes, sagen wir mal in Frankfurt, wahrzunehmen. Dabei erwarten wir, daß er unser politisches Wollen und das politische Gewicht unseres Landes zum vollen Einsatz bringt. Dieses politische Gewicht unseres Landes resultiert aus den besonderen geschichtlichen Erfahrungen, die wir hier haben, aber auch aus den Verpflichtungen, die wir aus unserer geographischen Lage herleiten. Wir gehen davon aus, daß die Vertreter unseres Landes den anderen Ländern in dieser Hinsicht noch manches zu sagen haben. Damit die Regierung unseres Landes, insbesondere ihr oberster Repräsentant, der Ministerpräsident, ständig mit den Energien des Landes geladen bleibt, daß sie fühlen, daß sie wirkliche Exponenten des politischen Willens sind, ist es unbedingtes Erfordernis, daß die Regierung in ständigem Kontakt mit der Öffentlichkeit und mit den breiten Massen des Volkes bleibt. Mittler dieses Kontaktes sind die Faktoren der öffentlichen Nachrichtenübermittlung und der öffentlichen Meinungsbildung. Es darf nicht dazu kommen, daß sich zwischen Regierung und die breite Masse unseres Volkes eine Trennungswand aufrichtet, die zunächst aus Unkenntnis besteht, wobei dann aus der Unkenntnis mehr und mehr ein Mißtrauen erwächst. Eine gesunde öffentliche Meinung muß sich frei bilden können auf einer erschöpfenden und sachlichen Unterrichtung des Volkes. Dem Volk braucht nicht immer, wie ich neulich den Ausdruck las, eine „Meinung vorgekaut“ zu werden. Das ist nicht unbedingt nötig. Das Volk will in weitestem Umfange in der Lage sein, sich seine politische Meinung selbst zu bilden. Im Rahmen dieser Aufgabe liegt auch in vollem Umfang das Recht und die Möglichkeit einer freien, sachlichen Kritik. Es ist aber, wie ich glaube sagen zu dürfen, keine sachliche Kritik und keine sachliche Unterrichtung, wenn zum Beispiel am vergangenen Sonntag der Rundfunk, wie ich annehme durch eine sehr schlechte Berichterstattung, sich hat dazu verleiten lassen zu berichten, daß in der vorigen Woche der Landtag deshalb mit den Etatsberatungen nicht fertig geworden wäre, weil vorher

die persönliche Erklärung eines Abgeordneten abgegeben worden ist.

Meine Damen und Herren! Wir haben ja im Ausschuss monatelang über den Zahlen des Haushalts gesehen. Die Fraktionen haben wiederum diese Woche tagelang sich mit den Fragen des Haushalts befaßt und mit ihnen gerungen. Wir wissen, was wir mit Mühe und Not überhaupt in diesen Tagen fertigbrachten. Und ebenso war es nicht richtig, wenn der Berufsschuletat kritisiert wurde mit einer Zahl von 70 000 RM., wo in Wirklichkeit nach meiner Erinnerung zwei Millionen eingesetzt sind. Da möchten wir doch die Bitte und Aufforderung an die Stelle richten, ihre Nachrichten auf einer sehr exakten Berichterstattung aufzubauen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein solcher Bericht von verantwortlichen Herren gedeckt werden könnte.

Es wird deshalb endlich Zeit, daß alle Faktoren der öffentlichen Nachrichtenübermittlung und Meinungsbildung in einer Atmosphäre vollsten Vertrauens mit den Organen und mit der Regierung zusammenarbeiten, damit wir in den krisenhaften Monaten, die vor uns stehen, nicht auseinandergerissen werden. (Sehr gut!) Selbstverständlich: jeder ernste Politiker ist für eine wirkliche Kritik stets dankbar und er möchte sie nicht missen.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich auf diese wenigen grundsätzlichen Bemerkungen beschränkt, möchte aber zum Schluß noch den Blick von uns hinrichten auf das, was vorging. Meine Damen und Herren! Die Lage ist heute so, daß unser Volk sich sehnt nach Frieden. Es sehnt sich nach Arbeit. Und mancher wird müde des Sehns und fällt in trübe Resignation. Unser Volk erinnert sich der Worte, die uns zugerufen worden sind, im Jahre 1941 in der Atlantik-Charta, in der es in Punkt 4 heißt: „Es muß mit gebührender Rücksicht auf die bestehenden Verpflichtungen geachtet werden“. „Es muß die Möglichkeit des Zugangs aller Staaten, großer und kleiner, Sieger und Besiegten, zu gleichen Bedingungen zum Welthandel und zu den Rohstoffen der Welt, welche für ihr wirtschaftliches Gedeihen gebraucht und gefordert werden.“ Und weiter heißt es: „Die Mächte wünschen die vollste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen, mit dem Ziel für alle verbesserte Arbeitsbedingungen herzustellen.“ Und schließlich hat diesen Worten, die von Churchill und Roosevelt damals verkündet wurden, sich der Außenminister Bidault 1946 in Paris angeschlossen, indem er sagte: „Das Problem heißt nicht, wie man Deutschland vorsätzlich in Elend halten soll, sondern im Gegenteil, wie man es herausziehen soll“. Diese ermutigenden Worte waren unzweifelhaft ernst gemeint, und von hohem staatsmännischem Verantwortungsgefühl getragen. Wir wissen, daß die Verhältnisse vielfach stärker sind als der Wille großer Staatsmänner. Aber wir können nicht müde werden zu bitten und zu hoffen, daß die Staatsmänner dieser Welt endlich den Weg in die Freiheit finden, der Weg, der unserem Volk die Möglichkeit der Arbeit und damit des Brotes bringt. Und auf dieses große Ziel hoffen wir, ausgerichtet auch im politischen Einsatz unserer Regierungsmänner demnächst in Frankfurt. (Bravo und Händeklatschen.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Ziegler (CDU).

Abg. Ziegler:

Meine Damen und Herren! Ich habe einige Ausführungen zu machen über das Problem der Bereinigung.

Krise um die Entnazifizierung! In allen politischen und unpolitischen Kreisen hört man z. Zi. dieses Wort, in den Kreisen, die ehrlich bemüht sind, das Anliegen zu einem guten Ende zu führen, ebenso wie in den Kreisen vor allem auch der Tausenden von Betroffenen. Die Tragik der Entnazifizierungsnöte hat wieder einmal einen Gipfel erreicht. Man spricht davon, daß die technische Ausrüstung des Verfahrens zu versacken droht.

Jede Krise hat ihre Ursache, und hier will man auch nach dem Sündenbock suchen. Man raunt sich in die Ohren, daß es sich nur um eine personelle Angelegenheit handle. Wir brauchen sonst nichts als andere Leute. Wir brauchen auch dort einen anderen Mann, wir brauchen Präsidenten, wir brauchen öffentliche Kläger, wir brauchen Beisitzer, kurzum: wir brauchen Leute, die es schaffen. Nur daran fehlt es und darüber hinaus in Neustadt an Geld, das tatsächlich bis zur Stunde noch nicht eingetroffen ist. Sind einmal diese Mängel beseitigt, ist alle Schwierigkeit behoben! So urteilen selbst Leute, denen man eine kluge Einsicht sonst zutrauen kann. Sie scheinen aber alle auf einem falschen Weg zu sein, sei es, daß sie nicht rechnen können, oder aber, daß sie sich mit dem ganz großen Problem noch nicht ernsthaft genug auseinandergesetzt haben.

In der Breiten-Komponente sind alle bewandert. Sie wissen, wie in der französischen Zone die Entnazifizierung angelaufen ist. Im Süden freilich anders als im Norden, und selbst bei uns in Neustadt an der Haardt so ganz anders als in Koblenz an Mosel und Rhein. Sie kennen die Entwicklung in der russischen, amerikanischen und britischen Zone. Das Hohe Haus kennt die Direktive des Kontrollrats Nr. 24, welche schlechthin „die Entfernung von Nationalsozialisten aus allen öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellen in bedeutenden privaten Unternehmungen“ vorsah. Sie kennen die Direktive Nr. 38 des Kontrollrates, auf Grund welcher auch die französische Zone eine einheitliche Rechtssatzung für die politische Säuberung erhielt. Die Verordnung Nr. 79 des Herrn Generals Koenig wollte die Entnazifizierung den deutschen Behörden anvertraut sehen. Der gutachtliche Entwurf der Beratenden Landesversammlung vom 27. Februar 1947 zu einem wohl durchgearbeiteten Entnazifizierungsgesetz hat bei der Militärregierung keine Billigung gefunden. Die erneut vorgelegte Landesverordnung vom 17. April 1947 wurde dann keiner näheren Beratung unterzogen. Sie wurde vielmehr lediglich mit der bekannten Entschliebung vom 11. April 1947 verabschiedet. Diese Entschliebung enthält die Feststellung, daß dieses neue Gesetz zwar weniger gut sei als die ursprüngliche Landtagsvorlage, aber immerhin bessere Methoden biete, als sie in dem bislang geübten Verfahren angewandt wurden. Dazu kommt noch die Verordnung Nr. 133 vom 17. 11. 47, in der die Amnestie für die Mitläufer enthalten ist.

Mit der Landesverordnung zur politischen Säuberung im Lande Rheinland-Pfalz vom 17. 4. 47 war eine Grundlage geschaffen, und alle Welt erhoffte von dieser Landesverordnung ein rasches Fortschreiten der Bereinigung und auch deren baldiges Ende. Allein diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Heute, nach drei Vierteljahren ist fast nichts erreicht. Obwohl die formalen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, will es einfach nicht vorwärts gehen. Woran hängt es eigentlich?

Diese Frage, die durch das ganze Land geht, ist der Ausdruck von Sorge, wie auch der Ausdruck von Erwartung auf eine zuversichtliche Antwort.

Mir scheint, daß die Tiefendimension des Anliegens der Entnazifizierung zu wenig Überlegung findet. Es gab wahrhaftig warnende Stimmen genug, die schon bei Zeiten auf den Wesensgehalt des ganzen Fragenkomplexes hinwiesen und ihn erörterten und die Frage aufwarfen, ob die Entnazifizierung betont als politisches Anliegen rechtlich überhaupt möglich sein kann. Entnazifizierung als politische Angelegenheit bedeutet an sich nichts anderes als negative Auslese im Rahmen des Neuaufbaues der demokratischen Staatsform. So und nicht anders ist der Tenor der Direktive 24 zu verstehen. Die Demokratisierung, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, nach Direktive 24 als die Ersatzstellung durch „Personen, die nach ihrer politischen und moralischen Einstellung für fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen zu fördern“, ist der andere politische Pol. Die Entnazifizierung und Demokratisierung sind also gewissermaßen die beiden Pole der politischen Neugestaltung. Sie sind die beiden Prinzipien die die Besatzungsmächte in ihren Zonen zur Durchführung bringen, um den Nationalsozialismus zu überwinden.

Dieses nun nach außen hin so einfach scheinende Bild läßt die hochpolitische Angelegenheit der politischen Bereinigung jedoch zu schwach sehen. In Wirklichkeit bedeutet die Entnazifizierung eine Revolution, die Weg der schlechten Eindrücke sonstiger revolutionärer Gepflogenheiten diesmal unter behördlicher Aufsicht und behördlich gelenkt im Saale stattfindet. Der ganze Aufbau der Entnazifizierung kommt aus dem Politischen und mündet in ihm. „Politische“ Parteien stellen die Mitglieder für die „politischen“ Spruchkammern. Es gab einmal einen „politischen“ Säuberungsrat, es gibt einen „politischen“ Fragebogen, eine „politische“ Beurteilung, ein „politisches“ Attest, einen „politischen“ Fersilschein usw.

Nicht mit Unrecht ist schon oft in diesem Zusammenhang die Frage gestellt worden, ob es dann ein Unrecht sei, politisch zu sein, irgendwie politisch. Es zu sein, gehört doch zu den primitivsten Rechten der Menschheit. Unsere Verfassung hat mit aller Deutlichkeit dies zum Ausdruck gebracht. Die Beratende Landesversammlung hat sich daher auch schließlich genötigt gesehen, in einem der Schlußartikel, in Nr. 140, die in den Anfangskapitalien proklamierten Freiheiten den Nationalsozialisten gegenüber aufzuheben. Eine spontan losbrechende offene Revolution hätte 1945 wahrscheinlich in einer kurzen Welle von Furchtbarkeit die neue politische Welt geboren. Die Entnazifizierung, namentlich in der Pfalz, zeigte anfänglich auch einen gewissen Überschwang einer umstürzlerischen Art. Die Amplitude war, wie man heute weiß, zu weit ausgeschlagen. Jetzt allerdings droht alles sich in einer langen Zeit zu verlieren.

Meine Damen und Herren! Ich will Sie mit der Philosophie der Entnazifizierung nicht tiefer befassen. Ich möchte nur sagen, daß sie, als rein politisches Anliegen betrachtet, die Merkmale einer bedenklichen Unrechtllichkeit trägt, die in einem Rechtsstaat kaum haltbar sind. Wir haben den politischen Mord an Erberger abgeteilt, wir lehnen die politischen Morde und das Sündenregister politischer Quälereien und Nadelstiche des dritten Reiches ebenfalls schroff ab. Aber unsere heutige Dienstversetzung, Gehaltskürzung, Zurückversetzung, Entlassung, politischer Haß in jeder Form ist der Ausdruck einer zum Teil ähnlichen Haltung.

Noch mehr! Schaffen wir mit der Verfahrensdurchführung nicht einen gefährlichen Präzedenzfall für zukünftige Eventualitäten? Schaffen wir übrigen, nicht in dem Vorgehen die Gloriole des Märtyrertums für

den ehemaligen Nationalsozialisten, der für seine Idee und seine Politik leiden darf? All dies sind in der Tat die Überlegungen, die in weiten Kreisen heute angestellt werden, wenn von Entnazifizierung die Rede ist. Und das ist die Krise! Das ist die Ursache der Entnazifizierungsmüdigkeit, die sich überaus breitmacht. Das ist es, was alle zur Mitwirkung Berufenen hemmt, als Präsident einer Spruchkammer, als Öffentlicher Kläger, als Beisitzer oder sonst irgendwie mitzuwirken. Das ist der wahre Hintergrund, meine Damen und Herren, der Personalschwierigkeiten. Mit dem größeren Abstand von der Zeit des sogenannten Dritten Reiches hat ein klarer Blick sachliche Erwägungen aufkommen lassen. Man fürchtet, ein Unrecht durch ein neues Unrecht zu ersetzen und hierbei vor seinem Gewissen verantwortlich mitzuwirken. Die Ersturteile in der Pfalz z. B. sind nicht dazu angetan, gerade diese Bedenken wegzuräumen; denn niemand glaubt bei der ganzen Anlage des Verfahrens und der Beibehaltung gewisser, weiterhin eingeschalteter Faktoren, heute versichert zu sein, daß nicht erneut Fehlurteile eintreten. Der Betroffenen sind an Zahl zu viele! Andererseits hat die weltpolitische Entwicklung auf die Gemüter einen beachtenswerten Eindruck ausgeübt, der sie zur Zurückhaltung in allen politischen Fragen veranlaßt.

Diese Darlegungen, meine Damen und Herren, wollen klar herausstellen, daß die Krise nicht etwa aus passiver Resistenz deutscher Stellen oder gar eines einzigen Mannes herausgewachsen oder sonst auf ein Versagen zurückzuführen ist. Die Krise wächst vielmehr einzig und allein aus der Tiefe des persönlichen ernstesten Gewissens und des Herzens. Das sind die wahren und wirklichen Ursachen, woran im Augenblick alle Bemühungen scheitern, um vorwärts zu kommen. Sie sind zu sehr menschlich begründet, als daß man an ihnen vorbeisehen könnte.

Der Ausweg aus der Krise, meine Damen und Herren, scheint mir sehr schwer. In der Tat muß ich sagen, Hitler und viele seiner Anhänger haben durch ein Verbrechen sondergleichen eine ungeheure Schuld auf sich geladen, die eine entsprechende Sühne verlangt. Schmach und Schande, Leid und Elend, Schmerz und Tod, Trümmer und Not haben sie über das große deutsche Volk und sein Land gebracht. In vollem Bewußtsein haben diese verbrecherischen Menschen Sitte und Sittengesetz, Recht und Wahrheit beiseite geschoben. Sie häuften Schuld auf Schuld: In tausend Vertragsbrüchen, tausend Lügen und Verleumdungen, tausend Meineiden und Falschreden, tausend Morden und Verbrechen, in tausend Verbrechen gegen die menschliche Freiheit. Das sind die „Selbstschuldner“, die der Anwalt des deutschen Volkes vor das Gericht zitieren muß. Viel andere, die großen und die kleinen Eiferer, die geschäftlichen Nutznießer, klagen wir der Mittäterschaft an und unterwerfen sie der „Solidarhaftung“. Wenn sie ihre Zubringerdienste taten, so haben sie den Schaden mitverursacht. Sie sollen Wiedergutmachung leisten. In Nürnberg wurde mit den vier Punkten eine internationale Schuldfrage gestellt. Warum stellen wir selbst nicht die Frage nach einer Art von Schuld? Damit würden wir aus dem Bereich der politischen, juristisch nicht faßbaren Schuld, in den Bereich der moralischen Schuld rücken, die sehr wohl gerichtsfähig ist.

Im Rahmen der Wiedergutmachung gibt es vielleicht auch die Möglichkeit, die nationalsozialistischen Schadensurheber zu besonderer Wiedergutmachung heranzuziehen. Diese gesunde moralische Übung würde bestimmt erzieherische Wirkungen haben. In keiner Weise, meine Damen und Herren, will ich mir mit diesen

Andeutungen die Forderung anmaßen, für die Entnazifizierung eine andere Grundlage zu verlangen. Allein die latente Krise erheischt eine Änderung oder eine Tat in irgendeiner Form.

Wenn eine grundlegende Wandlung aus praktischen Erwägungen heraus zu versagen ist, dann muß der Ausweg vielleicht über ein Beschneiden des Kreises der Betroffenen gesucht werden. Die allgemeine Amnestie der Mitläufer und die Beschränkung der Betroffenen auf den Kreis der Hauptschuldigen, Belasteten und Minderbelasteten würde es möglich machen, der Entnazifizierung wahrscheinlich den gewünschten neuen Auftrieb zu geben. Überwindung der Krise, Beschleunigung der Entnazifizierung und ihre baldige Beendigung muß unmittelbares Ziel der Regierung und Bereinigungsbehörden sein. Die beschleunigte Durchführung der politischen Bereinigung ist Voraussetzung dafür, daß endlich innere Ruhe und Frieden einkehren kann in unser Volk. (Beifall und Händeklatschen.)

1. Vizepräsident Rühle:

Das Wort hat der Abgeordnete Wolters (CDU).

Abg. Wolters:

Meine Damen und Herren! Mißstimmung über den schleppenden Verlauf der Entnazifizierung ist ganz besonders in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen. Es ist wohl eine unbestrittene Tatsache, daß von der Entnazifizierung in der Hauptsache diese Berufskategorie erfaßt wurde. Nach einer mir vorliegenden Statistik wurden allein durch die bisherigen Bereinigungskommissionen im Bezirk der Pfalz 12 000 Entlassungen ausgesprochen. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß mindestens 90 v. H. dieser Entlassungen auf Angestellte und Beamte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes fallen. Man wird mir entgegenhalten, daß gerade in dieser Berufskategorie aber auch die größte Masse Mitglieder der nationalsozialistischen Partei gewesen sind. Das will ich nicht bestreiten. Aber ich darf wohl hier behaupten, daß bei keiner Berufskategorie ein derartig moralischer und physischer Druck ausgeübt wurde, der Partei beizutreten, wie gerade bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes. Es waren bestimmt zu einem großen Teil, bei den Entlassungen die kleinen, die das bittere Los tragen müssen, von ihren Arbeitsplätzen entfernt worden zu sein. Man wird mir ebenfalls sagen, daß gerade bei den Angestellten, bei den Arbeitern der größte Teil der sogenannten Amtsträger der NSDAP., gewesen sind. Auch das mag zum Teil stimmen, aber in dieser Hinsicht bin ich mir darüber im Klaren, daß die meisten Beamten, Arbeiter und Angestellten 1933 teilweise von der Partei einfach dazu bestimmt wurden, teilweise sogar von ihren Dienststellenvorstehern dazu aufgefordert wurden, der heute natürlich nur nominelles Mitglied der Partei war. (Sehr richtig!) Wenn ich mir die veröffentlichten Urteile ansehe über die durchgeführte Bereinigung, so muß ich feststellen, daß fast nur die Urteile der Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes bekannt werden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß zum Beispiel in Trier bereits 100 Wirtschaftsbetriebe durch die Bereinigungskommissionen bereinigt wurden, aber ich habe noch kein Urteil gesehen, das gegen einen Wirtschaftsführer gefällt wurde. (Sehr gut!) Darf ich vielleicht an den Herrn Landeskommisnar die Frage richten, wo die Urteile, die gegen die Wirtschaftsführer gefällt wurden, sich befinden? Denn meine Partei ist der Auffassung, daß die Wirtschaft zum Teil viel mehr Schuld am Nationalsozialismus und seiner Erhaltung trägt als der kleine Blockleiter, der nur seine Beiträge kassiert

und Lebensmittelkarten verteilt hat. Es wurde in diesem Hause schon des öfters ausgeführt, daß die ganze Misere unserer Bereinigung nur durch eine großzügige Amnestie aller Mitläufer beendet werden kann. Mein Herr Kollege Ziegler hat diesen Antrag soeben erneut vorgebracht, aber, meine Damen und Herren, wir haben im Laufe des letzten Jahres durch die Militärregierung zwei Amnestieverfügungen erhalten und zwar handelt es sich zunächst um eine Amnestie der Jugendlichen, die unter der Verordnung Nr. 92 veröffentlicht wurde. Sie trägt das Datum vom 2. Mai 1947. Aber, meine Damen und Herren, wie wirkt sich diese Amnestieverordnung eigentlich aus? Der Jugendliche, der unter diese Amnestie fällt, muß einen Antrag nach Koblenz richten und dann dauert es einige Monate, bis er vielleicht die Bescheinigung bekommt, daß er unter diese Amnestie fällt. In unseren Kreisen fragt man sich, konnte man es denn noch komplizierter machen? Was macht der Jugendliche, der jetzt vielleicht von der Wehrmacht zurückkommt, der an seiner Arbeitsstelle bei der öffentlichen Dienststelle monatelang warten muß, bis ihm gesagt wird, daß er tatsächlich unter die Amnestieverordnung fällt. Wir haben eine weitere Amnestieverordnung bekommen, die eine Amnestie vorsieht für alle nominellen Mitglieder der Partei. Diese Verordnung ist vom 17. November 1947. Wir hatten erwartet, daß noch vor dem Weihnachtsfest die entsprechenden Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erlassen würden, um vielen Mitläufern eine wirkliche Weihnachtsfreude zu bereiten. Ich habe bis zum heutigen Tage noch keine Durchführungsverordnung zu dieser Amnestieverordnung zu Gesicht bekommen und bedaure, daß auch diejenigen, die angeblich unter diese Amnestieverordnung fallen, bis heute noch nicht ihre Bereinigung erhalten. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Nach der Verordnung über die Entnazifizierung sind nur die Spruchausschüsse berechtigt, Sanktionen gegen den einzelnen zu erheben. Eine weitere Verhängung von Sanktionen außer den durch den Spruchausschuß verhängten darf nach dem Gesetz nicht erfolgen. (Zwischenruf: Arbeitsämter!) Ich habe vor mir eine Verordnung der Militärregierung liegen, wonach die Militärregierung anordnete, daß durch die erfolgte Bereinigung durch einen Spruchausschuß der betreffende Beamte, Angestellte oder Arbeiter damit noch keinen Anspruch hat wieder in die öffentliche Verwaltung eingestellt zu werden. (Zuruf von links: Ganz richtig!) Diese Anordnung behält sich die Militärregierung in jedem Falle vor. Meine Damen und Herren, ich stehe auf dem Standpunkt, und ich vertrete auch hier die Interessen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, wenn ich hier sage, daß damit gegenüber einer bestimmten Berufskategorie ein doppeltes Recht geschaffen werde. Wenn der Wirtschaftsführer bereinigt ist, darf er seinen Posten nach wie vor in seinem Betrieb besetzt halten. Wenn der Arbeiter und Angestellte das Bereinigungsverfahren hinter sich hat, darf er das nicht. (Zuruf: Nein, das ist nicht richtig!) Er muß zunächst die Genehmigung der Militärregierung dazu haben. (Zuruf: Auch der Wirtschaftsführer!) Das ist in sehr vielen Fällen außerordentlich hart und bitter. Ich habe vor mir einen Fall liegen, wo die Militärregierung in Koblenz entschied, im vorigen Jahr, daß der betreffende Beamte zwar nicht in derselben Sparte beschäftigt werden dürfe, jedoch in einer anderen Sparte. Die Militärregierung lehnt die Weiterbeschäftigung dieses Beamten in Trier ab, da ihr von Koblenz nichts mitgeteilt wurde. Seit September 1947 versuchen wir nun, die Militärregierung in Koblenz zu bitten, doch

nach Trier die entsprechende Nachricht zu geben. Bis zum heutigen Tage vergebens! Meine Damen und Herren! Es handelt sich auch hier um eine beamtensrechtliche Frage. Was geschieht denn mit einem solchen Beamten, der an der Ausübung seines Dienstes verhindert wird, der ohne Schuld ist? Was gedenkt die Regierung zu tun, in den Fällen, wo der Bereinigungsausschuß feststellt, derselbe ist nicht belastet und die Militärregierung verweigert die Wiederbeschäftigung. Erfolg in dieser Sache: Eine Zurruesetzung des betreffenden Beamten auf Zeit oder was gedenkt die Regierung in den Fällen zu tun? Ich glaube, wir können es uns nicht leisten, arbeitsfähige Beamte einseitig in den Ruhestand zu setzen. Es muß bei der Beratung des vorgelegten Beamtengesetzes auch über diese Frage gesprochen werden. Ich bitte die Regierung, alles zu tun, daß die Amnestie, wie wir sie wünschen, für alle Mitläufer baldigst seitens der Militärregierung erlassen wird und die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen. Ich glaube, daß es wichtig ist, darauf aufmerksam zu machen, daß wir dringend zu einem Abschluß des gesamten Bereinigungsverfahrens kommen müssen, wenn nicht eine Vertrauenskrise einsetzen soll. Wenn hier vor einigen Tagen das Wort fiel vom verwirtschafteten Vertrauen, meine Damen und Herren, ich glaube wenn es einmal am Platze war, dann in der Frage der Entnazifizierung. Helfen wir alle, Parteien, Gewerkschaften und Regierung, daß wir recht bald zu einer wahren und gerechten Entnazifizierung kommen!

I. Vizepräsident Röhle:

Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, daß wir jetzt eine Pause einlegen, zumal wir die Absicht haben, sehr lange zu tagen. Wir treten zusammen Punkt 19 Uhr.

Wiederbeginn: 19 Uhr.

I. Vizepräsident Röhle:

Meine Damen und Herren! Ich bitte Platz zu nehmen. Auf vielseitigen Wunsch bitte ich auch das Rauchen einzustellen. Wir fahren fort in unserer Tagesordnung.

Das Wort hat der Abgeordnete Wagner (SPD.).

Abg. Wagner:

Meine Damen, meine Herren! Wir stehen in der Debatte über den Etat des Herrn Ministerpräsidenten. An diese Tatsache muß man sich eigentlich etwas gewaltsam erinnern, wenn man der heutigen Debatte — dem letzten Zweidrittel der Debatte — gefolgt ist. Denn die beiden letzten Redner haben fast den Eindruck erweckt, wenigstens bei mir, als ob wir es heute mit einer Entnazifizierungs-Debatte und einer Gesetzgebung über eine Entnazifizierung zu tun hätten, und ich habe mich gefragt, was wird der Herr Ministerpräsident dabei denken, wenn er nur mit Entnazifizierungsfragen im großen und ganzen heimgesucht wird (Lachen!) Und der Herr Entnazifizierungsminister — Entschuldigung, ich nehme das Wort zurück — der Herr Kommissar für die politische Bereinigung hat sich wahrscheinlich gedacht, das hätte ich mir nicht vorgestellt, daß der Etat des Ministerpräsidenten derartig heimgesucht wird mit Dingen, die mich in meiner zweiten Eigenschaft, die bekanntlich noch die unangehmerere ist, als Kommissar für die politische Bereinigung, betreffen. Meine Damen und Herren! Als ich mir so Ihre Debatte angehört habe, — ich bitte, das nicht über zu nehmen — hatte ich eine kleine Erinne-

zung. Kurz nachdem ich zurückgekehrt war aus den Vereinigten Staaten, traf ich in meiner schönen pfälzischen Heimat, in waldabgelegener Gegend, einen Ausländer, und der Ausländer war ein Mann, der die deutschen Verhältnisse jenesmal besser kannte als ich selbst, was zuweilen vorkommt, wenn man 14 Jahre weg war, und er fragte mich nach meiner Meinung über Nazis, Entnazifizierung usw. Da sagte er mir: Hören Sie, ich will Ihnen mal meine Meinung sagen, und da sagte er folgendes: „Mir kommt das so vor, wenn ich mir das Verhalten der deutschen Parteien zur Entnazifizierung betrachte, daß es am besten charakterisiert wird mit einem Bild: Hier steht ein runder Tisch. Auf diesem runden Tisch stehen die früheren Anhänger und Mitglieder der NSDAP. Um diesen Tisch herum tanzen die deutschen zugelassenen Parteien, um sich die Gunst derer, die da oben stehen, zu erwerben.“ Das schien mir jenesmal etwas übertrieben zu sein, das schien mir jenesmal etwas karikaturhaft gezeichnet zu sein. Aber, meine Damen und Herren, nach der heutigen Debatte bin ich doch wieder daran erinnert worden. Ich will gar nicht behaupten, daß vielleicht, wenn man den früheren NSDAP-Mitgliedern, den harmlos Dummen, den weniger Gefährlichen, von denen heute gesprochen würde, kein Wahlrecht gegeben hätte, man sich vielleicht dann im Landtag nicht so sehr um diese Dinge geissen hätte wie heute. Ich will das nicht behaupten, wenn auch in einem, der vielleicht mißtrauischer ist gegenüber anderen politischen Parteien als ich, ein solcher Verdacht aufkommen könnte. Aber natürlich, meine Damen und Herren, damit will ich nicht bestreiten, daß diese Frage, die hier angeschnitten und von 2 Rednern behandelt worden ist, von allgemeinem Interesse ist und für eine spezielle Kategorie ihre Bedeutung hat. Es ist kein Zweifel, daß diese Frage auch eine gewisse Unruhe verursacht hat. Aber, meine Damen und Herren! Es steht mit der Frage doch einfach so: Je länger diese Entnazifizierung dauert, desto schlechter wird sie. Wir leiden in dieser Frage an der Tatsache, daß das Nazi-System nicht durch eine deutsche antifaschistische Revolution zusammengebrochen ist (Zuruf: Sehr gut!), die mit einem Schlag die Frage gelöst haben würde (Beifall!) und es war auch nicht etwa so, sehr geschätzter Herr Kollege Ziegler, als ob wegen der schlechten Erfahrungen mit Revolutionen der Vergangenheit, man nun eine Revolution - wie sagten Sie ganz richtig - im Saal abhalten würde. Oh nein! Es war nicht wegen der schlechten Erfahrungen der Vergangenheit, daß keine Revolution eintrat, es war vielmehr wegen der Tatsache, daß die Alliierten die Hitler-Armee geschlagen haben und keine Revolution wollten! Das hat uns in der Frage der Entnazifizierung in eine politische Ecke gedrückt, aus der wir bis jetzt nicht herausgekommen sind. (Sehr richtig!) Die Frage liegt sehr tief und ist so, wie die Dinge geworden sind, richtig und gerecht und konsequent überhaupt nicht mehr zu lösen. Aber ich kann nicht gerade sagen, daß man soweit gehen darf, meine Damen und Herren, wie mein sehr geschätzter Landsmann, Herr Kollege Ziegler, es getan hat. Er hat eine Art Philosophie der Entnazifizierung zu entwickeln versucht, indem er davon spricht, die Krise erwächst „aus der Tiefe des Gewissens und des Herzens“. Aber ich muß ehrlich sagen, soweit geht sie mir nicht. (Lachen.) Wir Sozialdemokraten haben volles Verständnis für die bestimmte schwierige Situation eines Teiles der Leute, die ihren Unterschlupf gesucht haben unter dem Hakenkreuzbanner. Wir haben ein bestimmtes Verständnis für eine bestimmte Gruppe von Menschen, wir schematisieren dabei nicht, wir sagen nicht etwa, nur die

Großen sind die Halunken und die Kleinen sind un-schuldig. Oh, ich vergesse nicht die Augenblicke in meinem Kampf gegen den Faschismus, wo es die Kleinen waren, die uns glatt den Dolch ins Herz gedrückt hätten, wenn sie es gekonnt hätten. So liegen die Dinge nicht. Aber die Dinge liegen kompliziert und wir verlangen rascheste und gründliche Bereini-gung, wir erklären, die Dinge können nicht weiter hinausgeschoben werden, ohne daß man wertvolle Zeit verliert und ohne daß tatsächlich die innere Befriedung bis zu einem gewissen Grade aufgehoben wird, obwohl man nicht zimperlich sein darf. Meine Damen und Herren! Man hat nach uns Antifaschisten nicht gefragt, nach den Leuten, die in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gesessen haben, man hat nicht gefragt nach uns, die wir in der Emigration von Land zu Land gejagt worden sind und alles verloren haben. Wir haben nichts gemerkt von der Krise ihres Gewissens und ihres Herzens, allerdings nur deshalb, weil sie weder Gewissen noch Herz gehabt haben. (Sehr gut!) Wir haben Gewissen und wir haben Herz. Wir haben aber auch eines, wir haben politischen Ver-stand (Sehr gut!) und deshalb wollen wir eine ge-rechte Lösung und, Herr Landeskommissar, ich kenne Ihre schwere Situation, ich werde Sie nicht kritisie-ren, denn ich weiß, das undankbarste Amt haben, glaube ich, Sie. Diese Gebundenheit, die Sie haben, diese Mängel, unter denen Ihre Arbeit leidet, sind uns bekannt. Trotzdem dürfen wir die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, nachdem man so großen Wert auf die Behandlung der Dinge heute gelegt hat, Sie zu bitten, alles zu tun, was in Ihrer Macht liegt, um eine wesentliche Beschleunigung herbeizuführen, und die, die es verdienen, streng, aber gerecht zu bestrafen, und die, denen man Verständnis entgegenbringen kann, freizulassen, auf daß bei ihnen die Möglichkeit wieder einkehrt, zu arbeiten und sich in Ruhe der Gemein-schaft zu widmen.

Nun will ich damit aber die Entnazifizierung ver-lassen, um nicht in den gleichen Zeitverlust zu ver-fallen, in den meine sehr geschätzten Herren Kollegen verfallen sind. Nur noch ein Wort zu der Gebühren-frage. Wir stehen auf dem Standpunkt, meine Fraktion hat sich bereits ausgedrückt in der Kommission, daß die Leute, die entnazifiziert werden sollen, die also Mitglieder der Partei waren, auch die Kosten für die Entnazifizierung zu zahlen haben. Wir haben keine Lust, daß wir Nicht-Nazis und Anti-Nazis die Kosten zahlen aus den Steuermitteln für die Herrschaften, die nun politisch entlaust werden sollen. Das geht nicht. Diese politischen Entlausungskosten müssen die Be-troffenen selbst aufbringen. Daher verlangen wir, daß die Gebühren, ähnlich wie sie im amerikanisch besetz-ten Gebiet eingeführt sind, eingeführt werden.

Wenn ich nun ganz kurz andere Kapitel des Etats des Herrn Ministerpräsidenten durchgehe, möchte ich nur eine ganz neugierige Frage stellen, die auch von an-derer Seite gestellt worden ist, und die hier und da draußen gefragt wird von denen, die sich um poli-tische Dinge kümmern. Der Herr Ministerpräsident hat bei einer früheren Ernährungsdebatte - es dürfte An-fang Oktober gewesen sein - die Einrichtung des Kom-pensations-Kommissars - er lacht schon - behandelt. Ich verstehe vollständig Ihr Lächeln, Herr Minister-präsident. Nun sind die Abgeordneten, sie müssen es sein, von Beruf etwas naseweis. Es ist oft schwer, auf alles zu antworten. Aber die 150 000 RM. wären uns nicht so arg wichtig, wenn man wüßte, es würde etwas getan und wenn man wüßte, daß etwas getan würde für unser Volk. Vielleicht können Sie uns da,

damit wir vor unseren Wählern gedeckt sind, wegen der 150 000 RM. etwas erzählen. Nun, wissen Sie, wenn ich solche einzelnen Punkte behandle, dann muß ich von meiner Übung, frei zu sprechen, abgehen, denn diese Falschgeschichten kann man sich nur notieren.

Jetzt komme ich zu einem anderen Punkt, zu dem ich noch ein Wort sagen möchte, und das ist die Verwaltungsakademie in Speyer. Die steht doch auch im Etat des Herrn Ministerpräsidenten. Meine Damen und Herren! Das ist eine Einrichtung, mit der wir nicht ganz einig sind. Wenn wir eine Verwaltungsakademie sozusagen als einen besonderen Zweig zur Ausbildung höherer Verwaltungsbeamten errichten wollen, dann muß sie eine Abteilung der neuerrichteten Universität Mainz bilden. Ich weiß nicht, warum wir eine neue Universität errichten, stellen schöne Gebäude her bzw. setzen sie in einen Zustand, daß sie für akademische Lehrzwecke geeignet sind, stecken viel Geld hinein und sofort fangen wir an wieder abzuspalten und setzen dann eine unabhängige Verwaltungsakademie an anderem Platze ein. Gewiß, daß es in Speyer ist, könnte uns sympathisch sein. Aber wir sind ja gar nicht so partikularistisch, daß wir unbedingt etwas für die Pfalz wollen, auch wenn es künstlich gewachsen ist. Wir lieben die natürlichen Gewächse in der Pfalz, das weiß der Kollege Ziegler als Weinfachmann am besten. Wir lieben das aber auch auf allen anderen Gebieten, nicht nur auf dem Gebiete des Weinbaues. Wir wollen, daß, wenn wir Juristen ausbilden, wenn wir höhere Verwaltungsbeamte ausbilden wollen, daß dies an der Universität geschieht und nicht abgetrennt wird und in eine besondere Verwaltungsakademie kommt. Ich kann nicht den ganzen Umfang der Frage behandeln. Das gehört zum Teil zu den Themen, die im Rechtsausschuß behandelt werden zur Ausbildung der Juristen. Wir Sozialdemokraten, und nicht nur wir Sozialdemokraten, es gibt viele andere auch, stehen auf dem Standpunkt, daß diese Ausbildung nach dem früheren bayerischen Vorbild eine einheitliche sein sollte in Justiz und Verwaltung, damit die jungen Juristen eine Ausbildung bekommen, wie wir sie erhalten haben und sie sowohl in die Justiz wie in die Verwaltung gehen können und auf beiden Gebieten etwas wissen. Ich fürchte aber, daß wenn die Ausbildung so vor sich geht, wie in Speyer, sie weder auf dem einen noch auf dem anderen Gebiet etwas wissen. Wir Sozialdemokraten wären durchaus dafür, daß man mittleren Beamten, daß man überhaupt Beamten, die in der öffentlichen Verwaltung stehen, die Möglichkeit gibt, nach Dēwährung in ihrer Verwaltung, auch wenn sie keine Akademiker sind, auch wenn sie kein Abitur haben, durch die Verwaltungsakademie gehen, um sich auszubilden und in den höheren Dienst hinauszukommen. Wir sind durchaus für diese Dinge, aber nicht für diese Verwaltungsakademie, die uns weder das eine bringt, noch das andere irgendwie sichert und können ihr deshalb keine Liebe entgegenbringen. Ich glaube, es ist gut, wenn der Ministerpräsident über das, was in diesem Punkt im Parlament gedacht wird, unterrichtet ist.

Jetzt kommt eine andere Schule, die Dolmetscherschule. Es hört sich ja bald an wie der Kulturrelat. Die Dolmetscherschule in Gernersheim könnte doch auch ein Teil der Universität Mainz sein. Warum haben wir nun noch eine zweite Schule, das kostet doch alles ein ungeheures Geld, jetzt wo wir keine Mittel zum Bauen haben, keine Steine, keine Ziegel, jetzt müssen wir in Gernersheim wieder eine Einrichtung bauen. Wir haben nichts gegen eine Dolmetscherschule. Ich bin ein begeisterter Anhänger davon, daß möglichst

viele Menschen möglichst viele Sprachen sprechen und glaube im Interesse der Völkerverständigung ist dies sehr zu begrüßen. Ich bin durchaus dafür, daß in einem Lande wie dem unsrigen, wir viele Dolmetscher haben. Ich kann die Frage nicht beurteilen, ob wir so großen Bedarf haben, daß diese Schule dauernd mit 300 Schülern besetzt ist. Auf jeden Fall scheint uns die Ausgabe für diese Dolmetscherschule nicht ganz im Verhältnis zu den Notwendigkeiten zu stehen. Wenn ich höre vom Berichterstatter, daß 800 000 RM. für Umbau an Gebäuden ausgegeben werden mußten, so muß ich sagen, sollte der Landtag doch eigentlich etwas damit zu tun haben und sollte das Recht haben zu sagen, wir brauchen so etwas oder wie er sich die Ausführung denkt. Deshalb, wenn wir schon eine Universität Mainz haben, wenn wir schon ein neues akademisches Zentrum machen wollen, wenn wir ihm Bedeutung geben wollen, konzentrieren wir doch all das bei der Universität Mainz und machen aus ihr eine richtige Sache. Sonst wird sie gegenüber anderen alten deutschen Universitäten mit großem Ruhm nicht bestehen können. Meine Damen und Herren! Ich komme noch zu einer weiteren Frage, zu einer Frage die mich nunmehr auf ein anderes Gebiet bringt, auf ein Gebiet bringt, das mir im großen und ganzen an Bedeutung nicht zurückzutreten scheint gegenüber diesen einzelnen Titeln des Voranschlags des Herrn Ministerpräsidenten. Ich komme damit zu einer anderen Serie von Ausführungen. Es würde von dem Herrn Ministerpräsidenten seinerzeit eine Staatskanzlei errichtet und besetzt. Ich will nicht eingehen auf die Umstände und die kleinen Übertreibungen, das ist verschmerzt, ist erledigt. Ich glaube, bei der weiteren politischen Entwicklung, und ich nehme Bezug auf die Ausführungen, die gemacht worden sind im Ausschuß, wird sich die Staatskanzlei als sehr notwendig erweisen für alle die für die Zukunft unseres Landes und Volkes so wichtigen Verhandlungen, die geführt werden müssen und daher möchte ich nicht unterlassen, Herr Ministerpräsident, bei Gelegenheit der Erörterung Ihres Etats den Wunsch, ja ich möchte sagen die Forderung meiner Fraktion auszudrücken, die dahin geht: Wir wünschen, daß bei den kommenden hoffentlich sehr bald kommenden Verhandlungen meine Fraktion in einer Weise beteiligt wird die sie nicht vor vollendete Tatsachen stellt, sondern die ihr die Möglichkeit gibt, von Anfang an dabei zu sein, mit ihnen die Lasten der Verantwortung zu übernehmen und mit ihnen zu raten in den Zirkeln, die von Anfang an die Arbeit durchzuführen haben. Wir haben keinen Einwand erhoben, damals als die Staatskanzlei nur mit einem ihrer Parteifreunde als leitendem Beamten besetzt wurde. Dafür gibt es Gründe, darüber wollen wir nicht diskutieren. Aber jetzt, wo es sich um hochpolitische Angelegenheiten handelt möchten wir wünschen daß auch meine Fraktion als die zweitstärkste dieses Hauses, daß auch meine Partei, die z. B. in der Pfalz die stärkste Partei ist, in einer Weise in dieser Staatskanzlei vertreten ist, die ihrer neuen Aufgabe entspricht. Ich möchte darauf nicht weiter eingehen, möchte Ihnen diesen Wunsch mit allem Nachdruck bei dieser Gelegenheit vorgetragen haben. Und diese Frage führt uns bereits hinüber zu der anderen Betrachtung, zu der Betrachtung, die bei dem Etat des Ministerpräsidenten für meine Begriffe die bedeutendste ist.

Der Kollege Ziegler hat mit Recht gesagt: Nach Artikel 104 der Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik. Meine Damen und Herren! Da muß man bei dieser Gelegenheit über Politik sprechen und muß sprechen über das, worum es bei unserem Volk, in unserem Staat, in unserem

Reich geht. Wenn Sie sich zurückdenken, die Zeit vergeht immer sehr rasch, überstürzt sich ja, wenn Sie sich zurückdenken in den November vergangenen Jahres, die Zeit, da das Radio Tag und Nacht verkündete, daß die Londoner Konferenz bevorsteht und die Zeit, wo auf den Straßen und Märkten, in der Eisenbahn, alles gesprochen hat über diese Londoner Konferenz, dann kennen Sie die bange Frage: „Was wird dabei herauspringen?“ Das war die Frage eines Volkes, das eine Hoffnung aufpflanzte, eines Volkes, das glaubte, ein Recht darauf zu haben, daß endlich Friede werde. (Zurufe: Sehr gut!) Das war das Sehnen eines Volkes, das aus dem Zustand der Ungewißheit heraus will und das endlich einmal wieder stehen möchte auf festem Boden, eines Volkes, das steht zwischen Krieg und Frieden. Sie können nicht, meine Damen und Herren, auf Jahre hinaus zwischen Krieg und Frieden stehen, ohne daß eine Klärung herbeigeführt wird. Nun sind das schon bald 3 Jahre her und immer noch keine Hoffnung und ich habe mich sehr gefürchtet, vor der Reaktion des Ergebnisses, des etwaigen negativen Ergebnisses der Londoner Konferenz. Wie wird sich diese Enttäuschung unseres Volkes auswirken.

Meine Damen und Herren! Diese Konferenz ist wiederum gescheitert und wiederum hat sich gezeigt, daß unser Land, daß, so will ich sagen, auf dem Rücken unseres Landes die großen internationalen Kämpfe der Koalitionen ausgefochten werden und wiederum hat sich gezeigt, daß wir fast keine Möglichkeit haben, unseren eigenen Willen nach dem Frieden irgendwie zu verwirklichen, und wiederum hat sich gezeigt, daß dieser Friede in weite Ferne hinausgeschoben worden ist. Man möge Untersuchungen anstellen - und sie wären sehr reizvoll, meine Damen und Herren - über die Schuld des Scheiterns dieser Londoner Konferenz. Man könnte die Frage der Reparationen von 10 Milliarden, umgerechnet zum heutigen Wert auf 15 Milliarden, man könnte die Frage der Festsetzung der deutschen Grenzen der Oder-Neiße-Linie, alle diese Dinge als die Ursache des Scheiterns betrachten. Man könnte das, sage ich, in sehr reizvoller und sehr nützlicher Weise tun. Selbst wenn man sich aber in Einzelheiten dabei nicht einlassen will, kann man die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es an und für sich vom Standpunkt von Menschen aus, die begreifen müssen, daß nur der Friede die Erholung der Welt und insbesondere Europas bedeutet, man es nicht begreifen kann, daß es da Mächte gibt, und Gewalten gibt, die interessiert zu sein scheinen, daß Deutschland nicht so rasch einen Friedenszustand haben werde. (Zurufe: Sehr gut!) Ich will sehr vorsichtig sein dabei, ich will keine Wunden aufreißen, aber ich glaube sagen zu müssen, daß die Situation, wie sie jetzt bei uns entstanden ist, dem deutschen Volke, den großen Massen des deutschen Volkes die Augen öffnen muß über die weltpolitische Situation, in die wir hineingeraten sind. Wir warnen auch gewisse nationalistische Kreise, die etwa auf den Gegensatz von Ost und West hoffen (Sehr gut!), wir warnen sie, weil Deutschland weder früher noch erst recht heute irgendeinen Vorteil hat davon, daß die Mächte aufeinanderplatzen, denn die am schlimmsten abschneiden würden, das sind wir Deutsche. Wir wären radikal verurteilt und nichts mehr blieb übrig. Alle Hoffnungen auf irgendwelche gewaltsamen Auseinandersetzungen sind nicht bloß töricht, sie sind verbrecherisch, und sind ein Beweis dafür, daß die Betreffenden keine Ahnung haben von den politischen Folgewirkungen trotz allem, was hinter uns liegt. Wir Deutsche, und wir deutsche Sozialdemokraten ganz besonders, sind nicht interessiert

an irgendwelchem Zusammenprall zweier Mächtegruppen. Wir haben in dieser Situation einen Standpunkt einzunehmen, der einerseits unseren großen Ideen der Verständigung der Völker und Zusammenarbeit aller arbeitenden Menschen und Nationen entspricht und auf der anderen Seite davon gelenkt wird, welche Interessen Deutschland unterstützen muß und der bei der ganzen Orientierung sich ausschließlich richtet nach dem deutschen Wohlergehen. Wir können in Deutschland weder sein die Freunde des Rubels noch des Dollars. (Sehr gut!) Wir können nicht sein Gehilfen einer ausländischen militärischen Macht, ob sie russisch, amerikanisch, englisch oder sonst sein mag. (Sehr gut!) Wir können nur sein Menschen mit Gewissen, die ihrem Volk gegenüber verantwortlich sind, daß sie den Versuch machen und alle Versuche machen werden, die in ihrer Kraft stehen, es hinauszuführen aus der Gefahr dieses Aufeinanderprallens, soweit wir dazu überhaupt bei unserer gegebenen Sachlage befähigt sein werden.

Ehe ich, meine Damen und Herren, diesen Weg weiter verfolge, gestatten Sie mir, daß ich einen Seitenweg beschreite, denn die Dinge, die hier bewerkstelligt werden müssen, damit wir unserem Volk wiederum Friede und damit endlich erst die Freiheit verschaffen - denn ohne Friede gibt es keine Freiheit - ehe wir das machen, wird noch manches Wasser den Rhein hinunterfließen und wird noch mancher Minister und mancher Ministerpräsident und mancher Abgeordnete und mancher Bürger schwere Arbeit leisten müssen. Aber bis dahin können wir ja den bisherigen Zustand nicht lassen. Wir können ja nicht in dem Zustand, in dem wir jetzt leben, auf die Dauer weiter dahin leben, ohne zu irgendeiner Klärung, zu einer staatsrechtlichen Klärung, zu einer völkerrechtlichen Klärung zu kommen. Denn, meine Damen und Herren, wie ist denn die Situation heute? Sie ist doch so, daß die Juristen, die Völkerrechtler, wohl mit Recht bis vor einer gewissen Zeit davon gesprochen haben, daß es sich bei uns jetzt dreht um eine *Occupatio bellica*, d. h. um eine kriegerische Besetzung. Das ist die völkerrechtliche Bezeichnung. Aber dieser Begriff der *Occupatio bellica* ist bei den Völkerrechtlern, Wissenschaftlern nicht mehr aufrechterhalten worden auf Grund der Dinge, die wir in Deutschland erlebt haben, und auf Grund der verschiedenen politischen Gestaltung. Man hat nach anderen Begriffen gesucht. Sie wissen, die Juristen suchen immer nach Begriffen. Daß es keine *Occupatio pacifica* ist, eine „friedliche Besetzung“ im eigentlichen völkerrechtlichen Sinne, darüber waren wir uns klar. Man hat gesprochen von einer „Interventions-Besetzung“. Das ist ein ganz guter Ausdruck und ein Schweizer Völkerrechtler hat in der letzten Zeit den Standpunkt vertreten, daß es sich um eine „*Occupatio sui generis*“ handelt. Aber diese „*Occupatio sui generis*“, meine Damen und Herren, die erfordert, daß sie auch eine Regelung *sui generis* findet, die dieses *occupatio* entspricht. Wir brauchen eine Regelung besonderer Art für diese *occupatio sui generis* und diese Regelung besonderer Art ist notwendig, damit wir nicht dauernd so hin und her schaukeln und nicht recht wissen, wo wir rechtlich und staatsrechtlich stehen und damit überhaupt die Möglichkeit haben zu arbeiten. - Ich will selbst nicht das harte Wort gebrauchen - aber man sprach früher einmal bei sehr gemäßigten Kreisen in der englischen Literatur vom „*Military dictatorship*“. Diese ist aber ein Zustand, der nicht sehr geeignet ist, Demokratie in einem Lande herbeizuführen. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, darf man die Dinge

natürlich nicht übertreiben, denn daß die Besetzung notwendig geworden ist, darüber muß man sich im klaren sein. Daß die Besatzungsmacht eine Vereinbarung getroffen hat, in der die Besatzungszwecke festgelegt worden sind, im Potsdamer Abkommen von 1946, ist auch ganz klar, und in diesem Potsdamer Abkommen ist der Besatzungszweck genau aufgezählt. Ich will nicht auf die Einzelheiten dieses Besatzungszweckes eingehen. Sie kennen das alles, die Entmilitarisierung, die Entnazifizierung, die Demokratisierung und was weiß ich andere Isierungen. Das ist der Besatzungszweck. Aber Sie wissen, wie das so im Leben der Völker geht: Man setzt sich bestimmte Ziele, und wenn man auf die Verwirklichung kommt, kommt man auf Abwege. Wir möchten mit dem Kontrollrat in Berlin - bis jetzt gibt es ja noch einen Kontrollrat in Berlin - eine Vereinbarung treffen. Das ist vielleicht zuviel gesagt, es fehlt bis zu einem gewissen Grade der Partner. Man hat sich teilweise im Ausland auf den Standpunkt gestellt, daß die Leute, die die einzelnen deutschen Staaten repräsentieren, nämlich die Ministerpräsidenten, die geeigneten Partner seien. Wie dem auch sei, wir möchten haben, um das nun in einem Wort zu bringen, das sehr bald ein Schlagwort sein wird, wir möchten ein Besatzungsstatut. (Zurufe: Sehr gut!) Wir möchten eine Festsetzung von Regeln, die zwischen Besetzenden und Besetzten gelten sollen. Dieses Besatzungsstatut, das den Besatzungsmächten die selbstverständlichen Dinge einräumt, die nicht zu diskutieren sind, ich kann mich auf die Einzelheiten nicht einlassen, soll dafür sorgen, daß die deutsche Justizhoheit absolut garantiert ist, daß alle Straftaten, die auf diesem Boden begangen werden, nach dem Territorialprinzip vor die deutschen Gerichte kommen, mit Ausnahme der Straftaten, die mit dem Besatzungsrecht zu tun haben, die sich gegen die Sicherheit der Besatzungsmacht richten oder gar Straftaten ihrer eigenen Angehörigen, die können nicht unter die deutsche Justizhoheit fallen. Aber das Prinzip der Justizhoheit, der deutschen Justizhoheit, müßte in Reinkultur durchgeführt werden, wenn die Rechtssicherheit garantiert werden soll, und als Fortsetzung dieser garantierten Rechtssicherheit verlangen wir Sozialdemokraten eine gewisse Garantie der Menschenrechte, und wie das ausgedrückt worden ist, eine gewisse Garantie der Sicherheit des Staatsgefüges. Die Freiheit von Furcht muß geschaffen und gesichert werden. Es darf nicht so sein, in irgendeiner der Besatzungszonen, Osten oder Westen, ich will nicht genauer darauf eingehen, daß einfach jemand ohne richterlichen Haftbefehl verhaftet, so und so lange unter Arrest gehalten wird, die Angehörigen erfahren nichts, sondern es muß hier eine Garantie geschaffen werden, die der entspricht, die in den Rechtssystemen aller Kulturstaaten eine selbstverständliche Überlieferung bedeutet. Das läge durchaus auch im Sinne einer Erziehung des deutschen Volkes, oder wenn Sie das schöne Wort wollen: reeducation. Wiedererziehung des deutschen Volkes zur Demokratie und zum Glauben an das Recht. Dann wünschen wir die Kompetenz der Verwaltung in einer Weise abzugrenzen, daß keine Streitigkeiten darüber entstehen. Natürlich gibt es immer Kompetenzkonflikte. Die gab es auch früher in Deutschland. In anderen Ländern gab es Gerichtshöfe für Kompetenzkonflikte, aber sie müssen die Ausnahme sein, nicht die Norm. Und sie werden erst dann die Ausnahme sein, wenn wir bestimmte Statuten niederlegen. Es gehört dazu die Notwendigkeit der Regelung der Besatzungskosten

die in bestimmtem Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit des Landes stehen müssen, um das Land nicht auszubluten. Es kommt dazu die Frage der Entnahme von Lebensmitteln, daß mindestens soviel den Einwohnern übrig bleibt, daß eine Mindestkalorienzahl jedem Einwohner gewährleistet ist, ehe weitere Lebensmittel, wenn überhaupt schon, entnommen werden dürfen. Das erfordert weiter eine Regelung in der Frage der Quartierleistung und der Lieferung von Möbel und Hausrat und der eigentlichen Dienstleistungen. Ich kann auf die Einzelheiten nicht eingehen. Aber wir würden den Herrn Ministerpräsidenten bitten, bei weiteren Anstrengungen auf diesem Gebiet möglichst zu sehen, daß klare Rechtsverhältnisse geschaffen werden und daß der Wunsch, den meine Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ausgedrückt hat gegenüber dem Kontrollrat unter Überreichung von konkreten Vorschlägen, auch von den übrigen Parteien und vom Ministerpräsidenten unterstützt wird, auf daß für die leider noch nicht absehbare Zeit, die in dieser politischen Ungewißheit vor uns liegt, eine Regelung möglich ist, die einigermaßen erträglich ist für Völker, die gewohnt sind, in Rechtssystemen zu denken und in Rechtssystemen zu leben. Ich habe gesagt, der Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden wird leider noch lange dauern und meine Damen und Herren, wenn es noch lange dauern wird, ist es nicht nur erforderlich, daß wir Statuten schaffen, daß wir eine Art neues Völkerrecht schaffen, nachdem die alte Haager Landkriegsordnung auf die heutigen Dinge nicht mehr anzuwenden ist und übrigens auch nicht mehr angewandt wird. Es ist nicht nur notwendig, ein neues Recht auf diesem Gebiete zu schaffen, sondern es ist notwendig, daß wir einem politisch unmöglichen Zustand möglichst bald ein Ende machen. Deutschland, das Gott sei geklagt, durch Beschlüsse, die wir für politisch sehr unklug halten, in so und so viele Zonen, in vier Zonen eingeteilt worden ist, anstatt das ganze Reich einheitlich und gemeinsam durch den Kontrollrat ohne Zoneneinteilung zu verwalten, ein Deutschland, das so zerrissen ist, meine Damen und Herren, muß sehen, daß es möglichst rasch und möglichst vollständig zu seiner Einheit zurückkehrt. Was wir brauchen, um aus unseren politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten einigermaßen herauszukommen, das ist die deutsche politische und wirtschaftliche Einheit. (Zurufe: Sehr gut! und Beifall!)

Und, Herr Ministerpräsident, das scheint mir das große Problem dieser Tage und Wochen und Monate zu sein, alle Kräfte anzustrengen, um diese Einheit zu garantieren, das heißt, diese Einheit herbeizuschaffen und einen Zustand der Dinge zu erreichen, wo man wieder einmal von Deutschland überhaupt sprechen kann. Ich habe dieser Tage in einer französischen Zeitschrift, in der „France Illustration“ einen sehr interessanten Satz gelesen, der in der deutschen Übersetzung - ich habe sie leider nur in deutscher Übersetzung - sagt: „Man muß dabei von dem Postulat ausgehen, daß Deutschland nichts anderes als eine Eroberung Preußens darstellt.“ Meine Damen und Herren! Wenn solche falschen historischen Begriffe im Ausland entstehen, dann fürchte ich sehr für die Richtigkeit der daraus gezogenen politischen Schlussfolgerungen. (Sehr richtig!) Deutschland ist demnach, um das noch einmal zu wiederholen, eine Eroberung Preußens. Nein, Deutschland ist nicht etwas, was von Preußen geschaffen worden ist. Dann könnte uns Deutschland wirklich leid tun. Deutschland, der Ruf nach dem einen und ungeteilten Deutschland, kam

vom Süden nach Westen und auch insbesondere aus der Pfalz. (Sehr gut!) (Zuruf: 1848!) Nein, vorher, mein lieber Kollege Müller, im Jahre 1832, bereits auf dem Hambacher Fest, da haben die deutschen Bauern, Bürger und Studenten nach der deutschen Einheit gerufen, da haben sie gerufen nach der deutschen Freiheit, da haben sie gerufen nach dieser Zweieinigkeit von Freiheit und Einheit. Es ist nicht so gekommen. Die 1848er Revolution, deren hundertjährige Feier wir jetzt begehen in diesem Jahr, hatte keinen Erfolg gehabt. Es ist leider nicht so gekommen, daß die deutsche Einheit von unten kam, daß sie als Kind der Revolution geboren wurde, es ist leider so gekommen, daß sie kam über Bismarck, daß sie kam über den deutsch-französischen Krieg. Daß sie so kam, das war ein schweres Schicksal für uns, das war eine ungeheure gefährliche politische Entwicklung. Aber das ist nicht ein Beweis dafür, daß Deutschland nichts anderes sei als eine Eroberung Preußens. (Sehr richtig!) Deutschland ist eine Idee und eine Tatsache. Damit müssen die anderen Länder rechnen, und ich freue mich, daß Léon Blum im „Populaire“ in den letzten Wochen ungefähr dem Gedanken Ausdruck verliehen hatte, daß man damit rechnen muß, daß Deutschland sein würde, sei es nun ein Staatenbund oder ein Bundesstaat. Wenn diese Einsicht überall wäre, dann wäre das ausgezeichnet! Deshalb scheint es mir richtig zu sein, daß die Völker der Welt an den deutschen Gegebenheiten nicht blind vorübergehen und sich falsche Geschichtsbilder machen, die in Wirklichkeit mit der Masse des deutschen Volkes nichts zu tun haben. Wenn wir diese Einheit leider nicht sofort bekommen können, und wenn wir diese Einheit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung entbehren, was können wir da tun, um raschestens auf ihren Weg zu kommen und sie raschestens herbeizuführen.

Meine Damen und Herren! Das ist nämlich die Antwort auf die Frage - nun kommt wieder ein häßliches Wort - ist die Tri-Zone richtig, notwendig oder nicht? Die deutsche Sprache wird ja sehr geschändet durch alle diese neuen Wörter, wie Bizone und Trizone. Ich glaube, an diesen Wörtern haften Vorstellungen, die zum Teil nicht zutreffen. Ich muß Ihnen sagen, daß wir Sozialdemokraten mit großem Schmerz, mit großem Bedauern sehen, wie mühsam und wie schwierig, auf welch holperigem Weg wir dazu kommen müssen, allmählich die deutsche Einheit zu verwirklichen, wenn sie sich verwirklichen läßt. Aber etwa zu schlußfolgern, daß deshalb, weil wir die Einheit nicht auf einmal bekommen können, nun gar nichts zu tun, wir nun als französische Zone weiter existieren sollen in unserer Isoliertheit, in unserer Abgegrenztheit, das halte ich bei aller Objektivität für völlig abwegig und für völlig unmöglich. Kleine Wirtschaftsgebiete können die Fragen, die vor uns stehen, überhaupt nicht lösen. Und wenn wir dann versuchen, verschiedene kleinere Wirtschaftsgebiete und politische Gebiete zusammenzufassen, so wollen wir danach streben, ein Stück wenigstens dieser Einheit weiter zu kommen, nicht etwa im Gedanken, das übrige versacken zu lassen, wie das seinerzeit nach 1918 gewisse Leute mit dem Rheinland machen wollten. Keine Preisgabe des Ostens. Davon ist keine Rede. Wenn wir verlangen - und ich habe das in meiner Rede vom 1. Oktober bereits gesagt - daß die französische Zone mit den beiden anderen, die bereits zusammengefaßt sind, der Bizone - entschuldigen Sie das häßliche Wort - zusammengeschlossen werden, dann verlangen wir das nicht etwa in der Hoffnung, daß damit alles abgeschlossen ist,

sondern in der Erwartung und dem sehnächtigen Verlangen, daß die Menschen, die in den anderen Zonen sind, mit uns wieder vereinigt werden, zum deutschen Reich, zum deutschen Volk.

Wir möchten sie alle zugleich haben, wenn wir sie aber nicht alle zugleich haben können aus Gründen, auf die ich nicht eingehen kann in dieser Debatte, wegen Mangel an Zeit, dann wollen wir möglichst viele wenigstens beisammen haben. Das ist der Sinn des Zusammenlegens der französischen mit den beiden anderen Zonen. Meine Damen und Herren! Die französische Zeitung „Le Monde“ hat vor kurzem geschrieben, daß das deutsche Volk eigentlich, daß besonders die Bevölkerung des besetzten französischen Gebietes diese Zusammenschließung gar nicht will. (Hört, hört!) Ich weiß nicht, woher der Berichterstatter diese Information geschöpft hat. Es scheint auch dort über uns manchmal Informationen zu geben, die genau so falsch sind wie die, die wir zuweilen über Deutschland erhalten. Ich glaube, über den Willen des Volkes von Rheinland-Pfalz in dieser Frage kann es gar keinen Zweifel geben und dies ist keine Partei-Frage und ist auch nicht durch die Parteilinien zu betrachten, sie ist zu betrachten vom Gesichtspunkt des großen Interesses, politischen Interesses, nationalen Interesses und wirtschaftlichen Interesses und damit auch gleichzeitig des Interesses derer, die uns besetzen, der Siegermächte, die im Prinzip eigentlich das gleiche Interesse haben müßten. Auch sie wollen eine solide Basis, denn auch sie kommen nicht aufwärts, wenn wir nicht aufwärts kommen. Sie kommen nur aufwärts, wenn wir die Möglichkeit haben, alles, was wir in uns besitzen, bereit sind, anzustrengen, um uns und damit Europa und durch uns auch Europa aus diesem wirtschaftlichen Chaos und aus diesem Elend herauszuführen. Und wenn man nun von einem Frankfurter Wirtschaftsrat spricht, so darf man nicht etwa sich in den Glauben versetzen, daß damit nun alles gelöst sei. Das ist kein Zaubermittel. Das ist nicht etwas, das uns nunmehr in Verzückung geraten läßt. Das ist nicht etwa etwas, das wir als deutsches Volk selbst geschaffen haben. Das ist eine Maßnahme und Einrichtung, die sehr nüchtern betrachtet werden und die von uns verwandt werden muß als Instrument zur Belebung unserer Wirtschaft. Wirtschaftsrat - wie der Name ganz richtig sagt - ist ein Instrument, um in dieser Not- und Übergangszeit soviele Menschen zusammenzufassen, zu einer einheitlichen Verwaltung der Wirtschaft, wie das überhaupt geht, ohne Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit der einzelnen Länder. Das ist, wie mir scheint, aber immerhin eine Einrichtung, die bis zu einem gewissen Grade ein Rechtseinheit auf diesem Gebiet gewährleistet, denn wir kommen sonst immer mehr auseinander. Wir haben allmählich soviele Gebietsrechte, daß sich kein Mensch mehr auskennt. Wir müssen dazu streben, wenigstens dieser verkleinerten Einheit zur Abwehr noch größerer Schäden zuzustreben und sie ganz nüchtern zu betrachten, und vor allem nicht etwa, die - wie soll ich sagen - die naive Idee zu haben, daß wir hier ein Rumpfreich schaffen wollen. Ein Rumpfreich, das wäre bis zu einem gewissen Grade ein endgültiger Zustand mit schweren Konsequenzen, das lehnen wir ab. Wir wollen kein Rumpfreich, wir wollen kein Westreich und kein Ostreich, sondern ein Reich schlechthin. Wir nehmen das aber als Mittel an zum Zweck, zu diesem einen Reich zu kommen. Zu einem Reich zu kommen, meine Damen und Herren, bei dem seine Glieder, die einzelnen Bundesstaaten, auch Rechte haben sollen, zu einem Reich, meine Damen und Herren, das durchaus nicht, wie es im Ausland be-

fürchtet wird, so zentralisiert ist, daß ein anderer Diktator, der nicht ein neuer Hitler zu sein braucht, der nicht die gleiche Farbe haben muß, nur kommen und auf den Knopf drücken braucht, um alles in irgend einer Richtung in Marsch zu setzen. Ein solches Reich wollen wir auch nicht. (Bravo!) Wir wollen keine überbetonte Zentralisation. Wir wollen haben, daß gewisse Gebiete wie Außenpolitik, Finanzen, Justiz und Recht einheitlich geregelt sind für das ganze Reich. Wir wollen aber auch haben, daß die Länder - wobei ich nun nicht sage, daß Rheinland-Pfalz endgültige Formen angenommen hätte und der Landesverrat begehren werde, der glaubt, daß es auch andere Möglichkeiten gebe - daß diese Länder, die eingeteilt werden müssen nach wirtschaftlichen, geographischen, ethnologischen Gesichtspunkten, daß diese Länder eigene Rechte besitzen, gesunde Eigenrechte, die vielleicht ganz gut sind zur Vermeidung des Größenwahns, der leicht entsteht bei Menschen, die an der Spitze großer Staaten stehen. Allzuviel Macht soll man dem Menschen nicht geben über Menschen, man soll dem Menschen über den Menschen möglichst wenig Macht geben. Das gilt in etwa für die ganze Welt. Wir haben damit unsere Erfahrungen gemacht, und wir wollen deshalb, was wir Sozialdemokraten früher schon in eine Formel gebracht haben, die fast vergessen worden ist, den dezentralisierten Einheitsstaat. Aber über solche Worte läßt sich streiten. Was wir haben wollen, ist ein einiges Reich, gegliedert in Bundesstaaten, getragen von einem gesunden Geist, sich wieder in die Höhe zu arbeiten, sein Volk anständig und ehrlich zu ernähren, an den Werten der Kultur aller Völker teilzunehmen, der ganzen Welt zu dienen, auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet mit ihnen allen zusammenzustehen in einer großen Völkergemeinschaft und als oberstes Ziel zu werden und zu sein ein Bollwerk der Demokratie, ein Bollwerk der Freiheit und ein Bollwerk des Friedens im Herzen Europas. (Bravo und Händeklatschen.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Neubronner (DP.).

Abg. Dr. Neubronner:

Meine Damen und Herren! Der Etat des Herrn Ministerpräsidenten wirft eine Fülle von Fragen auf, die eine Stellungnahme erfordern. Insbesondere wäre in diesem Zusammenhang Stellung zu nehmen zu grundlegenden Fragen der allgemeinen Politik und auch zu den Ausführungen meiner 4 Vorredner, hätte ich einiges zu sagen. Nachdem aber heute der Ältestenrat gegen die Stimmen der DP. und KPD. die gestern gefaßten Beschlüsse bezüglich der Redezeitverringerung für die kleinen Fraktionen erneut bestätigt hat, und ich andererseits nicht beabsichtige, mich durch den Klang der Präsidentenglocke in meinen Ausführungen dahinjagen zu lassen, muß meine Fraktion darauf verzichten, zu dem Etat des Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat der Abgeordnete Müller (KPD.).

Abg. Müller:

Meine Damen und Herren! Zum Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei erneuere ich die Bereitschaft der Kommunistischen Partei, dem Herrn Ministerpräsidenten unsere Unterstützung zu versichern in der Fortsetzung der Politik, die die Grundlage der Regierungserklärung bildete bei der

Vorstellung der jetzt amtierenden Landesregierung. Wir sprechen dem Herrn Ministerpräsidenten den Dank aus für die Durchführung der Beschlüsse und Deklarationen des Landtages zur Frage der deutschen Einheit und des Bekenntnisses zur deutschen Einheit.

Durch einen Beschluß der Mehrheit dieses Hauses vom gestrigen Tage hat die Regierung den Auftrag erhalten, sich einzusetzen für den Anschluß der franz. Zone an die Bi-Zone. Herr Ministerpräsident! Sie haben einen Auftrag erhalten, der für die Zukunft Deutschlands von großer staatspolitischer Bedeutung ist, einen Auftrag, der uns Kommunisten in seiner Konsequenz mit großer Sorge erfüllt. Wir glauben, ja wir sind überzeugt davon, daß durch den Zusammenschluß der französischen Zone mit der amerikanischen und englischen Zone, der Bildung eines Weststaates, der von bestimmten Mächten gewünscht wird, Vorschub geleistet wird (Sehr richtig!), der die Zerreißung Deutschlands bedeuten kann, eine Zerreißung, durch die eine nicht mehr rückgängig zu machende Situation eintreten könnte, wo zwar nicht die deutsche Initiative, sondern die Dollar-Hochfinanz entscheidend sein wird. Wir befürchten den Ausverkauf und die Verkümmern der deutschen Industrie, weil ja die amerikanische Mammuth-Industrie ihre Überschüsse an Waren nach Deutschland bringen will. Was sind die politischen Konditionen, die man vom deutschen Volk fordert? Daß es auf die Durchführung der Maßnahmen verzichtet, die die Erreichung einer wahren Volksdemokratie möglich machen? Wir werden alle Krisen des amerikanischen Kapitals mitmachen müssen, es droht, daß wir in die Kämpfe hineingerissen werden, die eine großkapitalistische Macht nötig hat, um ihre wirtschaftliche Vormachtstellung zu halten. Wir sind besorgt um den Frieden in der Welt, besorgt um den Frieden des deutschen Volkes, besorgt darum, daß das deutsche Volk niemals wieder seine nationale Unabhängigkeit erhalten könnte. Um unseren Kindern eine schöne demokratische Heimat bauen zu können, brauchen wir die nationale und wirtschaftliche Einheit Deutschlands. Unser Wunsch geht dahin, daß der Herr Ministerpräsident auch nicht eine Minute den Kampf um die nationale Einheit Deutschlands außer Acht lassen möchte. Unser Wunsch ist, daß Deutschland baldigst einen Friedensvertrag haben wird, in dem das deutsche Volk die Möglichkeit hat, zu leben.

Zu den verschiedenen anderen Kapiteln im Haushalt will ich bemerken, daß ich bereits im Hause und mehrmals wiederholt habe, daß wir gegen die hohen übersetzten Gehälter sind und unsere Bedenken in der Frage aufrecht erhalten müssen. Dies gilt nicht nur für den Etat, über den ich jetzt spreche, sondern über den Gesamtetat. Die im Etat für den Sonderbeauftragten Herrn Dr. Lichter auf der Liste angesetzte Summe für sächliche und persönliche Ausgaben mit 150 000 RM. ist eine außerordentlich hohe Summe. Wir fragen, ob Herr Dr. Lichter in der Beschaffung von Lebensmitteln diese Auslagen rechtfertigt?

Zum Kapitel Staatsarchiv können die Mittel nicht ausreichend genug sein, um das Zusammentragen der Dokumente, die heute verstreut sind, durchzuführen, um eine gute Landespolitik machen zu können.

Der Haushalt des Landeskommissars für die politische Säuberung sieht bei einer Einnahme von 400 000 RM. eine Ausgabe von 8 000 000 RM. vor. Gewiß, eine hohe Summe. Aber sie ist im Interesse der politischen Säuberung nötig und ist nur für eine beschränkte Zeit nötig. Hier gilt dasselbe, was ich heute früh zu demselben Problem beim Etat des Innenministeriums aus-

führte. Der Schuldige hat mit seinem Vermögen für die Kosten aufzukommen. Der Herr Abg. Ziegler hat von einer Entnazifizierungs-Müdigkeit gesprochen, er hat davon gesprochen, daß sich niemand finden wollte, der sich bei den Körperschaften zur Verfügung stelle. Hier liegen die Ursachen nicht dort, wie sie Herr Abg. Ziegler gesehen hat, sondern daß der Republik der Schwung fehlt in ihrer Gestaltung, der die Massen begeistert. Wir haben von diesem Platz schon mehrmals betont, daß wir es für nötig halten, draußen im ganzen Volke die Voraussetzungen zu schaffen, daß man die Bedeutung anerkennt, welcher Wechsel vollzogen worden ist. Wir können zwar dem Volke nicht den Hunger stillen. Der Hunger ermüdet. Um die Zustände zu beseitigen, muß man das Volk begeistern für seine Aufgaben. Aber ich sage Ihnen: Es droht die Gefahr, daß die Republik zu Tode geritten wird, weil man nicht die Maßnahmen durchführt, die notwendig wären. Wenn der Herr Abg. Ziegler sagt, die Maßnahmen, die man durchgeführt hat, sie wären falsch gewesen, wir Kommunisten vertreten die grundsätzliche Auffassung, daß man recht bald mit der Säuberung abschließen soll. Wir vertreten die Auffassung, daß man sehr gut unterscheiden soll zwischen nominellen Mitgliedern der NSDAP., solchen Leuten, die hineingeschoben wurden in die NSDAP. Man versteht es nicht, wenn in den Betrieben noch die Betriebsdirektoren und die Herren Betriebsführer sitzen, die dem Arbeiter gesagt haben, du kannst nur arbeiten, wenn du Mitglied der NSDAP. bist. Den Postboten, den kleinen Beamten, hat man entlassen, und der Herr Direktor sitzt noch im Amt. Dadurch, aus diesen Zuständen heraus, hat man bei einem Teil der Menschen, die ihre ganze Aufgabe darin gesehen haben, ihre ganze Kraft dem Aufbau der Demokratie zu widmen, die Flügel lahm gemacht und dem anderen Teil Furcht eingejagt. Die Republik hat keinen Mut, gegen die Feinde des Volkes vorzugehen. Das ist die Frage.

Wenn der Herr Kollege Ziegler gesagt hat, er sieht in der Versetzung eine große Härte und ein großes Unrecht, dann sagen wir: Ja, es ist eine große Härte, wenn man jemand herausreißt aus seiner Familie und ihn versetzt. Wir vertreten die Auffassung, es darf nicht sein, daß man Kinder verfolgt, wie es unseren Kindern ergangen ist, meine Damen und Herren! Aber es gibt Notwendigkeiten, den betreffenden Belasteten oder Minderbelasteten zu versetzen, weil er in dem Ort seine Funktion nicht mehr ausüben kann, weil er nicht im alten Ort auftreten kann. Deshalb will man ihn ja versetzen, um ihm wieder eine Existenzmöglichkeit zu geben. Es sind solche Fälle passiert, wie mir persönlich. Als ich aus dem Konzentrationslager Dachau kam und, da mir jede Arbeit verweigert wurde, zum Wohlfahrtsamt mußte. „Gehen Sie wieder raus und kommen Sie wieder herein und sagen Sie „Heil Hitler.““ Glauben Sie mir, dieser Mann, der dort saß und der die Menschen gequält hat, auch wenn er nur nomineller Pg. war, dieser Mann muß versetzt werden, der den Antifaschisten so zugesetzt hat. Ich stelle die Frage: „Kann der Mann noch an seinem Platz bleiben?“ Oder wenn ein Lehrer in einem Ort die Kinder für den Krieg begeisterte, sie zum freiwilligen Militärdienst veranlaßte, „soll der Mann an seinem Platz bleiben?“ Wenn er Beamter bleiben will, muß er versetzt werden. Das sind die Entscheidungen, die oft ein Ausweg waren für die Kommission, die darüber entschieden hat. Gewiß sind solche Menschen vielleicht zu bedauern. Wir bedauern, wenn man Menschen einsperrt. Wir wissen und haben es kennengelernt, jahrelang von der Familie getrennt zu sein, aber es ist eine politische Notwendigkeit. Ja, gerade

weil wir gute Menschen sind, und weil wir menschlich handeln wollen, ist es notwendig, zu verhindern, daß jemals diese ihr altes Handwerk fortsetzen können, gerade deshalb. Wir sind dafür, daß man alles tut, um rasch die Entnazifizierung zu erledigen. Wir haben unsere Erfahrungen. Wir haben den Nazismus am eigenen Körper verspürt, wir haben viel mitgemacht, aber Haß bewegt uns nicht. Nur der Verstand leitet uns. Das Gefühl muß bei vielen Fragen ausgeschaltet werden, denn es gilt in einer Zeit, die Republik zu entwickeln, wo wir dem Volk nur Steine statt Brot geben können. Und das ist sehr ernst in einer Zeit, wo alte Kräfte sich ungeschoren fühlen, die im Volke wühlen und sich an die Menschen heranschlingeln, die an den Läden anstehen müssen. Gehen Sie in die Eisenbahnabteile und nehmen Sie Stellung gegen all diese Schwätzer, da können Sie manches erleben. (Zuruf: Da kann man unter Umständen herausgeschmissen werden!) Ja, das Herz soll sprechen, aber der Verstand muß über allem stehen um der Entwicklung und des Schutzes der jungen Republik willen, die eine Hilfe bitter nötig hat.

Ich bitte bei allen Fragen den Herrn Ministerpräsidenten, mit aller Kraft daran zu denken, wie wir es schon öfters in diesem hohen Hause betont haben, wir haben die Probleme des Lebens zu lösen, die Frage der deutschen Einheit zu verteidigen, und in dieser Frage haben Sie unsere volle Unterstützung, und ich bitte das Haus, in seiner Einmütigkeit die Dinge stark zu beachten. Wir haben große Bedenken gegen die Tri-zone, und ich sage, nicht jede Einheit ist eine Stärke. Ich bitte Sie, all die Probleme und unsere Einwendungen ernst zu nehmen. Was ich vorgetragen habe, war getragen von tiefster Verantwortung und aus Liebe zum deutschen Volke.

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat Herr Ministerial-Dirigent Dr. Lichter.

Ministerial-Dirigent Dr. Lichter:

Meine Damen und Herren! Auf die mehrfachen Anfragen nach den Aufgaben und Erfolgen des Sonderbeauftragten für Lebensmitteleinfuhr möchte ich Ihnen im Auftrage des Herrn Ministerpräsidenten kurz folgendes mitteilen:

Die Stelle des Sonderbeauftragten für Lebensmitteleinfuhr wurde Anfang Oktober 1947 eingerichtet. Es war in einem Zeitpunkt, wo man am Ende des Erntejahres zum ersten Male einen Überblick über das Ergebnis der Ernte gewann und feststellen mußte, daß in diesem Jahre nicht bloß die Schwierigkeiten der Landwirtschaft, die aus den Folgen des Krieges herausgewachsen waren, zum Ausdruck kamen, sondern auch die furchtbare Dürre des letzten Sommers in katastrophaler Weise die Ernteergebnisse beeinträchtigte. Es war damals der Wille der Landesregierung alle Mittel einzusetzen, um die Ernährung unseres Volkes einigermaßen sicherzustellen. Und es war gleichzeitig der Wunsch der Militärregierung in diesem kritischen Moment der deutschen Regierung eine größere Verantwortung auf dem Gebiete der Versorgung mit Lebensmitteln zu übertragen, und damit auch etwas größere Vollmachten einzuräumen.

Um was handelt es sich im einzelnen bei meinem Auftrage? Nicht etwa darum, wie man so oft im Volke draußen gemeint hat, zusätzliche Lebensmittel über die bisherigen Rationen hinaus zu beschaffen, sondern es war die ernste Sorge der Landesregierung und der Militärregierung, unter allen Umständen und mit allen

Mitteln, die bisherigen auf die Dauer keineswegs ausreichenden Rationen in diesem kritischen Wirtschaftsjahre überhaupt aufrecht zu erhalten.

Welche Mittel standen nun dem Sonderbeauftragten für Lebensmitteleinfuhr zur Erreichung seiner Aufgabe zur Verfügung? Er sollte auf dem Kompensationswege Lebensmittel aus dem Ausland einführen, d. h. es wurden ihm keine Devisen an Hand gegeben, er hatte kein Geld, mit dem er einkaufen konnte. Er sollte Erzeugnisse des Weinbaus und der industriellen Wirtschaft, soweit sie vorhanden und nicht schon anderweitig in Anspruch genommen waren, dazu einsetzen, um Lebensmittel im Ausland anzukaufen. Das war eine schwere und delikate Aufgabe. Wir besaßen keine Kenntnis der ausländischen Märkte und der ausländischen Preise. Die Verbindung zwischen dem deutschen Lieferanten und dem ausländischen Abnehmer waren seit Jahren abgerissen. Der Kompensationsverkehr als solcher, das heißt der Austausch von Ware gegen Ware, ist die älteste Methode des Wirtschaftsverkehrs in der Kultur der Völker. Ehemals war es einfach, weil jeder seine Waren heranzubringen und sie dem anderen vorführen konnte. Der Austausch von Land zu Land ist heute ein ganz anderes Problem, insbesondere dann, wenn man Dinge anzubieten hat, die nicht überall begehrt sind, wie der Wein. Nicht jedes Land will und kann zur Zeit Wein einführen. Auch unsere Nachbarvölker sind gezwungen, zu sparen. Sie sparen natürlich in erster Linie da, wo es sich für sie um Luxusartikel handelt. Außerdem sind unsere Weinvorräte in den letzten Monaten erheblich zusammengeschmolzen. Bei Industrie-Artikeln ist die Sache zum Teil noch schwieriger.

Wenn ich überhaupt das Kompensationsgeschäft als solches betrachte, dann ist es außerordentlich umständlich, ungeheuer zeitraubend und führt durch eine Reihe von Verschachtelungen, durch ein Dornenestrüpp, durch das man sich erst mühsam hindurcharbeitet, um dann festzustellen, daß die Preise für Lebensmittel, von denen man ausgegangen ist, inzwischen einfach davongelaufen sind. Und wenn endlich die erforderlichen Genehmigungen vorliegen, muß man wieder von vorn anfangen. Wir haben infolgedessen gleich von Anfang an die zweite Art der Finanzierung ins Auge gefaßt, nämlich die Kreditaufnahme im Ausland. Das ist keine einfache Angelegenheit bei einem Staate, der nach außen hin nicht die Anerkennung genießt, die früher die deutschen Staaten besaßen. Schwieriger ist die Sache noch, wenn das eigene Geld entwertet ist. Wir haben versucht, den Weg des Lombardkredits zu beschreiten und meine Damen und Herren, ich darf Ihnen folgendes sagen: Es ist uns bei energischem Einsatz aller Kräfte und Mittel in ganz kurzer Zeit gelungen, tragfähige und gute Verbindungen mit den Nachbarländern herzustellen. Wir haben zweitens festgestellt, daß in diesen Ländern Lebensmittel in solchen Mengen vorhanden sind, daß es auch für uns ausreichen würde - wenn wir sie kaufen könnten. Drittens haben wir festgestellt, daß unsere Nachbarländer bereit sind, mit uns wieder Handelsbeziehungen anzuknüpfen und sogar darauf drängen, möglichst bald ins Geschäft hineinzukommen. Aber zwischen uns und den Nachbarländern steht eine Wand von Schwierigkeiten, die einmal in der Natur der Sache, viel mehr aber noch in den derzeitigen Aus- und Einfuhrvorschriften begründet sind. Es ist ein Stachelndraht, über den wir erst einmal hinübersteigen müssen, um einander die Hände zu drücken. Trotzdem ist es uns in der kurzen Zeit von drei Monaten

gelingen, eine Reihe von Geschäften anzubahnen und soweit durchzuführen, daß die Warenlieferungen sofort beginnen können, wenn die Genehmigung der Militärregierung vorliegt. (Bravo!) Wir haben mit Schweden Verhandlungen geführt und schon am 22. Oktober ein Kredit- und ein Warenlieferungsabkommen über den Betrag von 13 Mill. Schwedenkronen abschlußreif gehabt. Es war ein ganz schönes Anfangsgeschäft. Auf Grund dieses Geschäftes sollten schon im Dezember große Mengen von Lebensmitteln geliefert werden. Hier hat sich aber ein Zusammentreffen von Umständen ergeben, mit denen wir ursprünglich nicht rechnen konnten. Daher kam unser Geschäft nicht in der erwarteten Weise zur Auswirkung. Immerhin sind in diesem Zusammenhang von anderer Seite auf Grund eines Guthabens, das unsere Zone aus dem Handelsvertrag mit Schweden hatte, größere Mengen von Fischen angekauft worden, von denen in diesen Tagen die ersten Lieferungen bereits in Koblenz verteilt worden sind. Es werden weiterhin größere Mengen eintreffen. (Zuruf: Nur in Koblenz!) Nein, auch in anderen Städten. Wir haben weiterhin Fische gekauft in Belgien, wir haben zur Zeit wieder große Verhandlungen mit der Schweiz laufen. (Zuruf: Wieviel Tonnen?) 5000 Tonnen Fische waren es in Belgien, aber sie sind noch nicht eingetroffen, wir müssen noch etwas warten, bis der Vertrag genehmigt ist. Das sind alles Dinge, die am Laufen sind und mit großer Energie weiter verfolgt werden. Ich nehme an, daß sich mit der Zeit die Auswirkungen unserer Stelle bemerkbar machen.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen: Die Möglichkeit besteht, im Ausland zu kaufen. Es wird nicht an uns liegen, wenn die Verhandlungen nicht immer soweit reifen, daß wir die Früchte genießen können. Aber Sie dürfen überzeugt sein, der Einsatz wird sich lohnen, insbesondere, wenn es uns gelingen sollte, neben dem Abschluß von Geschäften noch ein anderes Ziel zu erreichen, das im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik liegt, nämlich unserem Außenhandel allmählich wieder den allein Erfolg versprechenden Weg zu bahnen, indem wir den deutschen Kaufmann wieder mit seinen ausländischen Kunden direkt in Verbindung bringen. Auf diese Weise würden wir nicht etwa bloß diesen Kaufleuten Vorteile verschaffen, sondern unserem ganzen rheinischen Volke dienen. Das betrachte ich auch als meine Aufgabe. (Beifall.)

1. Vizepräsident Röhle:

Das Wort hat Herr Staatsminister Junglas.

Staatsminister Junglas:

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen in meiner Eigenschaft als Landeskommissar für die politische Säuberung in Rheinland-Pfalz einiges sagen, was wohl heute im Zusammenhang mit dem Etat des Ministerpräsidenten gesagt werden muß. Es ist richtig, daß die Verhältnisse bei den Organen der Säuberung nicht so sind, wie sie sein müßten. Es ist richtig, daß niemand mit dem derzeitigen Tempo einverstanden und zufrieden sein kann, in dem die Bereinigung verläuft. Ich nehme aber an, daß Ihnen die Einzelheiten bekannt sind, die dazu geführt haben, daß diese Säuberung so schleppend geht, daß die Mitarbeiter nicht gefunden werden konnten, und daß der Schwung fehlt, der notwendig ist, um eine politische Säuberung so durchzuführen, wie wir sie alle wünschen. Die Gründe liegen im wesentlichen darin, daß wir schon zu weit entfernt sind von den Dingen, die seinerzeit Veranlassung gaben, die Entnazifizierung durchzuführen.

ren. 1945 war das deutsche Volk bereit, die Entnazifizierung energisch, und ich nehme an, mit einem Schlage durchzuführen. 1948, auch 1947 schon, waren die Dinge wesentlich schwieriger geworden, und als ich den Auftrag bekam, nach der neuen Landesverordnung die Säuberungsorgane aufzustellen, da stand vor mir die Notwendigkeit, 248 Öffentliche Kläger und Stellvertreter und Vorsitzende und Stellvertreter, 600 ständige Beisitzer und 860 nichtständige Beisitzer der Säuberungsorgane, für die erstmalige Besetzung, zu suchen. Und, meine Damen und Herren Sie sind auch heute noch nicht alle gefunden! Es ist nicht so, wie irrtümlich in der letzten Zeit angenommen worden ist, und auch in der Zeitung stand, es sei eine verwaltungsmäßige oder gar finanzielle Angelegenheit. Nein, das ist eine Angelegenheit der Menschen, welche die Arbeit tun sollen. Es ist nicht so, daß ich persönlich oder mein Vertreter, Dr. Hülsmann, schuld daran sind, daß die Säuberung nicht vorangeht! Es ist eine Tatsache, daß soundsoviele Menschen in Deutschland, daß Tausende und aber Tausende in Rheinland-Pfalz die Bereinigung erwarten, darauf rechnen, bereit sind, eine Buße zu zahlen, eine Sühne zu leisten, damit sie getrennt werden von denen, die nun wirklich belastet sind. Und daß hier ein paar Dutzend Schwerbelastete in der Hauptsache in der Wirtschaft sitzen, Personen, denen es gelungen ist, die öffentliche Meinung so zu beeinflussen, daß heute vielfach die Menschen glauben, die Entnazifizierung sei ein Unrecht. Und es gibt heute Menschen, die glauben selbst schon, wenn sie in unseren Organen mitmachen, würden sie ein Unrecht tun; man würde ein Unrecht irgend jemandem gegenüber tun, der sich nun einmal in der Partei bewegt oder betätigt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe von mir aus nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich Wert darauf lege, 80 bis 85 Prozent der ehemaligen Pgs. wieder in unsere Reihen zurückzuholen, daß höchstens 15 Prozent derjenigen, die einmal in der NSDAP gewirkt haben, erheblicher zu bestrafen sind, weil sie sich persönlich mehr vergangen haben, als gut und für unser Volk nützlich war. Ich wäre einverstanden und froh, wenn all die Organe draußen, all die Menschen, die nunmehr berufen sind, die Sache durchzuführen, mit mir der Meinung seien, erst einmal von oben herunter die Köpfe weg und dann in summarischem Verfahren all die kleinen Fälle zu bearbeiten, ganz gleich, ob dann einer mehr oder weniger darunter fällt, der nicht dazu gehört. (Zuruf: Die Köpfe weg!) Nur bildlich selbstverständlich, ich meinte die Köpfe der ehemaligen Bewegung zu bereinigen, sie so zu behandeln, wie sie es verdienen. (Zuruf: Ich dachte, Sie wollten nachträglich Revolution machen!) Es ist notwendig, daß draußen im Lande hinsichtlich der Entnazifizierung eine andere Stimmung entsteht. Ich gebe zu, daß die wesentlich verschlechterte Stimmung dadurch gekommen ist, daß wir so lange Anlaufzeit gebraucht haben. Die frühere Organisation in der Pfalz, die ZSK., war allmählich berichtigt geworden. Weswegen? Wegen ihrer Beschlüsse. Wir sind unbeliebt geworden wegen unserer Untätigkeit. Aber, meine verehrten Damen und Herren, wenn auch Sie draußen den Personen, die berufen sind, eine Stütze sein wollen, und insbesondere die Tatsache feststellen wollten, daß keiner von uns etwas Unrechtes will, sondern daß wir wirklich ernsthaft bestrebt sind, den Frieden im eigenen Volk dadurch zu fördern, daß wir sagen, wir wollen einmal die Schafe von den Böcken scheiden, dürfte es nicht allzu schwer sein, die Situation zu klären. Es ist nun nicht so, als ob praktisch gar nichts geschehen sei. Es hat natürlich seine

Schwierigkeiten. Und darauf darf man hinweisen. Sie wissen, was hier in Koblenz an Behörden sich einrichtete, das hatte nicht einmal die eigenen Räume, keine technischen Hilfsmittel, keine Personen! Wie lange suche ich für mein Kommissariat nach Männern, die mir helfen! Und ich frage Sie: Wo sind sie? Kritik ist einfach und billig, aber mitarbeiten, das ist die Aufgabe, um die es sich handelt! Mitarbeiter haben sich aber, mit der einzigen Ausnahme von Dr. Hülsmann, nicht gefunden. Ein paar Personen können die Arbeit nicht schaffen, und wenn Sie irgendwie Kräfte wissen, dann mögen Sie diese bereit machen, damit wir gemeinsam die Arbeit schaffen, die notwendig ist.

Es sind einige Fragen an mich gerichtet worden bzw. es wurde kritisiert, daß die Wirtschaft, die früher schon bereinigt wurde, nicht in den Besitz ihrer Entscheidung gekommen ist. Das bedauere ich auch sehr. Sie wissen, daß wir bis dahin und auch heute nicht das letzte Wort sprechen in der Bereinigung. Und dadurch, daß über die Entscheidungen der Kommission hinweg eine andere Stelle noch Recht gesprochen hat, hat schon die früheren Bereinigungskommissionen, wenigstens hier im Koblenzer Bezirk, dazu gebracht, daß sie vielfach ihre Tätigkeit einstellten, weil die Entscheidungen der Bereinigungskommission nachträglich verschärft worden sind. Das war das eine.

Die andere Tatsache ist die, daß schon seit Monaten insgesamt 3400 Fälle der Wirtschaft von den Kommissionen verabschiedet wurden, von den maßgebenden Stellen jedoch bis heute nicht bestätigt sind. Von den rund 3400 Fällen, die vorgelegt wurden, sind nur 97 zurückgekommen. Bei der Jugendamnestie sieht es wie folgt aus: Als die Jugendamnestie erlassen wurde, bestanden draußen im Lande noch keine Säuberungsorgane. Aus diesem Grunde sah ich mich veranlaßt, die Jugendamnestie-Verfügungen alle über mein Kommissariat laufen zu lassen. Es sind insgesamt bisher amnestiert 4631 Personen. Bei meinem Kommissariat liegt zur Zeit kein einziger Fall unbearbeitet. Es liegen allerdings noch 1600 Fälle an höherer Stelle, die bisher noch nicht erledigt wurden.

Was nun die Frage hinsichtlich des Gesetzes 133, die an mich gestellt worden ist, angeht, möchte ich sagen, daß ich kein großer Freund solcher Amnestien bin, weil bei dieser Amnestie, wo schon die Hälfte bereinigt und zu Bußen verurteilt worden ist, in jedem Fall zu neuem Streit Anlaß gibt. Aber ich denke mir die Sache so, daß wir allein aus Zeitmangel nicht anders können, wie ich schon sagte, ein gewisses summarisches Verfahren einzuleiten. Wenn es gelungen ist, auf Grund des eingeführten Meldeverfahrens die Hauptschuldigen zu erfassen, wir dann als Deutsche mit Recht von der Militärregierung verlangen können und erreichen werden, daß wir dann unter all die Nicht-hauptschuldigen und Belasteten endlich den Strich ziehen können, den Strich, der meinetwegen noch eine Sühne vorsieht. Auf dem Standpunkt stehe ich allerdings auch: Wenn schon die Nazis heute an nichts mehr schuld gewesen sein wollen, aber daran, daß wir entnazifizieren müssen, daran waren sie schuld, und das müssen sie auch bezahlen. Es ist durchaus notwendig, daß auch die Amnestierten irgendwie zu den Kosten herangezogen werden. Das Gesetz 133 erfaßte, so wie es erschien, zunächst eine große Gruppe. Bei scharfem Hinsehen konnte man jedoch sehen, daß alle die Personen, die als belastet gelten, und das sind alle diejenigen, die vor dem 1. Mai 1937 der Partei angehört haben, nicht unter die Amnestie fallen. Außerdem alle diejenigen nicht, die in irgendeiner Gliederung

oder einem angeschlossenen Verband oder in der Partei selbst einen Rang oder einen Titel hatten, so daß selbst der Mann bei der NSV., bei der DAF., dem Roten Kreuz unter Umständen nicht unter die Amnestie fällt, so daß der Kreis der Personen außerordentlich klein bleibt. Aber zu jedem Gesetz gehört, wie Sie wissen, eine Durchführungsbestimmung. Ich bin bei einem Gnadenerweis der Militärregierung naturgemäß darauf angewiesen, deren Durchführungsbestimmungen abzuwarten. Morgen wird eine Rücksprache mit den hier zuständigen Stellen stattfinden, und ich rechne damit, daß wir wenigstens Anfang nächster Woche mit diesen Durchführungsbestimmungen an die Öffentlichkeit treten können. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir sehen sonach die politische Bereinigung, die Säuberung von Nazismus und Militarismus im Lande Rheinland-Pfalz als eine rein politische Aufgabe an, nicht als eine strafrechtliche Angelegenheit. Ich möchte Sie alle bitten, es auch

so zu sehen und draußen im Lande durch Ihre Arbeit, durch Ihre eigene Mitwirkung, auch durch geeignete Reden, die Sie halten, der Sache den Rücken zu stärken, daß sie den Mut bekommt und die Kraft und den Schwung, so daß die Arbeit möglichst schnell durchgeführt wird und zu einem guten Ende geleitet werden kann.

1. Vizepräsident Röhle:

Es wären nun eingehend all die Fragen zu beantworten, die heute an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtet worden sind. Der Ältestenrat war der Meinung, daß diese Rede erst morgen früh gehalten werden sollte. Aus diesem Grund schlage ich vor, daß wir uns vertagen. Wir beginnen morgen früh mit unserer Tagung um 9.30 Uhr. Um 9 Uhr zuvor hat der Ältestenrat hier im Vorzimmer 103 noch eine Besprechung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr.